1/1990 ☆ DM/Mark 5,— ☆ ISSN 0175-9485

wir selbst

Zeitschrift für Politik und Kultur

Nationaler Aufbruch und Regionalismus in der DDR













Prof. Eike Hennig im Gespräch



Prof. Eike Hennig, Radikalsozialist, Professor für Politische Theorie an der Gesamthochschule Kassel und Vorsitzender des „Instituts für historisch-soziale Analysen".

Zur Nationalen Frage:

„Die Linke hat das Soziale vernachlässigt und dadurch das Nationale preisgegeben."

Historikerstreit:

„Was ist an der Guillotine anders als Auschwitz?"

Zum Antifaschismus:

„Ich habe Antifaschismus immer für Quatsch gehalten."

JUNGE FREIHEIT

Deutsche Zeitung für Politik und Kultur

Postfach 147 • 7801 Stegen/Freiburg

ab 1990 in Westdeutschland und Österreich im Zeitschriftenhandel!

Testen Sie den kritischen Journalismus!

Gutschein!

Absenden an: JF, Postfach 147, 7801 Stegen

◯ Ich bitte um kostenlose Zudendung der JUNGEN FREIHEIT mit dem Hennig-Interview.

◯ Ich abonniere die JUNGE FREIHEIT für DM 18,- (6 Ausgaben/Jahr).

Name: ____________________

Straße: ____________________

PLZ, Ort: ____________________

Datum, Unterschrift: ____________________

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche (Poststempel entscheidet) schriftlich widerrufen kann.

2. Unterschrift: ____________________



Autoaufkleber 16,5 x 10,5

vierfarbig, selbstklebend, wetterfest

Einzelpreis DM 2,—, ab 10 Stück je DM 1,50

☐ Einheit für Deutschland ☐ Neutralität für Deutschland

☐ Paktfreiheit für Deutschland ☐ Friedensvertrag für Deutschland

Verlag Siegfried Bublies, Postfach 168, D-5400 Koblenz

Die Deutsche Eiche stirbt



Die Deutsche Eiche stirbt als Landschaftsbaum langsam aus. Einzelne Eichen und Gruppen von Bäumen in unserer Kulturlandschaft haben viele Funktionen im Ökosystem. Sie sind Lebensraum und geben Schutz vor Wind und Regen. Helfen Sie uns damit diese Bäume in unserer Landschaft nicht verloren gehen. Wenn Sie wissen wollen was Sie tun können, schreiben Sie uns.

Bundesverband Ökologie · Postfach 1238 · 5401 Emmelshausen

☐ JA, ich möchte gerne mehr über Deutsche Eichen wissen. Bitte senden Sie mir weitere Informationen zu. Für Ihre Kosten liegen 2 Mark in Briefmarken bei.

Name: ____________________

Straße: ____________________

PLZ/Ort: ____________________

IMPRESSUM

WIR SELBST
Zeitschrift für Politik und Kultur

WIR SELBST erscheint im Verlag Siegfried Bublies, Postfach 168, 5400 Koblenz, Telefon 0261 / 32337.

Einzelheft 5,— DM / Mark. Abonnement für 6 Ausgaben 33,— DM (in die DDR 35 Mark), Schülerabonnement (mit Bescheinigung der Schule) DM 20,—.

Bankverbindung: Volksbank Mittelrhein e.G., Kto.-Nr. 14 224 386, BLZ 570 900 00; Postgiroamt Ludwigshafen, Kto.-Nr. 153 981-679, BLZ 545 100 67. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 1/1987.

Herausgeber: Siegfried Bublies

Chefredakteur und verantwortlich: Gerhard Quast

Redaktion: Peter Bahn, Werner Olles, Marcus Bauer, Roland Wehl

Freie Mitarbeiter: B. Heinze, W. Herbst, U. Meenen, C.-G. Pleyer

Bisherige Autoren: Herbert Ammon, Günter Bartsch, Josef Beuys, Konrad Buchwald, Paulus Buscher, Wolf Deinert, Hellmut Diwald, Winfried Dolderer, Peter Dudek, Henning Eichberg, Siegmar Faust, Horst Groepper, Heinz Gruber, Sebastian Haffner, Eike Hennig, Wolli Herber, Eckhard Holler, Jens Jessen, Günter Kießling, Arno Klönne, Detlev Kühn, Anton G. Leitner, Jochen Löser, Günter Maschke, Götz Meidinger, Wolf Oschlies, Lothar Penz, Günter Platzdasch, Sieghard Pohl, Lutz Rathenow, Rüdiger Rosenthal, Rainer Schmidt, Theodor Schweisfurth, Wolfgang Seiffert, Richard Sperber, Rhea Thoenges, Wolfgang Venohr, Gerd Vonderach u.v.a.

Titelbild: Demonstration in Dresden (Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung — Bundesbildstelle —, Bonn)

Nachdruck: Bei vorheriger schriftlicher Anfrage gerne erwünscht.

Quellennachweis: Den Beitrag von Gotthard Friedrich stellte uns die Bundeslandsmannschaft Sachsen zur Verfügung. Die Situationsbestimmung über die Sorben aus dem Wochenblatt »Der Sonntag« erhielten wir dankenswerterweise von der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens. »Als sich die Mauer öffnete« ist ein vom Autor genehmigter Nachdruck aus der März-Nr. der Kulturzeitschrift »Pan«. Nachtrag: Der in der Ausgabe Nov./Dez. 1989 veröffentlichte Beitrag »Zum 100. Geburtstag Ernst Niekischs« von Sebastian Haffner ist dem Buch »Preußische Profile« (herausgegeben von Sebastian Haffner und Wolfgang Venohr, Ullstein Verlag) entnommen. Wir danken dem Autor für die Abdruckgenehmigung.

Inhaltsübersicht

Deutschland

Nation und Region

Zeitgeschichte

Literatur

Marcus Bauer

Deutschland vor einem wichtigen Etappenerfolg

Nun steht die deutsche Frage also doch an der obersten Stelle der politischen Tagesordnung, und allerorten wird versucht, das Beste daraus zu machen, bei einer künftigen Regelung zum Thema Deutschland also das jeweilige »geringere Übel« herauszuschinden.

So versucht die UdSSR ihren Rückzug aus Mitteleuropa möglichst schadlos zu überstehen und bringt deswegen die Neutralität eines vereinten Deutschland in die Diskussion. Doch der Westen möchte das künftige Deutschland in die NATO eingebunden wissen. Haarsträubene Pläne werden hierzu geschmiedet. Da soll die geeinte Nation zwar der NATO angehören; um jedoch den sowjetischen Sicherheitsinteressen Rechnung zu tragen, soll der militärische Einflußbereich nicht bis an die Oder-Neiße-Linie vorgeschoben werden, NATO-Truppen nur auf dem Gebiet der ehemaligen BRD stationiert bleiben. Darüber hinaus wird nicht ausgeschlossen, daß die UdSSR auf dem Gebiet der bisherigen DDR auch künftig Truppen unterhalten darf. Interesant wird in diesem Zusammenhang freilich die Frage, wie es denn mit den deutschen Streitkräften steht, worin die Zukunft von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee liegt. Sollen etwa in einem politisch geeinten Deutschland beide Teilstreitkräfte fortbestehen, nach wie vor von deutschem Geld bezahlt und deutschem Personal getragen, hingegen dem Oberbefehl des jeweiligen Militärpakts unterstellt? Oder will man sie zu einer gesamtdeutschen Truppe unter dem Kommando der NATO zusammenfassen? Dann allerdings dürfte kein deutscher Soldat auch nur einen Fuß nach Sachsen, Thüringen oder Mecklenburg setzen, da die militärische Oberhoheit der NATO über die bisherige Demarkationslinie ja nicht hinausgehen darf. Vermutlich wird es darauf hinauslaufen, eine militärisch nicht der NATO unterstehende deutsche Armee zuzulassen, die dann allerdings, um wieder den »Sicherheitsinteressen« aller gerecht zu werden, erheblich abgespeckt und alliierter Kontrolle unterstellt würde. Hierauf müßte vor allem die Sowjetunion Wert legen, da sie bei einem politisch der NATO angehörigen Gesamtdeutschland ein schrittweises Abdriften der deutschen Streitkräfte in den militärischen NATO-Bereich zu befürchten hätte. Damit könnte dann in der Öffentlichkeit der bei unseren westlichen »Freunden« gewiß nicht unerwünschte Eindruck entstehen, die Sowjetunion sei es, die ein geeintes Deutschland an die Kandare nehmen möchte. Ein weiteres Mal wäre so die Tatsache verschleiert, daß es in allererster Linie der Westen ist, der Deutschland in ein Korsett zwingen möchte, der an einem ernsthaften Frieden mit Deutschland heute so wenig wie früher interessiert und nach wie vor darauf bedacht ist, die europäische Mitte unter Kontrolle zu halten.

Ein seltsames Gebilde könnte da beim Poker um die deutsche Einheit also zustande kommen. Ein Deutschland nämlich, das politisch in die NATO eingebunden ist, jedoch auf seinem Territorium Truppen beider Pakte stationiert hat, und das sich selbst nur auf eine »Heimwehr« stützen kann, die ihrerseits alliierter Aufsicht untersteht. Um diese verzwickte Situation irgendwie managen zu können, werden die Siegermächte ihre gemeinsamen Rechte für ganz Deutschland geltend machen und einen mehr oder minder indirekten Vier-Mächte-(Kontroll-)Rat errichten. Darüber hinaus dürften sich nach der »Wiedervereinigung« im Zusammenhang mit EG-Integration, Abrüstung und Rüstungskontrolle allerlei Arbeitsgruppe, Kontroll- und Überwachungskommissionen internationaler Behörden in Deutschland tummeln, um uns — ganz nebenbei — auf die Finger zu schauen.

Unter dem Vorwand, die »deutsche Frage in den gesamteuropäischen Prozeß einzubetten«, die »Sicherheit« und »Stabilität« in Europa wahren zu wollen, käme so nichts anderes heraus als die de-facto-Wiederherstellung eines von den vier Siegermächten gemeinsam getragenen Besatzungszustandes für ganz Deutschland. Die Vier-Mächte-Verwaltung, die unter den Bedingungen des Kalten Krieges in die Brüche ging und zur Gründung zweier separater, in antagonistische Pakte eingebundenen deutschen Staaten führte, würde nun unter dem Vorzeichen der Entspannung zwischen den Supermächten wiederhergestellt — vermutlich effizienter und in »vertrauensvollerer« Atmosphäre als je zuvor. In der allgemeinen Einheitseuphorie wird vergessen, daß wir Gefahr laufen, einen neuerlichen Westfälischen Frieden, ein neuerliches Versailler Diktat zu unterzeichnen.

Mit der Neutralität Deutschlands bliebe uns eine solche Erniedrigung erspart. Denn mit dem Abzug aller fremden Truppen und der Schaffung eines blockfreien Status für ganz Deutschland wäre eine konfuse Situation, wie sie die westlichen Vorstellungen von der deutschen Einheit mit sich bringen, verhindert, eine Notwendigkeit (aus sowjetischer Sicht) beziehungsweise ein Vorwand zur Schaffung eines umfangreichen Kontrollnetzes nicht mehr gegeben. Vermutlich wird es zu einer deutschen Neutralität nicht kommen (es sei denn, die westlichen Pläne erwiesen sich rein technisch als undurchführbar). Denn der Westen hat derzeit den längeren Atem als die UdSSR, während die Bevölkerung bei uns zu träge und zu gleichgültig hinsichtlich des Schicksals der Nation ist, um der westlichen Vereinnahmungsstrategie die Stirn zu bieten. Schon wird besorgt diskutiert, was denn die Einheit eigentlich »kostet« — der jährliche Urlaub in Mallorca ist den Menschen in der Marktwirtschaft wichtiger als die Freiheit!

Die kommende Einheit kann also kein Grund sein, die Hände in den Schoß zu legen und das nationale Ziel als erreicht anzusehen. Sie ist vielmehr ein wichtiger Etappenerfolg, verbessert die Ausgangslage für das Fernziel: die Einheit und Freiheit der Nation!

Uwe Meenen

Plädoyer für ein regionalistisches Deutschland

Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Sachsen, Schlesien, Thüringen













Als der Kanzler der BRD am 19. Dezember 1989 Dresden besuchte, wurde er durch viele schwarz-rot-goldene Fahnen begrüßt. Rätselhaft waren Herrn Kohl und anderen »Bundis« jedoch die unübersehbaren weiß-grünen Flaggen. Auch die auf zahlreichen Transparenten und Schildern zu sehenden Wappen, die auf schwarz und gold gestreiftem Grund einen diagonal verlaufenden grünen Rautenkranz zeigten, waren diesen Kreisen unbe-

Rostock
Lübeck
Anklam
Schwerin
Neubrandenburg
Pommern
Hamburg
Mecklenburg
Stettin
Nieder-
sachsen
Brandenburg-
Preußen
Berlin
Hannover
Potsdam
Frankfurt
Braunschweig
Magdeburg
Dessau
Cottbus
Obersachsen
Göttingen
Halle
Schlesien
Leipzig
Görlitz
Dresden
Erfurt
Weimar
Gera
Chemnitz
Thüringen
Suhl
Böhmen
Hof
Coburg
Franken
Eger
Prag

kannt. Diese Zeichen — jedem echten Sachsen heilig, sind sie doch die Wahrzeichen seines Heimatlandes — erfreuen sich jedoch nicht erst seit dem 9. November 1989 großer Beliebtheit. Auch schon zu Honeckers Zeiten waren die Wappen und Farben des alten Landes plakativer Ausdruck von Opposition. Wenn auch der Regionalismus in der ganzen DDR stark ist — Sachsen ist seine Hochburg. Das hat vor allem historische Gründe: Das Verhältnis Sachsens zu Berlin ist traditionell belastet (ein Zustand, den das DDR-Regime durch die Bevorzugung der Hauptstadt noch verstärkte). Zudem ist Sachsen das »historischste« Land der DDR, da die anderen Länder durch Druck von außen größeren Veränderungen in ihrem Gebietsstand unterworfen waren.

Strafbar war ein offenes Bekenntnis zu den Ländern in der DDR nie; schon allein deshalb nicht, weil die Länder nie offiziell aufgelöst wurden und juristisch bis heute fortbestehen. Dies kommt in einem Gutachten für den »Runden Tisch« und den Rat der Stadt Halle zum Ausdruck, in dem das Stadtarchiv zu dem Schluß kommt, daß eine gesetzliche Auflösung nie erfolgt sei. Zu demselben Ergebnis kam vor kurzem das Stadtarchiv Dresden. Daß die Länder die Bezirksgründungen vom 23. Juli 1952 schon allein deshalb überlebt haben müssen, weil die Länderkammer erst im Jahre 1958 aufgelöst wurde, sei nur angemerkt. Ferner wirkten die Länder an den »Wiederwahlen« des Staatspräsidenten Pieck in den Jahren 1953 und 1957 mit. Auch aus diesen Gründen ist der unmögliche Vorschlag des Runden Tisches von Magdeburg, die Länder an den Grenzen der Bezirke zu orientieren, nicht praktikabel.

Es sollte genau abgewägt werden, welche Länder in welchen Grenzen geschaffen werden sollen. Der CDU-Politiker Wünschmann äußerte jüngst ganz richtig, daß die fünf Länder der DDR (Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen) so »historisch« wie gelegentlich getan werde, nicht seien. Man begeht also kein Sakrileg, wenn man über die Gestalt dieser Länder diskutiert. Heimatbewußtsein orientiert sich primär nicht an der Nation, sondern an der Region. Nationale Identität wächst immer von unten und kann sich nicht optimal entfalten, wenn sich das Heimatgefühl nicht entwickeln kann. Heimatbewußtsein wiederum richtet sich sehr wesentlich am Land aus, das daher im Idealfall die Region umfassen soll.

Dieses Ideal ist in Deutschland leider die Ausnahme, da äußere Einflüsse immer wieder die innere Ordnung durcheinanderwirbelten. Beispiele solcher Katastrophen sind etwa der Dreißigjährige Krieg, die napoleonische Fremdherrschaft oder die Besatzungsherrschaft seit 1945. Wertet man die innere Gliederung Deutschlands regionalistisch, so herrschen lediglich in Österreich zufriedenstellende Verhältnisse. Die BRD-Gliederung kann im allgemeinen als willkürlich bezeichnet werden — ein Zustand, den westdeutsche Politiker mit ihrem Neugliederungsvorschlag aus dem Jahre 1974 noch verschlimmern wollten: Die BRD sollte ausschließlich nach ökonomischen Gesichtspunkten (z.B. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Steueraufkommen u.ä.) in fünf oder sechs Bundesländer gegliedert werden. Wer solchen Unsinn geplant hat, sollte sich nun hüten, der DDR weise Ratschläge zu erteilen.

Die Gliederung Deutschlands sollte in der DDR nach den in Artikel 29 Absatz 1 des Grundgesetzes festgelegten Prinzipien erfolgen, die in der BRD unberücksichtigt blieben. Diese sind: ausreichende Größe und Leistungsfähigkeit, landsmannschaftliche Verbundenheit, die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, wirtschaftliche Zweckmäßigkeit sowie die Erfordernisse der Raumordnung und der Landesplanung. Die Grenzen der genannten Länder sind aber nur bedingt mit diesen Grundsätzen vereinbar.

*

Mecklenburg im eigentlichen Sinne umfaßt die früheren Länder Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Diese dynastisch bedingte und somit künstliche Teilung wurde 1934 zu Recht aufgehoben und dies 1945 bestätigt. Die Hauptstadtfrage ist in Mecklenburg unumstritten, da diese Aufgabe immer von Schwerin getragen wurde. Nicht nachvollziehbar ist der Anschluß von Vorpommern an Mecklenburg. Immerhin wurde dieser Tatsache von 1945 bis 1947 dadurch Rechnung getragen, daß das Land den Namen »Mecklenburg-Vorpommern« trug. Seit 1947 wurde dann systematisch jede Erinnerung an (Vor-)Pommern getilgt. Regionalistischer Widerstand organisierte sich beispielsweise in Gruppen für Geschichtsforschung, die selbstverständlich ständig vom Stasi »betreut« wurden. Leider hat Pommern keinen Vorteil davon gehabt, daß sowohl Egon Krenz als auch Hans Modrow von dort stammen. Ein eigenes Land Pommern wäre immerhin größer als das Saarland und wäre für so manchen vertriebenen Pommern ein klei-



Die DDR mit den bestehenden Bezirks- und Landesgrenzen

ner Trost. Die Hauptstadt, die wegen des Verlustes des westlich (!) der Oder gelegenen Stettin ohnehin provisorisch wäre, könnte Anklam sein.

*

Brandenburg besteht aus der früheren preußischen Provinz Brandenburg. Die östlich von Oder und Lausitzer Neiße liegenden Gebiete sind seit 1945 amputiert. Zu prüfen wäre, ob nicht die bereits seit dem 17. Jahrhundert brandenburgischen Gebiete des Herzogtums Magdeburg und des Fürstentums Halberstadt wieder zu Brandenburg kommen sollten. Wegen des langen Abstandes von fast 200 Jahren würde dies wahrscheinlich von der Bevölkerung abgelehnt. Angebracht ist hingegen die Vereinigung Berlins mit Brandenburg, da die (überflüssige) Ausgliederung Berlins erst 1920 erfolgte. Stadtstaaten sind Rückfälle in die Zeiten des Heiligen Römischen Reiches, nicht aber Kennzeichen einer gewachsenen regionalistischen Raumordnung, die die Unterschiede zwischen Stadt und Land doch gerade zu überbrücken statt zu vertiefen hat. Hauptstadt Brandenburgs sollte Potsdam bleiben, wie es der Fall war und sich zur Entlastung Berlins bewährt hat. Eine Überlegung wert ist, ob das Land nicht besser Brandenburg-Preußen heißen sollte — so könnte das preußische Erbe durch seine Keimzelle Brandenburg in die heutige Zeit gerettet werden.

*

Sachsen wurde vom Wiener Kongreß geteilt. Neben dem unabhängigen Teil (Königreich bzw. später Freistaat) Sachsen kam es zur Errichtung einer preußischen Provinz Sachsen. Letztere wurde 1945 mit Anhalt zur Provinz Sachsen-Anhalt vereinigt und im Jahre 1947 durch die von den Besatzern verfügte Auflösung Preußens zum Land erhoben. Im Jahre 1945 verlor Sachsen den flächenmäßig kleinen »Reichenauer Zipfel« östlich der Lausitzer Neiße. Dem standen größere Gebietsgewinne gegenüber, da die westlich der Neiße liegenden Teile Schlesiens (mit dem geteilten Görlitz als größter Stadt) Sachsen zugeschlagen wurden. Wenn nun schon »zusammenwächst, was zusammengehört«, sollte auch Sachsen wiedervereinigt werden. Diese Lösung hätte freilich den unschönen Nebeneffekt, daß weite traditionell brandenburgische Gebiete sächsisch blieben (s.o.). Der gegenwärtige Streit um die Hauptstadt von Sachsen-Anhalt wäre jedoch beigelegt: Magdeburg war Hauptstadt der früheren preußischen Provinz Sachsen; Halle wurde am 17. November 1947 zur Hauptstadt von Sachsen-Anhalt erklärt; Dessau war früher Hauptstadt von Anhalt. Für ein einiges Sachsen wäre es keine Frage, daß die »ewige« Hauptstadt Dresden weiterhin Hauptstadt bleibt. Zur Abgrenzung sollte das neugebildete Land den Namen »Obersachsen« annehmen, den es bereits durch die Reichsreform Kaiser Maximilian I. erhalten hatte. Dies erleichtert die Unterscheidung von Niedersachsen, das ja das »eigentliche« Sachsen darstellt (Stammesherzogtum seit Gründung des Königreichs der Deutschen im Jahre 911).

*

Analog zu Pommern sollte aus den verbliebenen Teilen von Schlesien ein eigenes Land gebildet werden. Es ist zwar richtig, daß dieses Gebiet, ein Teil der Lausitz, vor 1815 bereits zu Sachsen gehörte, aber angesichts der Gefahr, daß Schlesien in Vergessenheit zu geraten droht, ist diese Lösung vorzuziehen. Auch dieses stark verkleinerte Schlesien wäre immer noch größer als das Saarland.

*

Das Land Thüringen, 1920 durch Vereinigung von sieben thüringischen Duodezstaaten geschaffen, wurde noch 1944 durch Hitler um den Regierungsbezirk Erfurt künstlich nach Norden ausgedehnt. Diese unhistorische Lösung wurde 1945 beibehalten und sollte rückgängig gemacht werden. Hingegen sollten Ex- und Enklaven nicht wiederaufleben (etwa das von fränkischem bzw. bayerischem Gebiet umschlossene Ostheim oder das in Thüringen liegende hessische Schmalkalden). Überlegenswert wäre aber die Rückgabe des thüringischen Herzogtums Coburg, das erst im Jahre 1920 zu Franken (Bayern) kam, denn Thüringen ist flächenmäßig recht klein. Auf jeden Fall aber wird Weimar Hauptstadt bleiben.

*

Die am 14. November 1944 erfolgte Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen orientierte sich an Ländergrenzen. Dennoch erwies sich diese Teilung 1945 gelegentlich als unpraktisch, was zu kleineren Gebietsabrundungen führte. Dieses willkürliche Vorgehen provozierte den einzigen Grenzstreit zwischen BRD und DDR, da die Grenze zwischen Mecklenburg



und dem in Niedersachsen aufgegangenen Hannover an die Elbe verlegt wurde. Wenn nun die Teilung von BRD und DDR aufgehoben wird, sollten selbstverständlich auch solche Willkürmaßnahmen rückgängig gemacht werden.

Fraglos sollten auch die Symbole der Länder sorgfältig festgelegt werden. So ist es sehr merkwürdig, daß die CDU den Landesverband Thüringen jüngst unter dem durch die Hitlerfaschisten eingeführten Wappen durchführte. Dieses Wappen, ein schreitender Löwe, wurde 1945 beibehalten — ohne Hakenkreuz, versteht sich. Brandenburg sollte den roten Adler als Wappen wiedererhalten, der 1945 abgeschafft wurde.

Über die Ländergliederung muß das deutsche Volk in jenen Gebieten selbst entscheiden, möglichst durch Volksabstimmungen. Begrüßenswert wäre es, bei dieser Gelegenheit gleich die weniger »originären als originellen« Bundesländer (Theodor Heuss) durch historisch und regionalistisch akzeptable Länder zu ersetzen. Daß die 1945 und in den folgenden Jahren in der Sowjetischen Besatzungszone geschaffenen Länder trotz der genannten Unzulänglichkeiten dem Anspruch des Grundgesetzes weit mehr genügen als die meisten heutigen Bundesländer, steht außer Frage.

Abschließend bleibt zu hoffen, daß die Ländergründungen bzw. -wiederbelebungen nicht zu einem Anschluß nach Artikel 23 des Grundgesetzes mißbraucht werden. Die Einheit sollte über Artikel 146 Grundgesetz geschaffen werden, was die Wahl einer Verfassunggebenden Nationalversammlung unumgänglich macht. Die DDR wird in das neue Deutschland nicht nur die Hauptstadt einbringen, sondern auch ihre Länder.

Gotthard Friedrich

Die Einführung der neuen sächsischen Landesfarben »Grün-weiß« 1815

Das deutsche Mittelalter und die Neuzeit bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts kannten noch keine Reichs- und Landesfarben in unserem Sinn. Vorher gab es nur Hoheitszeichen des Herrschers (z.B. Adler, Zepter, Wappen, Standarten, Reichsapfel, Kreuz und heilige Lanze) sowie Haus- und Wappenfarben der Fürsten und Freien Städte, besonders als Farben für Urkundenschnüre als Abzeichen für das Militär und bei Festlichkeiten.[1]
Die früheren Wappenfarben Sachsens waren Schwarz und Gelb.[2] Sie finden sich seit dem 16. Jahrhundert in den Urkundenschnüren nach den Farben des Meißner Wappens und des Schildes des herzoglich sächsischen Wappens. So waren auch die Meilensäulen, Grenzpfähle und Wegweiser gestrichen.

Geschichtlicher Hintergrund

1806 wurde das Kurfürstentum Sachsen als Mitglied des Rheinbundes zum Königreich erhoben. [3] Im übrigen befand sich Sachsen bei allen großen Entscheidungen der Zeit auf der falschen Seite. [4] Zunächst hatte es sich durch Staatsminister Brühl als Bundesgenosse Österreichs in eine preußenfeindliche Politik hineinziehen lassen und sich nach der Niederlage Preußens gegen Frankreich 1806 an Napoleon angeschlossen. In den Freiheitskriegen blieb es auf der Seite Napoleons, auch nachdem Preußen und Österreich diesem bereits den Krieg erklärt hatten.
Die Quittung hierfür erhielt Sachsen auf dem Wiener Kongreß. Bei der »Sächsischen Frage« schien es zunächst so, als ob das Königreich Sachsen — mit Unterstützung Rußlands — ganz an Preußen fallen sollte. Aufgrund des Widerstands von England, Frankreich und Österreich wurde zwar hiervon abgesehen, dafür mußte aber Sachsen 42,5% seiner Fläche mit 57,8% der Einwohner an Preußen abtreten. Es verblieben ihm etwa 15 000 qkm mit 1 183 000 Einwohnern. Außerdem mußte es eine Schuldenlast von 16 Mio. Talern übernehmen und wurde vorübergehend unter die Verwaltung eines russischen und später eines preußischen Gouverneurs gestellt.

Einführung der neuen Landesfarben

Erst am 7. Juni 1815 kehrte König Friedrich August I., später der Gerechte genannt, aus der preußischen Gefangenschaft in Friedrichsfelde bei Berlin in sein um die Hälfte verkleinertes Land zurück. Die Bevölkerung empfing ihn in überströmender Begeisterung. [5] Beim Wiedereinzug in die Heimat hatte ihn das Weißgrün der Ehrenjungfrauen in den weißen Kleidern mit den grünen Kränzen im Haar so gut gefallen, daß er Weißgrün zu den nunmehrigen sächsischen Landesfarben machte. Nach Kötzsche/Kretzschmar [6] sind die neuen Landesfarben ein Zufallserzeugnis der Zweckmäßigkeit zur Unterscheidung der Sachsen von den verschiedenen landsmännischen Truppen und somit ohne historische Beziehung.
Diese Ausführungen treffen so nicht zu. Für die neuen Landesfarben gab es sehr wohl historische Vorbilder: [6]

1. Am 20. Juli 1807 war der »Hausorden der Rautenkrone« gestiftet worden. Dessen Band war grün, das Kleinod selbst erstrahlte in grün-weiß, es war der höchste Orden des Landes.
2. Es ist nicht ohne Reiz festzustellen, daß sich auf die Wahl der Farben auch russischer Einfluß geltend machte. Nach dem Willen des Generals Fürst Repnin, seit 1813 Generalgouverneur in Sachsen, sollte anstelle der weißen Kokarde eine andere Farbe eingeführt werden. Er erhielt daraufhin durch Vermittlung des Generals v. Tielmann von dem damaligen Gouverneur Dietrich v. Miltitz in Leipzig am 2. November 1813 die Auskunft: »In den besten Zeiten der sächsischen Geschichte war das Feldzeichen ... Grün.«[4] Aufgrund eines Publicandums des genannten russ. Gouverneurs vom 12. November 1813 wurde daraufhin durch Armeebefehl vom gleichen Tage eine grüne Kokarde mit schwarz-gelbem, Rand bestimmt; das Portépée aber war von Silber mit grünen, gelben und schwarzen Fäden durchzogen. Hier erscheint zum ersten Male die Verbindung der weißen Farbe mit dem Grün des sächsischen Rautenkranzes.[5]
3. Seit November 1813 gab es als National-Ehrenzeichen ein grünes Tuchkreuz für jeden, der sich freiwillig zur Landwehr meldete oder deren Bestrebungen unterstützte. Die Verleihung des sehr begehrten Ordens oblag dem General Justus v. Vieth als Chef des Generalstabs. Die Landwehr selbst führte ein grünes Kreuz auf weißem Fahnenblatt.
4. Mit Erlaß vom 4. Juni 1815 bestimmte der König, daß die »alte weiße« Kokarde, wie sie nach den Ranglisten von 1803 — 1813 in der Armee getragen wurde, von grüner Farbe, wie vorübergehend eingeführt (s. Ziff. 2), nur noch einen



grünen Rand haben sollte. Damit wurden die Farben schwarz-gelb, die nie volkstümlich noch sonderlich beliebt waren, endgültig fallengelassen.

5. Schließlich kam es zum Erlaß des Königs vom 16. Juni 1815:[6]
»Wir haben Uns bewogen befunden, die bei Unserer Armee eingeführte neue Kokarde von weißer Farbe mit grünem Rande zur National-Kokarde zu erklären, und wollen, daß solche zur Belegung des Nationalsinnes und als äußeres Zeichen der Eintracht unter Unseren Untertanen auch vom Civilstande und besonders von Unseren Dienern und öffentlichen Beamten getragen wird.«

Entgegen der eingangs erwähnten Darstellung gab es also durchaus historische Vorläufer für die Einführung der neuen Landesfarben.

Schlußbemerkungen

Das stark verkleinerte Königreich Sachsen mußte sich nach dem Wiener Kongreß in den neuen Verhältnissen zurechtfinden. Hierzu gehörten auch neue Symbole und aussagekräftige Farben. Da die Bevölkerung hierfür durchaus Verständnis zeigte, bürgerten sich die neuen Farben rasch ein. Sie stellten symbolisch tatsächlich ein hoffungsvolles Zeichen für eine glücklichere Zukunft Sachsens dar und galten bis zum Ende seines Bestehens (als Königreich bis 1918, als Republik und Land bis zur schließlichen Auflösung der früheren Länder in der heutigen DDR 1952).

Wir aber bewahren in der Tradition die Farben »Grün-Weiß« auch heute noch als ewige Erinnerung an unsere Heimat, unser engeres Vaterland Sachsen.

Anmerkungen:

1) Helbig, S. 90/91
2) Helbig, S. 92
3) Köbler, S. 446/7
4) v. Polanz/v. Seydewitz, S. 148
5) Oertel, S. 270
6) Helbig, S. 95, v. Polenz/v. Seydewitz aaO.

Literatur:

Helbig, K.G.: »Die sächsischen Landesfarben« in der Wochenschrift »Im neuen Reich« Leipzig 1871, S. 90—96.
Köbler, Gerh.: Historisches Lexikon der deutschen Länder, München: Beck 1988
Kötschke, Rud./Kretzschmar, Hellmut: Sächsische Geschichte, 2. Bd. Geschichte der Neuzeit seit der Mitte des 16. Jahrhunderts mit weiter ausführl. Literatur. Leipzig und Dresden, im März 1935.
Kracke, Friedrich: Friedrich August III. München 1964.
Oertel, G.: Das Wappen des Königreichs Sachsen und die sächsischen Landesfarben in der Wissenschaftlichen Beilage der Leipziger Zeitung Nr. 45 vom 8. Juni 1887, S. 269 bis 270.
Polenz, Hans Assa von — / Seydewitz, Gabriele von — (Hrsg.): »Festschrift zur 900-Jahr-Feier des Hauses Wettin 1089—1989«, Regensburg-Bamberg 1989.

Regionalismus in der DDR

Eine in Dresden Anfang des Jahres gegründete **Sachsenpartei**, die sich ausschließlich als Interessenvertretung der Sachsen auf parteipolitischer Ebene verstand, hat ihre Auflösung beschlossen und wird sich bei dem im März ebenfalls in Dresden gegründeten **Sachsenbund** geschlossen einbringen. Der Sachsenbund will sich schwerpunktmäßig der Förderung sächsischer Kultur, der Erhaltung der Sprache und sächsischer Kulturdenkmäler widmen. Er wird sich ausschließlich überparteilich engagieren.

*

Für den 6. Mai sind Wahlen zu den Kommunal- und Landesvertretungen vorgesehen. Die neugebildeten Parteien und Gruppierungen sowie die ehemaligen Blockparteien der DDR gründen deshalb inzwischen auf Grundlage der alten Länderstrukturen Landesverbände. Die **Revitalisierung** der juristisch nach 1952 weiterbestehenden Länder wird von keiner Gruppe mehr in Frage gestellt.

*

Daß die bevorstehende Auflösung der vierzehn Bezirke und die unveränderte Wiederbelebung der alten Länderstrukturen bei der Bevölkerung nicht ungeteilte Zustimmung findet, zeigt sich inzwischen im Norden der DDR. Das Land Mecklenburg soll aus den Bezirken Schwerin, Neubrandenburg und Rostock gebildet werden, umfaßt aber damit auch die Teile Pommerns, die nicht an Polen gefallen sind. Noch unmittelbar nach 1945 trug das Land den Namen »Mecklenburg-Vorpommern«, der 1947 auf Befehl der Sowjets auf »Mecklenburg« verkürzt wurde. Die Vorpommern wollen abe weder eine Bezirkshauptstadt Rostock noch eine Landeshauptstadt Schwerin, sondern eine landsmannschaftliche Gliederung, die ihrem Regionalbewußtsein ausreichend Rechnung trägt. Die Landeskirche Greifswald will demnächst schon als Landeskirche Vorpommerns auftreten, und im Januar wurde in Greifswald eine der SPD nahestehende »Vorpommersche Rundschau« ins Leben gerufen. Auch der Landesverband der Deutschen Sozialen Union (DSU) firmiert bereits unter der Bezeichnung »Mecklenburg/Vorpommern«. Der Greif und das Blau-Weiß Pommerns sind nicht mehr zu übersehen.

*

Auch im Südosten der DDR, diesseits der Görlitzer Neiße, macht eine Region durch ihre nicht-sächsische Mundart auf sich aufmerksam: die Schlesier in der zum Teil von Sorben bewohnten Oberlausitz. Hier, im Stadt- und Landkreis der geteilten Stadt Görlitz, im Kreis Niesky und in den Kreisen Hoyerswerda und Weißwasser (beide im Bezirk Cottbus), wird wieder bewußt die schlesische Mundart gepflegt. Die in Teilen der Niederlausitz lebenden Niederschlesier haben sich bisher noch nicht zu Wort gemeldet. In Ausschüssen wird inzwischen überlegt, wie die Schlesier im »Freistaat Sachsen« angemessen berücksichtigt werden können. Die Bezeichnung »Sachsen-Niederschlesien« oder ein eigenes Bundesland für diese Landsmannschaft scheinen jedoch nicht durchzusetzen zu sein.

—k—



***Es gibt keine DDR-Identität:** Es gibt nur Thüringer, Sachsen, Schlesier ... Deutsche*





Schluß mit der Entmündigung: *Forderung auf der Leipziger Montags-Demonstration am 22.1.1990 (Foto: B. Heinze).*

Peter Bahn

Für den deutschen Sonderweg!

Plädoyer gegen die restlose Verwestlichung unseres Landes

»Die deutsche Einheit kommt bestimmt!« lautet der Titel eines 1982 von Wolfgang Venohr herausgegebenen Sammelbandes, der sich auf die zu jener Zeit mühsam wieder zustande kommende nationale Debatte bezog und dabei Autoren »rechter« wie »linker« Provinienz vereinigte. Der ebenso trotzige wie optimistische Titel forderte in den damals noch allein maßgeblichen Kreisen der Schuldapostel, Nationalallergetiker und Zweistaatlichkeitsfanatiker teils Hohn und Spott, teils blanken Haß heraus. Wer den Gedankengängen Venohrs und seiner Co-Autoren folgte und sie in praktische Politik umsetzen wollte, sah sich innerhalb kürzester Zeit persönlicher wie beruflicher Diskriminierung, anbräunenden Verleumdungen und im Extremfall recht »handfesten« Argumenten sich als »autonom« und »antifaschistisch« deklarierender Krimineller ausgesetzt.

Im Oktober 1989 nun begann das Volk in der DDR auf die Straße zu gehen. Am 9. November, diesem immer wiederkehrenden deutschen Schicksalstag, erfüllte sich auch der bis dahin so vergebliche Ruf, daß die Mauer weg müsse. Seitdem rast der Zug in immer schnellerem Tempo auf das zu, was Wolfgang Venohr vor acht Jahren ankündigte. Die Ereignisse überschlagen sich mit einer derartigen Geschwindigkeit, daß beim Abfassen dieser Zeilen im Februar 1990 noch nicht vorausgesehen werden kann, welche Stationen der Einheitszug bei ihrer Drucklegung bereits passiert haben wird.

Unbehagen:
Das Verschwinden eines authentischen, eines »deutschen« Deutschlands

---

»Deutschland einig Vaterland« — wofür man vor Jahresfrist in Frankfurt/Oder noch eingesperrt und in Frankfurt/Main von halbanalphabetischem, geschichtslosem Pöbel mit Steinen beworfen wurde, scheint nun erklärtes Ziel der Regierungen der BRD und der DDR zu sein. Grund zum Feiern für Patrioten also, stehen sie nicht kurz vor dem Ziel ihrer jahrzehntelangen Wünsche, Hoffnungen, Sehnsüchte? Man sollte es meinen — und doch keimt Unbehagen auf, der schale Geschmack im Mund verstärkt sich von Tag zu Tag.

Die DDR wird es schon bald nicht mehr geben. Das ist, sieht man es unter dem Gesichtspunkt des Verschwindens einer bestimmten Staatsräson und Staatsordnung, gewiß kein Grund zum Trauern. Bedenklich stimmt jedoch, daß mit dem Staat DDR noch etwas anderes verschwinden wird, etwas, das dieser nicht oder doch kaum gewollt pflegte, was sich aber in seinen vom kapitalistischen Weltmarkt bisher nur in relativ geringer Weise bestimmten Strukturen lange halten konnte: der Rest eines in kultureller Hinsicht zumindest in Grundzügen noch authentischen, eines »deutschen« Deutschland.

Die DDR: das war nicht nur Ulbricht, Honecker & Co., das war nicht nur halbkoloniale Abhängigkeit von der Supermacht Sowjetunion, das war nicht nur die jedes lebendige Denken erstickenwollende marxistische Dogmen-Scholastik. Gewiß, es war dies alles, aber doch auch mehr. Ralf Hoppe und Werner Mahler haben es kürzlich im »ZEIT-Magazin« am Beispiel einer

DDR-Kleinstadt auf den Punkt gebracht, einer, wie sie schreiben »Stadt ganz ohne jede fremde Zusätze, ohne Pizzeria und Blumenkübelbeton in der City-Zone, ohne Douglas-Dependance, Videoverleih und Gyros-Pommes-Dunst« — einer deutschen Stadt eben! Und einer Stadt, die in einem Land liegt, das so unendlich viel weiter von der Horror-Vision eines multikulturellen melting-pot entfernt ist, als wir im Westen es in den letzten 30 oder 40 Jahren jemals gewesen sind. Selbst die politische Unterdrückung, die die Herrschenden in jenem Land ausübten, zeitigte von ihnen ungewollte Konsequenzen bei der Stärkung der nationalen und kulturellen Identität: den Rückzug in die Nischen, was auf geistiger Ebene nicht selten die intensive Zuwendung zu den Werken und der Welt der klassischen deutschen Literatur zur Folge hatte. Schließlich: wo wurde bisher das Andenken so mancher Großer der deutschen Geschichte, das Andenken etwa Luthers, Friedrich II. und Bismarcks, mehr gepflegt, als jenseits von Elbe und Werra? Sicher, dies historische Erbe wurde instrumentalisiert, systemstabilisierend mißbraucht — aber dennoch, seine Pflege allein hielt allem einheitssozialistischen Beiwerk zum Trotz das Bewußtsein von dem wach, was Deutschland einmal war und aus welchen Traditionen es schöpfen kann.

Perfidie:
Der Sieg des Big Mac über die Buletten

Das soll nun alles ganz anders werden. Im Zug der deutschen Einheit fährt im Erster-Klasse-Abteil der Coca-Cola-Kolonialismus mit. Der Sieg des Big Mac über die Buletten steht, perfiderweise im Zeichen von schwarz-rot-gold, unmittelbar bevor. »Burger King« und »MacDonald's« bald an allen Ecken, in Dresden wie in Dessau, in Magdeburg wie in Meißen. Die freie Marktwirtschaft wird in die DDR einfallen und damit das ihr ureigene Dogma des unbedingten Vorrangs betriebswirtschaftlicher Einzelinteressen vor den politischen, ökologischen, kulturellen und volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen. Die Strichjungen des freien Marktes, die Spekulanten, Subventionspiraten, Kredithaie und Großbetrüger, stehen schon in ihren Startlöchern. AIDS und Drogen, diese typischen Symbole der »freien westlichen Gesellschaft«, harren gleichfalls ihres forcierten Imports Richtung DDR. »Deutschland einig Vaterland« — einig im »American way of life«.

Domestizierung:
Das »einig Vaterland« als fetter, kastrierter Kater

Gekrönt werden soll all dies durch die baldige »Einbindung« des »einig Vaterland« in ein »zusammenwachsendes Europa« mit »übergreifenden Strukturen«. Den in In- und Ausland immer öfter zu hörenden Begriff der »Einbindung« muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Er suggeriert zunächst einmal Assoziationen wie »eintreten«, »eingelassen werden«, »dazugehören« und »mitmachen dürfen«, wobei gerade letzteres sicher im Interesse wesentlicher Teile des westdeutschen Großkapitals ist: nationale Grenze und Strukturen werden dort als lästige Hemmnisse angesehen, der jeweils eigene wirtschaftliche und politische Konzerneinfluß soll sich über sie hinaus auch in andere Länder erstrecken und der Maximierung des Profits dienen. Des weiteren suggeriert »Einbindung« so manches, was des deutschen Spießers Zitterseelchen beruhigt, »Schutz« etwa und »Sicherheit« durch die Verbindung mit anderen. All dies ist jedoch nur sekundär, vornehmlich als Blendwerk gedacht. Vor allem Paris, London, Den Haag und Washington geht es bei der »Einbindung« um etwas ganz anderes: auf »-bindung« liegt hier die Betonung, auf »Bindung« im Sinne von »Fesselung«, von Einschränkung der Bewegungsfreiheit, von Domestizierung der Deutschen. Das »einig Vaterland« als fetter, kastrierter Kater, der brav und wohlerzogen in seinem Körbchen sitzt. Und deutsche Politiker in Bonn und Berlin (Ost und West) spielen dieses Spiel mit, bis hin zum fast schon landesverräterisch zu nennenden Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin, das Territorium der DDR alliiertem Hoheitsrecht zu unterwerfen. In jedem anderen Land der Welt wäre der Mann keinen Tag länger mehr im Amt gewesen, während man sich bei uns nicht schämt, sein Ansinnen auch noch öffentlich und nicht selten wohlwollend zu diskutieren.
Haben wir das alles gewollt, ist das die Verwirklichung unserer Träume vom »einig Vaterland«? Die Frage drängt sich auf, doch ist sie falsch gestellt. Es muß so sein, wie es jetzt ist, die deutsche Einheit läßt sich nicht nach Modellen aus Studierstuben oder verrauchten Hinterzimmern erreichen. Wer die Einheit will, muß die Kröte eines Triumphes von »American way of life« und westlichem Liberalismus zunächst einmal schlucken. Zunächst einmal — und dann die Chancen nutzen, die Territorium, Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl des »einig Vaterland« bieten, um zum eigentlichen Kern der nationalen Frage vorzustoßen: der Frage nach der Unabhängigkeit und Identität der Nation, die viel zu lange von der Situation der Spaltung und dem aus ihr resultierenden Einheitswunsch verdeckt und überlagert worden war.
Nach der Novemberrevolution des Jahres 1989 steht die zweite deutsche Nationalrevolution noch aus: die Revolution für ein Deutschland, das zu seinen 1918 erschütterten, 1933 mißbrauchten, 1945 diskriminierten und seit 1968 fast vergessenen eigentlichen geistigen und kulturellen Traditionen zurückkehrt — zum Erbe der Stauferkaiser, Wallensteins, Friedrichs II., der preußischen Reformer um Stein, Bismarcks, Goethes, Schillers, Georges, Herders, Fichtes, Schopenhauers, Nietzsches, Klages', Heideggers, Beethovens, Wagners, Schinkels, Caspar David Friedrichs und der vielen anderen, die durch vorbildliche Staatskunst, schöpferische Genialität und philosophische Tiefe den Rang und den guten Namen der Deutschen begründeten und mehrten. Es ist symptomatisch für den Zustand unseres Landes, daß dieses Erbe jenseits der deutschen Grenzen, etwa in Osteuropa, aber auch bei den Gebildeten Frankreichs und Italiens, heute z.T. mehr bekannt ist und mehr geschätzt wird, als dort, wo es entstand.

Das »westliche Wertesystem«:
Synthese aus Raffgier, Hedonismus und kultureller Nivellierung

EX ORIENTE LUX! Im Osten leuchtet das Morgenrot eines kulturellen Erwachens der Völker, die die Fesseln des doktrinären Marxismus nicht deshalb abschütteln wollen, um sich anschließend dem seelenvergiftenden Liberalismus des Westens zu unterwerfen. In Estland, Lettland, Litauen, Moldawien, Georgien, Aserbaidshan, Armenien, Kirgisien und auch im russischen Kernraum des sowjetischen

Vielvölkerstaates entstehen neue, mächtige nationalistische Bewegungen, die überall zwei Ziele haben: die Rettung ihres kulturellen Erbes und als Voraussetzung zu dessen langfristiger Sicherung die nationale Souveränität ihres Volkes. In Asien und Afrika ist es der islamische Fundamentalismus, der sich immer militanter gegen das wehrt, was die DDR jetzt überfällt und von dem alle Deutschen sich noch gemeinsam zu befreien haben: das »westliche Wertesystem«, diese Synthese aus Raffgier, Hedonismus und kultureller Nivellierung. Das Erstarken und Wiedererstarken jeder Nation wird an der Schwelle zum dritten Jahrtausend entscheidend davon abhängen, ob sie fähig ist, den Lebensstrom aus ihren kulturellen Wurzeln im Fluß zu halten und zu intensivieren. Die Deutschen werden zu wählen haben, ob sie durch den süßlich-morbiden Liberalismus des Westens allmählich vergiftet werden oder ihr Überleben als Volk durch die Rückbesinnung auf die eigene Kraft, die eigenen Werte, die eigene Kultur und die eigene Geschichte sichern wollen.

Abkoppelung:
Revolution des deutschen Sonderweges

Letzteres bedeutet die Entscheidung für den deutschen Sonderweg, frei von allen verführerisch offerierten »Einbindungen«, unabhängig von Ost und West, aber das Gesicht offen den Völkern des Ostens zugewandt, deren Mentalität den Deutschen weit näher ist als die der mediterranen und atlantischen Nationen. Die zweite Nationalrevolution, die die des Herbst 1989 fortzusetzen und zu vollenden hat, wird eine Revolution des deutschen Sonderwegs sein. Sie wird die Abkoppelung vom multinationalen Kapital und den von ihm geprägten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Megastrukturen erkämpfen müssen und eine Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft zu errichten haben, die die persönliche Leistung des Einzelnen nicht hemmt, sondern fördert, zugleich aber stets den Interessen des Ganzen die ihnen gebührende Priorität einräumt. Letztlich ist der deutsche Sonderweg nicht einfach ein Problem von politisch-vordergründiger »Neutralität« oder »Paktfreiheit«, sondern wirft die Frage nach einer fundamentalen geistig-kulturellen, ethischen und gesellschaftlichen Umorientierung auf.

Noch ist nicht abzusehen, welche politischen Kräfte Wegbereiter des Sonderweges und Träger einer zweiten deutschen Nationalrevolution sein werden. Das deutsche Parteienspektrum wird in den nächsten Jahren den vielleicht tiefgreifendsten Umbruch nicht nur seit 1945, sondern überhaupt in seiner Geschichte erleben. Alte Gewißheiten und Perspektiven machte das Volk in den Straßen Berlins, Leipzigs, Plauens, Potsdams, Jenas und Geras teils obsolet, teils führte es sie ad absurdum.

Die »Rechte« hat ihre jahrzehntelangen Bindemittel — das Streben nach Wiedervereinigung und den Antikommunismus — verloren: die Einheit steht unmittelbar bevor, der Kommunismus ist zur Lehre obskurer Sekten abgesunken. Will die »Rechte« sich weiter als »national« definieren, muß sie die in Zukunft tatsächlich nationalen Themen in den Vordergrund stellen: die Souveränität und die Identität der Nation. Letzteres schließt immer auch die kompromißlose Verteidigung der ökologisch-naturräumlichen Lebensgrundlagen mit ein.

Die »Linke« hat nach dem mittlerweile so gut wie völligen Scheitern aller Versuche, auf der Grundlage der marxistischen Ideologie ein Staatswesen aufzubauen, die Chance, sich von mehr als hundert Jahre gepflegten Dogmen zu befreien. Ein großer Teil wird dabei gewiß — und leider — den »humanistischen« Sirenenklängen des Liberalismus erliegen. Ein kleiner, denkender Teil wird hoffentlich den fast schon zur Gänze verschütteten lasalleanischen Traditionsstrang der deutschen Arbeiterbewegung wieder freilegen können und die soziale Interessenvertretung der lohnabhängig Arbeitenden im Rahmen des Nationalstaates zur Grundlage seiner Politik machen. Gerade in der untergehenden DDR könnte das Potential einer solchen zukünftigen »nationalen Arbeiterbewegung« groß sein. Diese wirklich neue Linke wird unweigerlich in Konflikt mit den Interessen des multinationalen, in globalen Kategorien denkenden, Kapitals geraten und somit über ihr ureigenstes (soziales) Thema »nationalisiert« werden.

Die Entwicklung der bürgerlichen »Mitte« mit ihren »liberalkonservativen« und »radikalliberalen« Ausfransungen kann nicht unser Thema sein: sie ist der Schaum, der derzeit obenauf schwimmt, bei schärferem Wind aber am ehesten weggeblasen wird. Es bleibt das große Potential derer, die heute noch zwischen Elbe und Oder »einig Vaterland« und »freie Marktwirtschaft« als erstrebenswerte und (vermeintlich) untrennbare Ziele anvisieren, deren Ernüchterung aber bereits vorprogrammiert ist. Sie werden in wenigen Jahren schon nach Alternativen suchen und den deutschen Sonderweg beschreiten wollen. Wir sollten ihn gemeinsam vorbereiten, von jetzt an, ohne Zeitverzug, in Ost und West!

Lutz Rathenow
SO AUFZUSTEIGEN

So aufzusteigen durch den erblauten Raum,
mit dem Wind zu schwimmen, mit den Wolken schweben
sich ganz dem hellen Wasser anvertrauen.
So die freie Landschaft zu durchlaufen,
auf einem Hang sich einen stillen Ort zu suchen,
gelassen Platz zu nehmen unter all den Sternen
— auch das heißt noch nicht Freiheit.
Freiheit ist nicht nur: das blaue Oben
sehen können mit seinen verstreuten Wolken,
Wasser schmecken und die Geborgenheit der Wälder;
Freiheit sind nicht nur die Früchte zum Greifen,
der Vögel Gesang und was dir draußen lieb war,
die Vision von Landschaften mit erreichbaren Fernen,
in die zu streunen ewige Sehnsucht dich antreibt
— auch das heißt Freiheit und doch bedeutet sie mehr.
Freiheit, das ist dein Atem und dein Denken, mehr noch:
die Gewißheit, ungehindert zu atmen zu denken;
die Möglichkeit, dich jederzeit zu entfernen
— oh Qual des Körpers, Qual des unterdrückten Geistes,
wer tauscht mein zernichtetes Leben gegen ein neues?
Fünf Jahre eingekerkert, fünf Jahre Knast, jetzt
das sechste ... Vor Hoffnung und Glaube ganz taumlig:
dort in der Ferne die Freiheit mit einer Fahne winket,
ich seh ihn nahen, diesen großen eigenen Tag!

Nach Josef Capek

NATO-Mitgliedschaft oder Neutralität?

Den Verhandlungsspielraum für Deutschland nutzen!

Interview mit Detlef Kühn, Präsident des Gesamtdeutschen Instituts



Detlef Kühn

wir selbst: *Herr Kühn, als Präsident des Gesamtdeutschen Instituts, dem Sie seit 18 Jahren vorstehen, haben Sie die Aufgabe, deutschlandpolitische Öffentlichkeitsarbeit im Auftrag des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen zu leisten. Es ist zu vermuten, daß sich Ihre Arbeit seit dem 9. November — dem Tag, als die Mauer fiel — neu ausrichten muß. Welcher Aufgaben hat sich das GDI nun besonders anzunehmen?*

Detlef Kühn: Wir stellen ein bißchen auch zu unserer Überraschung fest,



Schulische Indoktrination: *Staatsbürgerkunde zur Vermittlung der »sozialistischen Demokratie«*

daß sich uns zur Zeit ein ganz neuer Klientenkreis erschließt. Vor allem in der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit, die etwa die Hälfte unserer Tätigkeit ausmacht, stoßen wir auf ein enormes Interesse bei Deutschen aus der DDR. Wir waren auch bisher schon tätig insbesondere für Multiplikatoren, also z.B. Lehrer in der Bundesrepublik Deutschland, und stoßen jetzt auf ein sehr reges Interesse bei den sehr verunsicherten Lehrern der Staatsbürgerkunde, die heute in dieser Form gar nicht mehr existiert und durch eine Art Politische Gegenwartskunde ersetzt werden soll. Diese Lehrer, die natürlich durch ihre Ausbildung ein Produkt der stalinistischen DDR sind, stellen jetzt fest, daß sie vieles falsch gelernt und deshalb auch falsch gelehrt haben und daß sie einen erheblichen Nachholbedarf haben. Diese Lehrer wenden sich an uns und sind sehr interessierte Abnehmer unseres Materials. Wir organisieren auch schon Seminare für diesen Personenkreis und haben in Berlin eine Vortragsreihe installiert, die sich großer Beliebtheit erfreut.

wir selbst: *Als gebürtiger Potsdamer, der 1952 aus der DDR geflohen ist, aber noch verwandtschaftliche Beziehungen in die DDR unterhält, hat Sie der 9. November doch sicherlich auch emotional stark berührt. Mit welchen Empfindungen haben Sie diesen Tag und die Zeit seither erlebt?*

Detlef Kühn: Es ist ja bekannt, daß ich immer für eine aktive, operative Wiedervereinigungspolitik gestritten habe. Das hat mir zeitweilig den Ruf eines Exoten eingetragen. Ich war mir natürlich auf der einen Seite völlig im klaren, daß die Wiedervereinigung direkt vor der Tür steht, wenn die Mauer fällt, andererseits hatte ich immer angenommen, daß eine Lösung der deutschen Frage durch Verhandlungen, insbesondere durch Verhandlungen der Deutschen mit den Siegermächten und hier insbesondere mit der Sowjetunion, herbeizuführen ist. Es ist umwerfend festzustellen, daß die Deutschen in der DDR den Status quo nicht nur ins Wanken, sondern zum Umkippen gebracht haben. Der Begriff Revolution ist wirklich angebracht. Und das hat mich über das Fallen der Mauer hinaus emotional außerordentlich bewegt.

wir selbst: *Es ist doch erstaunlich, daß die von Kennern der deutsch-sowjetischen Beziehungen seit ein bis zwei Jahren erwartete Offerte zur Wiedervereinigung aus Moskau ausblieb und die Sowjetunion offensichtlich die Chance, politisches Kapital aus ihrer machtpolitisch günstigen Situation zu ziehen, nicht nutzte. Ebenso verwunderlich ist, daß auch vom Westen aus keine operative Deutschlandpolitik ausging. Wie läßt sich dies erklären? Hat sich das Status-quo-Denken möglicherweise in den Hirnen der Machtstrategen so festgesetzt, daß jede Unruhe und Bewegung in Mitteleuropa als bedrohlich empfunden wurde?*

Detlef Kühn: Alle Staaten und alle verantwortlichen Politiker haben ein gewisses natürliches Beharrungsvermögen. Der Status quo ist bekannt, und weil man ihn kennt und sich mit ihm arrangiert hat, ist er auch beliebter als eine mehr oder weniger unkalkulierbare Zukunft. Was aber nun die Sowjetunion und ihre Deutschlandpolitik anbelangt, so gibt es hier sicherlich mehrere Strömungen, die man als solche notieren und bewerten muß. Es scheint mir ganz offenkundig zu sein, daß Gorbatschow in der Vergangenheit zu viele Probleme, insbesondere innenpolitischer Art, am Halse hatte, als daß er hätte daran denken können, sich auch noch auf die deutsche Frage konzentrieren zu können. Das hat dazu geführt, daß er in Gefahr geraten ist, daß sein warnendes Wort an die Adresse Honeckers: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben« auch



»Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben« (Michail Gorbatschow, 1989)

auf ihn selbst zutrifft. Aber ich glaube, daß er jetzt in allerletzter Minute die Risiken dieser Politik erkannt und Schlußfolgerungen gezogen hat. Anders ist nicht zu erklären, daß er sich recht kurzfristig beim Besuch des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministeriums in Moskau für die Realisierung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen und damit für die deutsche Einheit ausgesprochen hat. Wir wollen aber auch nicht verkennen, daß es in der Sowjetunion Kräfte gibt, die einfach noch aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges Ressentiments gegenüber den Deutschen haben und denen es schlicht unheimlich ist, daß die Deutschen wieder in e i n e m Staat zusammenleben können sollen. Ich glaube aber, daß diese Kräfte in der Sowjetunion insgesamt eine Minderheit sind, während die fortschrittlichen Kräfte sich der Tatsache erinnern, daß die Deutschen und die Russen über lange Zeiten hinweg bis zu Beginn unseres Jahrhunderts vergleichsweise problemlos nebeneinander gelebt haben; problemloser vor allem, wenn man sich daneben das komplizierte Verhältnis der Deutschen zu den Franzosen einmal anschaut.

wir selbst: *Daß sich die Sowjetunion nun positiv zur deutschen Einheit und zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen verhält, erklärt noch nicht, wieso sie nicht Kapital aus dieser Situation zieht. Zumindest sicherheitspolitisch wäre für die Sowjetunion doch mehr herauszuholen.*

Detlef Kühn: Wenn man Ursachenforschung betreibt, muß man sagen, daß Gorbatschow bis in den Herbst vergangenen Jahres die Hoffnung hegte, die DDR als selbständigen Staat stabilisieren zu können. Erst jetzt, im Laufe des Winters, hat er erkannt, daß das eine Illusion ist, und versucht nun, aus der auch für ihn sichtbar veränderten Situation das Beste für die Sowjetunion zu machen und wirtschaftliche, aber auch sicherheitspolitische Interessen zu berücksichtigen.

wir selbst: *Der anhaltende Strom von Übersiedlern aus der DDR stößt zunehmend auf Kritik und Ressentiments der westdeutschen Bevölkerung. Dabei scheinen einige Politiker — wie Oskar Lafontaine — diese Ängste und auch den vorhandenen Sozialneid parteipolitisch instrumentalisieren zu wollen. Auch Befürchtungen, die deutsche Einheit werde große Kosten verursachen und tiefe Einschnitte in das bundesdeutsche Sozialnetz mit sich bringen, werden zum Wahlkampfthema. Welchen Weg sehen Sie aus diesem Dilemma?*

Detlef Kühn: Sicherlich ist das in einem gewissen Umfang der Fall. Andererseits habe ich überhaupt nicht mehr die Hoffnung, daß ein Thema, das die Menschen bewegt — und das tut die deutsche Einheit Gott sei Dank —, etwa aus Wahlkämpfen herausgehalten werden könnte. Zu einer Demokratie gehört, daß man auch ganz tiefgehende Emotionen und



Das Ende des Nachkriegs-Status-quo: *Öffnung der Mauer am Potsdamer Platz am 15. November 1989*

ganz wichtige nationale Anliegen im Interesse eines Wahlkampfes instrumentalisiert. Das kann man nicht gut finden, aber man muß sich damit abfinden. Die Menschen sind nun einmal so, wie sie sind, und das gilt auch für Politiker. Dennoch, im Kern ist es sicherlich so, daß wenig Grund besteht zu der Annahme, daß bei der Einheit der Deutschen die Menschen Gefahr laufen, von ihren drei Brötchen morgens eins zugunsten der Deutschen in der DDR abgeben zu müssen. Es ist ja interessant, daß, was die wirtschaftliche Seite der Einheit anbelangt — national wie international —, in zweifacher Richtung argumentiert wird. Die einen sagen, ein geeintes Deutschland sei wirtschaftlich zu stark, um von den Nachbarn akzeptiert werden zu können, und die andern sagen, ein wiedervereinigtes Deutschland werde wirtschaftlich so schwach, daß unser ganzes demokratisches System Gefahr laufe zusammenzubrechen. Manchmal ist es überraschend zu sehen, daß dieselben Personen mit beiden Argumenten arbeiten, offenbar ohne zu merken, daß beide Argumente einander ausschließen; entweder wir sind nach einer Vereinigung zu stark, oder wir sind zu schwach — wir können ja nicht beides zugleich sein. Richtig ist, glaube ich, die Erkenntnis, die sich bereits in Wirtschaftskreisen durchgesetzt hat, daß nach einer gewissen Strecke von Schwierigkeiten insgesamt die wirtschaftlichen Auftriebskräfte wirksam sein werden, so daß wir in einem einheitlichen Deutschland, das in die EG eingebunden sein wird, insgesamt auch wirtschaftlich besser dastehen werden als jetzt. Und dieser qualitativ bessere Zustand wird sich sicher auch auf unsere Nachbarn im Osten und Westen auswirken. Befürchtungen sind von daher nicht gerechtfertigt. Hier macht sich oft fehlender wirtschaftlicher Sachverstand bemerkbar, weshalb es von besonderer Wichtigkeit ist, daß die Medien auch in dieser Hinsicht aufklärerisch wirken.

***wir selbst:** Das Ob einer deutschen Neuvereinigung ist nicht mehr strittig. Alle etablierten Parteien — mit Ausnahme der Grünen — wollen eine möglichst schnelle staatliche Vereinigung aller Deutschen. Streit entzündet sich aber bereits bei der Frage, wie die Vereinigung vonstatten gehen soll. Es scheint gegenwärtig nur zwei Wege zu geben: Anschluß der Länder der DDR an die Bundesrepublik gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes oder gesamtdeutsche Wahlen, gemeinsames Parlament und Verabschiedung der gemeinsamen Verfassung, wie es Artikel 146 vorsieht. Welchen Weg halten Sie für den richtigen, und welcher ist der wahrscheinlichere?*

Detlef Kühn: Wenn ich mir die wachsende Ungeduld der Menschen in der DDR, für die ich großes Verständnis aufbringe, ansehe, dann wächst meines Erachtens die Wahrscheinlichkeit, daß die Einheit Deutschlands auf dem Wege einer Anwendung des Artikels 23 des Grundgesetzes zustandekommen wird, wobei ich dringend davor warne, das Wort Anschluß zu gebrauchen. Das Grundgesetz spricht in Artikel 23 von einem Beitritt von Teilen Deutschlands zur Bundesrepublik Deutschland. Das heißt gerade, daß nicht angeschlossen wird, sondern es ist eine freiwillige Entscheidung der Deutschen in der DDR — sei es der DDR als Ganzes oder der Deutschen in einzelnen Ländern in der DDR. Der Vorteil, den eine derartige Entwicklung hätte, liegt meines Erachtens klar auf der Hand: Es wäre eine relativ schnelle Lösung, sie wäre auch insofern problemlos, als sie umgehend dazu führt, daß das Grundgesetz in Kraft gesetzt werden muß, und die Deutschen in der DDR, die natürlich auch ihre Zukunftsängste haben vor der Einheit Deutschlands, könnten auf diese Weise sofort ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen in den Gesetzgebungsprozeß der Bundesrepublik einbringen. Die der Bundesrepublik beigetretene DDR, um einmal bei diesem Beispiel zu bleiben, hätte sofort Stimmrecht im Bundesrat, die Bevölkerung wäre wahlberechtigt zum Bundestag, dieser Teil Deutschlands könnte teilnehmen am Länderfinanzausgleich und hätte auf diese Weise sofort finanzielle Einnahmen. Und vor allen Dingen — und das soll man nicht unterschätzen — würden die zentralen rechtlichen Aussagen des Grundgesetzes auch sofort Anwendung finden, also z.B. die einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit, was deswegen so wichtig ist, weil sie die Voraussetzung dafür ist, daß auch Menschen aus dem Westen Deutschlands in die DDR gehen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß auch nach dem 18. März niemand mehr die DDR verlassen will — es wäre eine Illusion, das zu erwarten —, aber das Problem ist, daß niemand unter den geltenden rechtlichen Bestimmungen den Mut aufbringt, aus der Bundesrepublik in die DDR zu gehen und dort am Aufbau des Landes mitzuwirken. Wenn wir aber einen einheitlichen rechtlichen Rahmen hätten als Föderation, wenn wir eine einheitliche, allseits anerkannte Staatsangehörigkeit hätten, würden sicherlich ambitionierte jüngere und auch ältere Leute aus dem Westen nach dem Osten ziehen, um dort am fälligen Aufbau mitzuwirken. Und darauf ist die DDR angewiesen.

***wir selbst:** Glauben Sie nicht, daß dieser Weg zur Einheit im Widerspruch steht zum Willen der Väter des Grundgesetzes, die doch auch der Bundesrepublik nur einen provisorischen Status geben wollten mit dem Ziel, daß eine gesamtdeutsche Republik einst an ihre Stelle zu treten hätte?*

Detlef Kühn: Aber gerade der Wortlaut des Artikels 23 zeigt, daß die Phantasie der Väter und Mütter des Grundgesetzes offenbar unbegrenzt war und sie sich gerade nicht nur vorstellen konnten, daß die Einheit Deutschlands in Anwendung des Artikels 146 zu verwirklichen wäre, sondern auch über Artikel 23, den Beitritt anderer Teile Deutschlands. Dabei haben sie sicherlich zunächst einmal an

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Artikel 23 [Geltungsbereich des Grundgesetzes]

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Artikel 146 [Geltungsdauer des Grundgesetzes]

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

das Saarland gedacht, bei dem dieser Beitritt ja praktiziert wurde, aber auch an andere Teile Deutschlands — sonst hätten sie diese Regelung im Wortlaut des Artikels 23 auch nur auf das Saarland beschränkt. Wenn nun die gesamte Bevölkerung der DDR ihren Beitritt erklären sollte, dann ist dies grundgesetzkonform, auch wenn wir an diese Möglichkeit in der politischen Diskussion in der Vergangenheit kaum gedacht haben.

wir selbst: *In der DDR ist die ökonomische und ökologische Situation katastrophal. Die Menschen fühlen sich um den Erfolg ihrer Arbeit betrogen, viele haben resigniert. In einem solchen politischen Klima entsteht naturgemäß kaum das Selbstwertgefühl, das unsere Landsleute jetzt dringend benötigten, um sich nicht bedingungslos unserem System zu unterwerfen. Die Frage wird oft gestellt, aber nur selten befriedigend beantwortet: Was haben die Deutschen in der DDR in ein Gesamtdeutschland einzubringen, welche ideellen und materiellen Werte können für das geeinte Deutschland von Bedeutung sein?*

Detlef Kühn: Die Frage ist deswegen so wichtig, weil sich viele Menschen in der DDR Gedanken darüber machen, was sie denn in die weitere Entwicklung eines einigen Deutschland einbringen könnten. Manche haben auch Minderwertigkeitskomplexe. Dazu besteht aber übehaupt kein Anlaß, denn man kann den Deutschen in der DDR gar nicht oft genug sagen, daß sie es ja waren, die die derzeitige Entwicklung eingeleitet haben. Wenn sie auf die Westdeutschen gewartet hätten, hätten sie wahrscheinlich noch 30 oder 40 Jahre weiter warten müssen, bis die Einheit Deutschlands gekommen wäre. Das Verdienst der Deutschen in der DDR ist es, sich von den stalinistischen Strukturen der SED-Herrschaft befreit zu haben, die Voraussetzungen geschaffen zu haben, daß ein einheitliches Deutschland im Wege der Realisierung des Selbstbestimmungsrechts nun vor der Tür steht. Das, was die Deutschen in der DDR in ein Gesamtdeutschland einzubringen haben, kann also überhaupt nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es steht turmhoch über all dem, was jetzt an wirtschaftlichen Leistungen von den Westdeutschen erbracht werden kann. Und wenn man dieses gegenüber den Deutschen in der DDR hinreichend klarstellt, dann kann man ihnen auch sagen, daß die Westdeutschen ein bißchen mehr Erfahrungen haben — was wiederum nicht ihr Verdienst ist — beim Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft. Die Deutschen in der DDR vergeben sich überhaupt nichts, wenn sie sich diesen Erfahrungen anvertrauen.

Ist eine militärische Neutralität Deutschlands undenkbar?

wir selbst: *In den letzten Tagen mehren sich die Stimmen aus Moskau, die sich gegen die Einbeziehung Deutschlands als Ganzes in die NATO richten. Nach Kohls Gespräch mit Gorbatschow wurde von regierungsamtlicher Seite die Version verbreitet, Gorbatschow habe gegen eine Mitgliedschaft Deutschlands in der westlichen Verteidigungsallianz keinerlei Einwände. Nun aber scheint selbst Genschers Plan, den Einflußbereich der NATO nicht auf das Territorium der heutigen DDR auszudehnen, ansonsten aber Deutschland in der NATO zu belassen, wieder fragwürdig. Ist denn eine militärische Neutralität Deutschlands, wie sie vom ehemaligen stellvertretenden Oberkommandierenden der NATO, General Kießling, als Konzept vorgestellt wurde, so undenkbar? Sehen sie nicht auch die Gefahr, daß der Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten möglicherweise auf längere Zeit verschoben oder behindert werden könnte, weil die Interessen der Sowjetunion durch den Westen nicht genügend in Rechnung gestellt werden?*

Detlef Kühn: Um die letzte Frage zuerst zu beantworten: Ich glaube nicht, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Sicherheitsfrage den Prozeß der staatlichen Vereinigung der Deutschen aufschieben können oder aufschieben sollten. Gerade bei einer Anwendung des Artikel 23 des Grundgesetzes, womit ich rechne und was ich für zweckmäßig halte, wird die staatliche Einheit kommen, ohne daß die Sicherheitsfragen geklärt sind. Da haben wir auch etwas mehr Zeit, muß man ehrlicherweise sagen, und können im Zusammenwirken insbesondere mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, die sicherheitspolitische Neuorientierung ohne übermäßige Eile vornehmen. Zweitens: Man kann gar nicht oft genug davor warnen, die diesbezüglichen Äußerungen der Sowjetunion nicht ernst zu nehmen. Ich bin etwas irritiert, wenn ich in Zeitungen, Zeitschriften und anderen Massenmedien die Argumentation finde, die Sowjetunion könne ja eigentlich gar nicht an der Neutralität eines wiedervereinigten Deutschland interessiert sein. Die Sowjetunion hat erklärt, daß sie daran interessiert ist, und hat Anspruch darauf, mit dieser Aussage ernst genommen zu werden. Sicherlich sind all diese Aussagen, die zu dem Thema gemacht werden, zunächst einmal Maximalpositionen. Das trifft auch auf die Haltung der Amerikaner zu, die ja zuerst einmal die Forderung erhoben haben, ein vereinigtes Deutschland müsse als Ganzes der NATO angehören. Das ist die eine Maximalforderung. Die andere Maximalforderung, die der Sowjetunion, ist die nach Neutralität Gesamtdeutschlands. Dazwischen gibt es einen erheblichen Verhandlungsspielraum, der zu nutzen sein wird. Auch der von Ihnen zitierte General Kießling geht ja davon aus, daß die europäische Friedensordnung, die ihm vorschwebt, einerseits dadurch charakterisiert ist, daß ganz Deutschland weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehört, aber auf der anderen Seite eingebaut ist in ein Sicherheitsgeflecht mit wechselseitigen Kontrollmöglichkeiten und Bestandsgarantien, die sehr wohl auch der NATO und dem Warschauer Pakt — soweit sie denn noch bestehen — noch Aufgaben zuweisen. Dies muß jetzt im einzelnen diskutiert werden, es muß auch energisch, mit Sachverstand und unter Berücksichtigung der Interessenlage der Sowjetunion diskutiert werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß die Sowjetunion ja eigentlich in einer recht guten verhandlungstaktischen Position ist, denn sie hat immer wieder ihre Bereitschaft erklärt, einer Lösung zuzustimmen, bei der alle ausländischen Truppen aus allen europäischen Staaten abgezogen werden, also auch die sowjetischen Truppen aus Osteuropa. Und sie ist jetzt in der psychologisch sehr angenehmen Lage, darauf hinweisen zu können, daß eine derartige Lösung ja ausschließlich an den Westmächten scheitert, die darauf bestehen, daß die Amerikaner in Europa, sprich: in Deutschland, stationiert bleiben. Jetzt besteht die Gefahr, daß der groteske Eindruck entstehen kann und entstehen muß, daß die Amerikaner, die eigentlich und ursprünglich hiergeblieben sind, um uns vor den sowjetischen Truppen zu

schützen, Selbstzweck geworden sind, so daß man auf der anderen Seite die sowjetischen Truppen bitten muß, in der DDR zu bleiben, damit uns nicht die Amerikaner verlassen. Wie die Wähler auf eine derartige Fragestellung reagieren werden, wenn dies erst einmal ins allgemeine Bewußtsein gerückt ist, wage ich im Moment noch nicht vorauszusagen. Die Fragestellung allein scheint mir schon deutlich zu machen, daß wir wesentlich mehr Phantasie aufbringen müssen im militärtechnischen wie auch im sicherheitspolitischen Bereich, als die Sachverständigen bisher aufzubringen bereit waren.

Gibt es eine Notwendigkeit für die Diskussion um die Oder-Neiße-Grenze?

wir selbst: *In Folge der Diskussion um die deutsche Neuvereinigung scheint sich in den letzten Tagen der Streit um die Oder-Neiße-Grenze wieder zu entzünden. Ob endgültige Westgrenze Polens oder Markierung eines juristisch offenzuhaltenden Zustands, der erst durch eine gesamtdeutsche Regierung in einem Friedensvertrag festgeschrieben oder geändert werden kann — die Frage steht jedenfalls plötzlich wieder im Raum.*

Detlef Kühn: Ich bin über diese Diskussion vor allem deswegen unglücklich, weil hier ein Nebenkriegsschauplatz eröffnet wird, der uns ablenkt von wichtigen Aufgaben. Die Realisierung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen heißt im Klartext, daß die Deutschen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland entscheidungsbefugt sind, natürlich auch die Berliner. Und erst nach einer solchen Einheit kann — das ist die geltende völkerrechtliche Situation — dieses wieder handlungsfähig gewordene Völkerrechtssubjekt Deutschland dann auch über die Grenze befinden. Alles, was vorher dazu gesagt wird mit unterschiedlichem Tenor, ist nicht mehr und nicht weniger als eine politische Absichtserklärung, die durchaus ihren Wert hat, doch rechtlich nicht verbindlich ist. Auch die Polen sollten erkennen — und sie werden dies erkennen —, daß ihr verständliches Bestreben, ihre Grenzen von den Deutschen anerkannt zu sehen, erst realisiert werden kann, wenn die Deutschen ihre staatliche Einheit gefunden haben. Das kann durchaus in einem Akt auch geschehen, zusammen mit der Wiederherstellung der Souveränität eines einheitlichen Deutschlands. Das Völkerrecht ist flexibel genug, um dafür die Instrumente bereitzustellen. Politisch ist das Ziel meines Erachtens klar, und das muß man auch den Polen deutlich sagen: Als Westdeutscher hat man schon seit Jahren die Möglichkeit, etwa im Elsaß Grundeigentum zu erwerben, sich dort niederzulassen, die Landschaft zu genießen. Das ist überhaupt kein Problem mehr. Im einheitlichen Westeuropa sind diese Probleme ihres nationalen Sprengstoffs beraubt worden. Und ich wünsche mir auch im Verhältnis zwischen Deutschen und Polen eine derartige Lösung, die es Heimatvertriebenen, aber auch anderen Deutschen, ermöglicht, sich beispielsweise an den masurischen Seen ansässig zu machen und dort in der Heimat der Vorfahren zu leben, wenn sie das wollen. Wenn ich es richtig sehe, ist Polen aber von einer solchen Idee noch recht weit entfernt.



Wo ist die nationale Linke? *Wiedervereinigungsgegner in Dresden*

wir selbst: *Es gab in den zurückliegenden Jahren — wohl ausgelöst durch die Debatte um die sogenannte Nachrüstung und die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf bundesdeutschem Boden — ein interessantes Phänomen: daß sich nämlich auch in der politischen Linken, wenn auch vereinzelt, so doch intellektuell gewichtig, eine Hinwendung zur Nation bemerkbar machte. Vor mehr als zehn Jahren als einer der ersten Rudi Dutschke, dann Peter Brandt und Herbert Ammon, Pfarrer Heinrich Albertz, Alfred Mechtersheimer neuerlich als Lichtblick bei den Grünen, aber auch Literaten wie Martin Walser thematisierten plötzlich nationale Identität und nationales Interesse. Sehen sie die Chance, daß die nationale Frage, jetzt vielleicht sogar die Lösung der nationalen Frage, einen lagerübergreifenden Konsens erfährt und sich die klassische Frontstellung links gleich internationalistisch gegen rechts gleich national allmählich auflöst?*

Detlef Kühn: Ich hoffe, daß das eintritt, bin mir dessen aber nicht ganz sicher. Sie haben eine Reihe von eindrücklichen Gegenbeispielen genannt, die deutlich machen, daß auch in der Vergangenheit schon die nationale Frage nicht nur sogenannte Rechte bewegt hat, sondern auch Deutsche, die sich nach ihrem eigenen Selbstverständnis als links empfinden, was immer das heißen mag. Interessant ist ein Phänomen, das weniger — nicht jedenfalls nur — mit der links-rechts-Standortbestimmung zu tun hat, sondern das die Haltung intellektueller Kreise zu den nationalen Problemen betrifft. Ich meine, daß unter Intellektuellen eine anationale, wenn nicht häufig gar antinationale Haltung besonders ausgeprägt ist. Das unterscheidet Intellektuelle in der DDR wie in der Bundesrepublik von dem Gros der Bevölkerung. Und hier tut sich meines Erachtens eine neue Front auf, die gerade diese Intellektuellen sehr ernst nehmen sollten. Es hat wirklich keinen Sinn und ist auch durch die Tatsachen nicht gedeckt, in intellektueller Überheblichkeit auf alle diejenigen als Deutschtümler herabzuschauen, denen die Einheit Deutschlands, die Einheit unseres Volkes auch ein emotionaler Wert ist. Wer sich in dieser Weise über die Stimmungslage unsres Volkes erhebt, hat erstens keinen Anspruch darauf, die richtige linke Position zu haben, und zeigt zweitens deutlich, daß er in einer gewissen Weise borniert ist. Und das sollte man nicht sein. Man sollte sich insofern bemühen, nicht nur intellektuell, sondern auch intelligent zu sein.

(Das Gespräch führte Siegfried Bublies.)

Deutschlandpolitische Initiativen

Der in Königswinter bei Bonn ansässige **Neue Deutsche Nationalverein e.V. (NDNV)** veröffentlichte am 11. Februar ein von den westdeutschen Medien kaum beachteten »Dresdner Appell«, in dem die Unterzeichner — u.a. Botschafter a.D. Horst Groepper, General a.D. Günter Kießling, Prof. Dr. Theodor Schweisfurth, Prof. Dr. Wolfgang Seiffert, die alle dem Vorstand bzw. Wissenschaftlichen Beirat des NDNV angehören — anläßlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens ein blockfreies Gesamtdeutschland fordern, das keine Verfügungsgewalt über ABC-Waffen hat und nur ein beschränktes Maß konventioneller Streitkräfte besitzt.

Der NDNV schlägt für den Jahrestag des gescheiterten Volksaufstands in der DDR, den 17. Juni 1990, freie Wahlen in ganz Deutschland zu einer Verfassunggebenden Versammlung vor.

Der Vorsitzende des Vereins, Dr. Harald Rüddenklau, stellt weiterhin fest, daß in der BRD der Eindruck erweckt werden soll, *»die staatliche Einheit Deutschlands stehe vor der Tür, da sich die Sowjetunion letztlich mit der Einbeziehung des deutschen Gesamtstaates in den Nordatlantikpakt abfinden werde. Gegenteilige Stimmen der sowjetischen Führung werden als verbale Rückzugsgefechte gewertet und abgetan. So hat die Bonner Republik in der Deutschlandfrage wieder einmal mit einem Wunschbild das Fenster zur Wirklichkeit verhängt.«*

Dr. Rüddenklau gab weiterhin bekannt, daß der NDNV inzwischen auch in der DDR präsent und aktiv geworden ist. Auf Unverständnis ist allerdings im Januar bei Leipziger Oppositionellen eine gemeinsame Veranstaltung des NDNV mit einem PDS-Vertreter und Fachmann für auswärtige Angelegenheiten gestoßen. Angesichts vielfältiger Ansprechpartner in der DDR erschien diese Zusammenarbeit vielen zumindest fragwürdig.

Die Unterschriftenliste für den »Dresdner Appell« kann bei V. Heinrich, Lärchenweg 1a, DDR-8105 Moritzburg oder direkt beim NDNV e.V., Postfach 120445, D-5300 Bonn 1 bestellt werden.

*

Eine nach Hamburger Vorbild (s. wir selbst, Nov./Dez. 1989) in Koblenz gegründete **Gruppe 146 — Gesamtdeutsche Vereinigung** trat in mehreren Städten Sachsens und Thüringens — vor allem auf Großkundgebungen der SPD mit Willy Brandt und Montagsdemonstrationen in Leipzig und Dresden — mit insgesamt über 25000 Flugblättern an die Deutschen in der DDR mit der Aufforderung heran, sich für ein Gesamtdeutschland einzusetzen, das *»in Übereinstimmung mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges einen militärisch neutralen Status einnehmen«* müsse. *»Die militärische Neutralität des neuvereinigten Deutschlands wäre der entscheidende Schritt zur Auflösung der Paktsysteme und zur politischen Vereinigung Gesamteuropas.«*

*

Mit einer Auflistung bundesdeutscher und DDR-Prominenz trat Anfang des Jahres die **Deutsche Gesellschaft** an die Presse. Dem Kuratorium der *»ersten gesamtdeutschen und überparteilichen Gesellschaft«* gehören u.a. Herbert Ammon, Ibrahim Böhme (SPD-Ost), Dr. Peter Brandt, Willy Brandt, Eberhard Diepgen, Rainer Eppelmann (Demokratischer Aufbruch), Walther Grunwald, Wolli Herber, Lothar de Maizière (CDU-Ost), Dr. Alfred Mechtersheimer, Elmar Pieroth, Eva Quistorp, Johannes Rau, Prof. Dr. Theodor Schweisfurth, Martin Walser, Konrad Weiß (Demokratie Jetzt), Prof. Dr. Dr. Ulrich Zwiener (Demokratischer Aufbruch) u.v.a. an.

Die DG möchte *»die neue Einheit des deutschen Volkes im Einvernehmen mit den europäischen Nachbarn und den Siegermächten des 2. Weltkrieges durch konkrete Mitarbeit in vielen Einzelprojekten vorantreiben, eine nationale Kulturstiftung gründen, um dem Verfall von Altstädten und Ortskernen ein Ende zu setzen, damit sich die Menschen heimisch fühlen können, durch politische Bildungsarbeit gegenseitiges Verständnis fördern, das Zusammenwachsen der Menschen in Europa unterstützen.«* Zweifel an der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft kommen allerdings beim Kuratoriumsmitglied und sattsam bekannten Nationalallergiker Oskar Lafontaine auf, der in o.g. Zielsetzung eher »Deutschtümelei« vermuten müßte.

Die DG hat einen Ost- und einen West-Berliner Sitz und ist unter folgenden Anschriften zu erreichen: Jürgen Graalfs, Lange Stücken 9, D-1000 Berlin 39; Dr. Christian Tietze, Strausberger Platz 1, DDR-1017 Berlin.

*

Mit ihrem zweimaligen Aufruf *»Einheit jetzt«* stellte sich die **Initiative »Einheit jetzt«** in der F.A.Z. einem größeren Publikum vor. In dem Forderungskatalog heißt es u.a.: *»Wir meinen: Die Einheit Deutschlands muß nicht bis zur Einheit Europas zurückgestellt werden. Die Einheit Deutschlands kann und soll ein erster Schritt zur Einheit Europas sein. Wir meinen: Es geht nicht um Ausverkauf der DDR. Es geht um einen gemeinsamen deutschen Staat, in dem die Bürger der DDR Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einen ihrer Arbeit angemessenen Wohlstand erreichen. Weder Europa noch die Deutschen, noch die Welt brauchen eine ‚sozialistische Alternative' zur Bundesrepublik. Wir meinen: Die Einheit Deutschlands bedeutet keine Gefahr für die Stabilität in Europa. Die Einheit Deutschlands ist Voraussetzung für eine echte Friedensordnung in Europa. Sie schafft neue und weitgehende Perspektiven zur Abrüstung in Europa.«*

Bezug: Initiative »Einheit jetzt«, Paul-Kemp-Straße 5, 5300 Bonn 2.

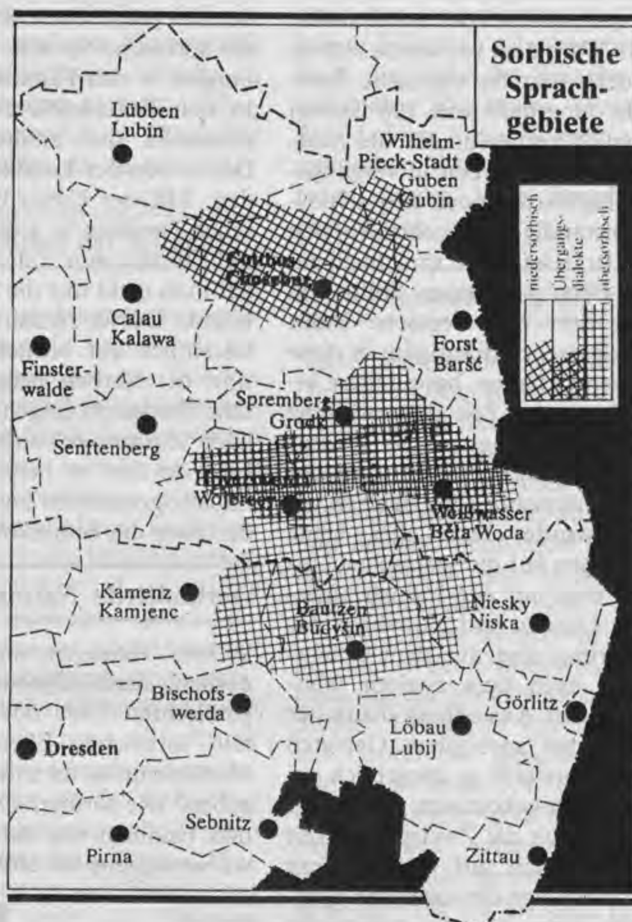
»Hišće Serbstwo njezhubjene«

Jan Nuck

Konnten Sorben Sorben sein?

Die Tragik des sorbischen Volkes

»Die Macht der Arbeiter und Bauern garantierte den Sorben die freie und gleichberechtigte soziale und nationale Entwicklung«, so konnte man es lesen im »Neuen Deutschland« vom 3./4. Juni 1989. Am Wahrheitsgehalt dieser Worte ist nicht zu zweifeln, und der interessierte Leser gelangt zweifellos zu der Überzeugung, daß die Zukunft des sorbischen Volkes in der DDR für alle Zeit gesichert ist. Die wesentlichsten Merkmale eines Volkes sind seine Sprache und seine Kultur. Zweifellos blüht und gedeiht die sorbische Kultur heute wie nie zuvor, zweifelsohne zeigen Jugendliche in der Oberlausitz und in der Niederlausitz viel Interesse bei der Pflege des kulturellen Erbes des sorbischen Volkes. Ganz anders steht es um die Pflege der sorbischen Sprache. In der Niederlausitz lebten um die Jahrhundertwende 80% aller Sorben, die auch die sorbische Sprache beherrscht haben. Es handelte sich hierbei fast ausschließlich um evangelische Sorben. Heute findet man in der ganzen Niederlausitz nur wenige Menschen unter 30 Jahren, welche noch die sorbische



Sprache beherrschen. Lediglich in der Oberlausitz, zwischen Bautzen und Kamenz, existiert heute noch eine kleine Anzahl Dörfer, in denen insbesondere katholische Sorben wohnen, welche noch ihre Muttersprache in den Familien und auch als Umgangssprache in der Öffentlichkeit pflegen. »Wer ist Sorbe?« stellt sich vielerorts die Frage, wenn es um die Aufstellung sorbischer Kandidaten für die örtlichen Volksvertretungen geht.

Wertverlust der Muttersprache

Die einen meinen, das sei eine Bekenntnisfrage. Die anderen wiederum sagen, daß ein Mensch, der die sorbische Sprache nicht beherrscht, nicht Sorbe sein kann. Sollten die Befür-



»Noch ist das sorbische Volk nicht verloren«, 1840 von H. Zeiler gedichtetes Nationallied, das erst durch »Rjana Luzica« (»Schöne Lausitz«) als »Serbska hymna« verdrängt wurde.

worter der zweiten Variante recht haben, dann sieht es um die Zukunft des sorbischen Volkes nicht allzu rosig aus, denn von Generation zu Generation ist die Abnahme der sorbischen Sprache festzustellen. Handelt es sich hierbei um einen gesetzmäßigen Prozeß der Assimilation, da Sorben und Deutsche zusammenleben und arbeiten und demzufolge auch miteinander heiraten? Wäre dem so, würde sich in der Niederlausitz die sorbische Sprache nicht innerhalb von 100 Jahren fast gänzlich verlieren. Als die Siedlungsgebiete der Sorben in vergangenen Jahrhunderten noch abgeschlossene eigenständige ethnische Gruppen bildeten, ist es kaum zu sprachlich gemischten Ehen gekommen. Sollte sich hier und dort eine deutsche Braut oder ein deutscher Bräutigam in diese Gegend verirrt haben, hatten diese innerhalb kürzester Zeit die sorbische Sprache als Umgangssprache erlernt. Auch wenn in den Fürstenhäusern dieser Gebiete ausschließlich deutsch gesprochen wurde, hatte dies keine Auswirkungen auf die sorbischen Untertanen. Erst mit der Industrialisierung der Lausitz, mit Zunahme der Motorisierung und mit dem Flüchtlingsstrom nach dem zweiten Weltkrieg ist es zur Ansiedlung deutscher Bürger in den sorbischen Gebieten und damit verstärkt zu sprachlich gemischten Ehen gekommen. Mehr und mehr setzte sich die Zweisprachigkeit der Sorben auch auf den Dörfern durch. Damit war die sorbische Sprache nicht mehr für die öffentliche Kommunikation unbedingt erforderlich. Jedoch war ab diesem Zeitpunkt festzustellen, daß viele Sorben bewußt und zielgerichtet die Pflege ihrer Muttersprache vernachlässigten. In den sprachlich gemischten Ehen (von ruhmreichen Ausnahmen abgesehen) setzte sich fast grundsätzlich die deutsche Sprache durch. In vielen Familien, in welchen beide Elternteile die sorbische Sprache beherrschten, wurde mit den Kindern ausschließlich deutsch gesprochen. Somit verlor sich die sorbische Sprache in Größenordnungen in den Familien.

In den Braunkohlerevieren der Niederlausitz sind zahlreiche sorbische Dörfer von der Landkarte verschwunden. Mit der Umsiedlung der sorbischen Familien in größere Städte, wie z.B. Weißwasser oder Hoyerswerda, hat man nicht nur die Seele vieler sorbischer Dörfer zerstört, sondern auch wesentlich zur schnelleren Assimilation der Sorben beigetragen. Sorbische Studenten singen bei ihren geselligen Zusammenkünften oftmals ein Lied, in dem es heißt, daß Gott die Lausitz geschaffen hat und der Teufel darunter die Braunkohle.

Verhindertes Nationalbewußtsein

Welche Voraussetzungen sind erforderlich, damit Sorben in sprachlich gemischten Ehen oder auch in allen rein sorbischen Ehen die sorbische Muttersprache an ihre Kinder weitergeben? Die sorbische Sprache kann in den Familien nur dort fortbestehen, wo wenigstens der sorbische Elternteil über ein ausreichendes Maß an Nationalbewußtsein verfügt und dazu einen toleranten und verständnisvollen Ehepartner hat. Weshalb ist jedoch bei vielen Sorben dieses Nationalbewußtsein nicht vorhanden? Wir finden die Erklärung in der tausendjährigen Unterdrückung des sorbischen Volkes, welches mit den Eroberungsfeldzügen deutscher Herrscher im neunten Jahrhundert begonnen hat. Diese Unterdrückung hat dazu geführt, daß die Herausbildung eines Nationalbewußtseins bei der Mehrheit der Sorben verhindert wurde, und die Seelen vieler Menschen mit einem Minderwertigkeitsgefühl belastet wurden. Zu dieser Entwicklung hat die evangelische Kirche insbesondere in Preußen einen großen Beitrag geleistet, indem sie zielgerichtete Germanisierung innerhalb ihrer Einflußsphäre betrieben hat. Nie hat das sorbische Volk sich aufrichten können an höherprivilegierten sozialen Schichten. Es gab weder sorbische Könige oder Fürsten, noch sorbische Fabrikbesitzer und Industrielle, immer wurde im Bewußtsein der Sorben deren nationale Eigenart versinnbildlicht im ärmlichen blauen Arbeitsanzug des Bauern und der Leinenschürze der bäuerlichen sorbischen Mutter. Erst im neunzehnten Jahrhundert wurde mehreren sorbischen Jugendlichen das Studium der evangelischen Theologie in Leipzig oder der katholischen Theologie in Prag ermöglicht.

Trotz Zweisprachigkeit und zahlreicher sorbischer Zeitungen und Zeitschriften findet ein von Außenstehenden nicht registriertes Sterben der sorbischen Sprache statt. (Fotos: R. Dvoracek)





Werden Sorben Sorben bleiben?

Um die Jahrhundertwende begannen erste sorbische Lehrer unter dem sorbischen Volk zu wirken. So entstand eine Schicht sorbischer Intelligenz, welche sich aufopferungsvoll oft gegen den Willen der kirchlichen und weltlichen Vorgesetzten um die Wiedergeburt der sorbischen nationalen Bewegung verdient gemacht hat. Der Rassenhaß des Naziregimes hat dieser Entwicklung ein radikales Ende bereitet. Alle sorbischen Lehrer und Geistlichen wurden aus der Lausitz vertrieben. Weder die evangelischen noch die katholischen Kirchenleitungen haben dagegen Widerstand geleistet.



Dorffest in Hoyerswerdaer Tracht (Foto: J. Matschie)

Als nach 1945 in Sachsen und später auch im preußischen Landtag das Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung verabschiedet wurde, waren alle Voraussetzungen für eine freie Entwicklung der Sorben gegeben. Doch die verwundete Seele der Sorben war damit nicht geheilt. Das über Jahrhunderte zielgerichtet geformte Minderwertigkeitsgefühl blieb bei vielen Menschen bis heute bestehen.

Wenn in einer sorbischen Familie nur ein deutscher Gast weilt, wird aus Höflichkeit deutsch gesprochen, wenn sich zwei Sorben unterhalten, und ein Deutscher kommt hinzu, wird sofort von sorbischer in deutsche Sprache übergegangen. Nicht wenige Ehemänner haben ihren Ehefrauen untersagt, mit der Schwiegermutter, die oftmals noch die Nationaltracht trägt, in ihrer Anwesenheit sorbisch zu sprechen.

Nur wenige Sorben in Industriebetrieben haben den Mut, sich in Anwesenheit deutscher Kollegen sorbisch zu unterhalten. Diese Verhaltensweisen werden oftmals auch heute noch von den deutschen Kollegen geformt. Nicht selten werden Redewendungen über die Sorben verwendet, die meistens nicht böswillig gemeint sind, aber die offene Wunde in der Seele so mancher sorbischen Menschen belasten.

So ist es nicht verwunderlich, daß viele Sorben die erstbeste Gelegenheit nutzen, um die sorbische Sprache als äußeres Zeichen ihrer sorbischen Herkunft zu verbannen, um Deutscher unter vielen Deutschen zu sein.

Wiederbelebung der Sprache

Innerhalb der sorbischen evangelischen Kirche sind in letzter Zeit besondere Anstrengungen zur Wiederbelebung der sorbischen Sprache festzustellen. In der Niederlausitz werden nach Jahrzehnten wieder sorbische evangelische Gottesdienste gehalten. Zweimal im Jahr wird eine niedersorbische Kirchenzeitung herausgegeben. Auch staatlicherseits wird viel für die Erhaltung der sorbischen Sprache getan. In 68 Schulen der Lausitz werden 6000 Schüler in der sorbischen Sprache unterrichtet. Es gibt zwei Schulen für die Erwachsenenqualifizierung zum Erlernen der sorbischen Sprache. Doch zur Ausbreitung der sorbischen Sprache als Umgangssprache werden diese Bemühungen nicht führen. Eine Sprache wird nur in der Familie zur Muttersprache, wenn der Säugling von der sorbischen Mutter beim Wickeln in sorbischer Sprache liebevoll angesprochen wird, wenn das Kind mit dem sorbischen Volkslied in den Schlaf gesungen wird, wenn es sieht, wie der sorbische Vater mit seiner Frau in sorbischer Sprache Zärtlichkeiten austauscht. Leider sind es von Jahr zu Jahr immer weniger sorbische Eltern, die in diesem Sinne ihre Kinder erziehen, und darin liegt die eigentliche Tragik des sorbischen Volkes.

»Die Sorben werden so lange Sorben bleiben, wie sie es selbst wollen«, hatte einst ein hoher Staatsmann unserer Regierung geäußert. Viele Sorben haben jedoch diesen Willen längst aufgegeben, und die Ursachen dafür wurden in vergangenen Jahrhunderten gelegt und konnten in 50 Jahren freier Entwicklung nicht aufgewogen werden.

Von den meisten Außenstehenden wird das Sterben der sorbischen Sprache kaum wahrgenommen. Erst kürzlich, auf der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit und Frieden, war eine günstige Gelegenheit vorhanden, auf das allmähliche Verschwinden der sorbischen Sprache hinzuweisen.

Denn nicht nur die Sorben sollen um ihre Existenzsorgen wissen, sondern auch ihre evangelischen und katholischen deutschen Glaubensbrüder. Ist doch die sorbische Sprache Teil des nationalen Reichtums unseres Landes. Jedoch waren Sorben zur Ökumenischen Versammlung nicht eingeladen, weder nach Dresden, noch nach Basel.

Gleichberechtigung der Sprachen

Dabei haben die Leitgedanken der Ökumenischen Versammlung unmittelbar mit der Situation der Sorben in der DDR zu tun, denn wenn man über Frieden spricht, geht es auch um das friedliche Miteinander von Deutschen und Sorben, wenn man von Gerechtigkeit spricht, geht es auch um die Gleichberechtigung der deutschen und sorbischen Sprache in den Familien und in der Öffentlichkeit, geht es auch um das Verschwinden vieler sorbischer Dörfer in der Niederlausitz auf Grund des Braunkohlenabbaus, und wenn man von der bedrohten Umwelt spricht, geht es auch um die ökologischen Auswirkungen der Braunkohlenförderung und der Wärmekraftwerke der Lausitz, unter welchen auch und besonders Sorben zu leiden haben. Betrachtet man die Beziehungen der evangelischen und katholischen Kirchgemeinden in der sorbischen Lausitz zu anderen Völkern, so wird man feststellen, daß es viele Kontakte zu Menschen in Polen und in der CSSR gibt. Sicherlich hat das etwas mit der gemeinsamen slawischen Herkunft zu tun. Doch wäre es notwendig und nützlich, gäbe es auch Kontakte zu interessierten katholischen und evangelischen deutschen Gemeinden, wenn man mehr voneinander wüßte, um einander verstehen und sich helfen zu können, insbesondere, wenn es um die Erhaltung der Sprache der einzigen nationalen Minderheit der DDR geht.

Der Autor wohnt im obersorbischen Radibor/Radwor im Bezirk Bautzen/Budyšin.

W. Herbst

»Gegen Intoleranz und neue Feindbilder«

Gespräch mit Jugendlichen auf der Leipziger »Montags-Demo«

Seit dem Wiederbeginn der Leipziger Montags-Demonstrationen am 8. Januar ließ sich feststellen, daß die Forderungen der stets um einhunderttausend zählenden Demonstranten in zwei Punkten gipfelten:
— deutsche Wiedervereinigung,
— völlige Entmachtung der SED und ihres Sicherheitsapparates.

Von Woche zu Woche wurden es mehr schwarz-rot-goldene Fahnen, wurden die Sprechchöre stärker, die die strenge Bestrafung der alten Partei- und Staatsführung forderten, und die verschiedenen Parteien und Gruppierungen versuchen, diese Stimmungen in den nun auch in der DDR beginnenden Wahlkampf einzubeziehen und daraus politisches Kapital zu schlagen.

Wenn mehr als einhunderttausend Demonstrierende die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands und die radikale Abrechnung mit der SED-Diktatur fordern, haben es die wenigen, die vor den Folgen eines übereilten Zusammenschlusses warnen, sehr schwer, sich überhaupt verständlich zu machen. Viel problematischer ist es noch bei der kleinen Zahl Jugendlicher, die ehrlichen Herzens der Meinung sind, einen »neuen, besseren Sozialismus« aufbauen zu müssen, und das in einer eigenständigen DDR. Sie werden in der Regel von der



Bilder der Leipziger Montags-Demonstration (22.1., 8.1., 15.1.1990; Fotos: B. Heinze).
Keine weiteren sozialistischen Experimente: *Sozialdemokraten demonstrieren für Einstaatlichkeit (links);* ***Abrechnung mit dem Stalinismus:*** *Auch die Umfirmierung entläßt die SED nicht aus ihrer Verantwortung für die Verbrechen im Namen der Partei (unten);* ***Sozialistische Nation — ein Hirngespinst:*** *Nationaler Aufbruch nach 40 Jahren Diktatur (links unten).*





anonymen Masse der Demonstranten als »rote Schweine«, »Wandlitzkinder«, »Faule Bande« usw. beschimpft; es scheint, ein Dialog auf der Straße ist gar nicht mehr möglich. Da schleicht sich das ungute Gefühl ein, im Laufe der Zeit entsteht in diesem Land eine neue Gruppe »Ausgegrenzter«. Und eigentlich war es ja doch einmal eine der Forderungen auf den Leipziger Montagsdemonstrationen, so etwas nie wieder zuzulassen ...

Da sah ich inmitten der zahllosen Wiedervereiniger und SED-Verächter einige junge Leute, vielleicht 8 bis 10 an der Zahl, die fielen durch ihre beiden Transparente auf:

»Baut Brücken zueinander — statt Mauern«

»Gegen Intoleranz und neue Feindbilder«

Plakate und Transparente mit diesem Inhalt fehlten eigentlich bisher auf einer solchen Demonstration — und eben deshalb war ich so positiv überrascht, doch noch ein paar Leute zu entdecken, die nicht nur fordern und abrechnen, sondern offenbar den Dialog mit Andersdenkenden suchen und einfach nur Frieden stiften wollen.

Am Neuen Rathaus kam ich mit ihnen ins Gespräch.

*

»Habt Ihr ein paar Minuten Zeit — kann ich Euch in ein Frage- und Antwortspiel verwickeln?«

»Gut, aber wer fragt?«

»Erst einmal ich, und wenn wir uns Mühe geben, finden wir unsere Diskussion in einer gesamtdeutschen Zeitschrift wieder, habt Ihr da etwas dagegen?«

»Nein, es kann losgehen.«

»Also, meine erste Frage: Wenn Ihr Euch so die Sprechchöre anhört, alles ruft nur noch nach der sofortigen deutschen Einheit oder ihr schaut auf die Transparente — alle fordern weg mit der SED — da muß man doch annehmen, jede andere Meinung, und sei sie nur um ein paar Millimeter davon abweichend, wird niedergeschrien oder man geht gegen diese Leute sogar mit Gewalt vor. Und nun kommt Ihr mit so einem »friedensstiftenden Transparent« — habt Ihr keine Angst, daß man Euch deswegen angreift oder belästigt?«

»Eigentlich nicht — wir haben erst mit diesen beiden Losungen am Bahnhof gestanden und die Leute haben uns zugestimmt. Nur einige wenige haben uns angepöbelt, aber die meisten waren doch unserer Meinung. Und ich glaube, das muß heute einfach so sein, daß wir hier auf der Straße sind, eben weil sich alles so polarisiert hat. Ja, ich hätte auch Angst, mit solchem Transparent auf die Straße zu gehen — nämlich dann, wenn man auch uns nicht mehr dulden würde. Aber so sieht es wohl, Gott sei Dank, nicht aus.«

(Inzwischen haben vorübergehende Passanten immer wieder ihre Zustimmung zu den Texten der beiden Plakate geäußert.)

»Gehört Ihr eigentlich einer Partei oder einer Vereinigung an und habt aufgrund Eurer gemeinsamen politischen Auffassung beschlossen, heute und hier mit solchen Plakaten für Verständigung und Dialog zu werben?«

»Nein, wir sind alle einfach so zusammengekommen, manche gehören zur Kirche, andere kommen aus der Studentenbewegung, aber zu einer bestimmten Partei oder Gruppe gehören wir nicht.«

»Und wie lange geht Ihr schon montags auf die Straße?«

»Eigentlich schon immer.«

»Also auch schon vor der 'Wende'?«

»Ja, alle.«

»Dann habt Ihr ja schon eine Menge erlebt. Nun hat sich ja die Montags-Demo sehr gewandelt. Wie schätzt Ihr das ein?«

»Nun, die Leute, die vor der Wende auf die Straße gegangen sind, haben eigentlich ganz andere Forderungen aufgemacht, die meisten sind ja erfüllt worden. Aber viele von denen, die jetzt auf der Straße sind, die waren damals noch gar nicht dabei. Und die profitieren auch davon, daß einige wenige vor der 'Wende' den Mut hatten, zu demonstrieren. Ich glaube, daß manche, die sich heute lautstark und aggressiv gebärden, damals gar nicht auf die Idee gekommen wären, mit uns mitzugehen.«

»Also, Ihr seht das so, daß die Leute von heute nicht mehr die von vor vier Monaten sind und umgekehrt, oder?«

»Ja, durchaus. Das ist jetzt alles einfarbiger geworden.«

»Einfarbiger in dem Sinne, daß im Oktober das Spektrum von links bis rechts reichte, während jetzt links keine Chance hat?«

»Ja, durchaus.«

»Wenn ich Euch recht verstanden habe, kommt es jetzt darauf an, daß alle politischen Kräfte miteinander reden, anstatt wie in vergangenen Zeiten aufeinander zumindest mit Worten zu schießen?«



***Trotz Verbot unbehelligt:** Republikaner verteilen Flugblätter während der Montags-Demo (Foto: B. Heinze).*

»Ja, nur das bewahrt uns vor einem politischen Chaos.«

»Und Ihr würdet auch mit allen Leuten reden, auch alle Leute ihre Meinung verkünden lassen, ohne politische Grenzen zu ziehen?«

»Ja, warum nicht, jeder hat doch das Recht, seine Meinung zu äußern, solange es sachlich geschieht.«

»Würdet Ihr denn auch mit den Republikanern reden?«

»Ja, soweit das in einem sachlichen Rahmen möglich ist. Ich glaube, in einer Diskussion würde sich schon zeigen, wer die besseren Argumente hat.«

»Noch eine Frage zum Abschluß: Alles, was heute abend auf dem Ring

vorüberzog, rief nach sofortiger Wiedervereinigung. Wie steht Ihr eigentlich dazu?«

»Wir sind nicht gegen die Wiedervereinigung. Aber das geht nicht über Nacht. Die Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten sind so groß, daß man sie nur schrittweise abbauen kann. Nimm mal ein Beispiel: Bei VW kostet eine Reparaturstunde für ein Auto in einer Service-Werkstatt ungefähr 40 Mark. Das interessiert den Bundesbürger nicht, denn der verdient ja genügend. Aber wie sieht das in der DDR aus? Der Werkstattbesitzer würde über solchen Stundenlohn jubeln, der Trabantfahrer, der auf die Werkstatt angewiesen ist, wohl kaum. Also das Ganze muß erst langsam zusammenwachsen, aber es wird auf jeden Fall ein Deutschland werden.«

»Gut, das ist Eure Meinung, und ganz gewiß keine unüberlegte. Habt Ihr was dagegen, wenn ich Euch nächsten Montag ein paar Flugblätter oder eine Zeitung der 'Gruppe 146' gebe, ich habe jetzt nichts bei mir. Aber das sind Leute, die sich mit dem Thema 'Deutsche Einheit' sehr gründlich befassen — und wenn Ihr den Dialog sucht, findet Ihr vielleicht Ansprechpartner, gut?«

»Einverstanden, dann bis zum nächsten Mal«

Und damit könnte die Story zu Ende sein. Sie ist es aber nicht, denn während unseres Gesprächs ereignete sich noch eine Kleinigkeit, die einfach kennzeichnend für viele Leute in unserem Land ist: Immer wieder versuchte ein älterer Herr, mich aus der Diskussionsrunde herauszuziehen, um mir auch seine Meinung zu sagen. »Also, Eure CDU drüben, die ist so lasch ...« und so weiter. Ich habe mehrfach versucht, diesen Mann zu überzeugen, daß ich genauso in Leipzig wohne wie er, aber er hielt das für unmöglich, hatte ich doch eingangs erwähnt, ich würde versuchen, dieses Gespräch für eine gesamtdeutsche Zeitung aufzuzeichnen. Und eine solche Zeitung kann ja nur von »drüben« kommen, denn in der DDR gibt es das ja nicht ... noch nicht.

Das Gespräch führte W. Herbst am 29.1.1990. Nach Zwischenfällen bei der Rosenmontags-Demo am 26.2.1990, bei der u.a. der Geschäftsführer des Demokratischen Aufbruchs (DA) beim Fotografieren eines separaten rechten Demonstrationszuges mit Schlägen traktiert wurde, kündigten die Initiatoren an, daß ab 12.3. keine Demonstrationen mehr stattfinden.

Zuschriften aus der DDR

Der Ruf nach Vereinigung beider deutscher Staaten wird hier, in der DDR, immer lauter; nicht nur in Leipzig, sondern auch in anderen Städten, auch in meiner Heimatstadt Arnstadt. [...]

Meine Meinung ist, daß die Vereinigung nicht erst in einem geeinten Europa erfolgen sollte, sondern so schnell wie möglich. Ich sehe darin keinen »Ausverkauf« der DDR, wie es die SED-PDS propagiert, sondern die Vereinigung würde verhindern, daß noch mehr Deutsche die DDR Richtung Westdeutschland verlassen.

Wir sind ein Volk, wir sind eine Nation, daher muß diese unnatürliche Teilung unseres deutschen Vaterlandes überwunden werden. Selbstverständlich hat der Schritt zur Vereinigung auch gewisse Konsequenzen, wie

— Austritt beider deutscher Staaten aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt,
— Abschluß eines Friedensvertrages der Besatzungsmächte mit dem geeinten Deutschland,
— Abzug der Besatzungsmächte,
— Neutralität, aber bewaffnet.

Gerhard Konrad (Thüringen)

*

Die BRD kann natürlich auch sehr gut Vorbild für die Verwaltungseinteilung sein, d.h. für die DDR-Länderstruktur. Die Länderstruktur von 1947 bis 1952 sollte allerdings nicht übernommen werden, günstiger wäre eine traditionsreichere Verwaltungseinteilung, d.h. die administrative Einteilung der Weimarer Republik; diese aber muß den heutigen Bedingungen, die die DDR-Wirtschaft geschaffen hat, angepaßt werden. Es müssen einige Kreiskorrekturen durchgeführt werden, es werden Freie Städte als selbständige Bundesländer geschaffen — z.B. Leipzig und Rostock —, die ehemaligen braunschweigischen bzw. hessischen Landes- und Provinzteile, das Land Anhalt und die auf DDR-Boden verbliebenen Teile der Provinzen Schlesien und Pommern stimmen über Selbständigkeit oder Anschluß an ein bestimmtes Bundesland ab. Außerdem muß der Beschluß des Alliierten Kontrollrates von 1947 über die Abschaffung des Landes Preußen rückgängig gemacht werden — damit wird kein anspruch auf die deutschen Ostgebiete erhoben, denn der Staat Preußen war nun weiß Gott nicht allein Ostpreußen, Pommern, Schlesien, sondern auch Brandenburg, die Provinz Sachsen u.a. Außerdem kann man sich nicht mit der Geschichte auseinandersetzen, indem man einfach einen Staat abschafft, und die Geschichte Preußens war auf Jahrhunderte eng mit der der Länder der Besatzungsmächte verbunden (etwa durch den Siebenjährigen Krieg, die Befreiungskriege). [...] Nach einer erfolgreichen Herstellung des Landes Preußen stimmen dann die ehemaligen Provinzen Preußens über den Verbleib im großen Bundesland Preußen ab. Gleich, wie diese Abstimmung ausgeht: das Land Preußen muß wiederhergestellt werden, man kann das Volk, das in Preußens Grenzen lebt, also die Preußen, nicht für seine Geschichte bestrafen.

Uwe Krallert (Sachsen)

*

Mein Interesse an der Mit- bzw. Zusammenarbeit mit Ihnen liegt darin begründet, daß ich der Generation angehöre, die noch in Deutschland geboren wurde und der das Vaterland Deutschland immer etwas bedeutete. Dies aus der Überzeugung heraus, daß Nationalgefühl und Vaterlandsliebe ethische Grundwerte darstellen. Die Entwicklung in vielen Regionen der Welt, insbesondere in der Gegenwart, gibt uns recht. Freilich grenze ich mich ab von borniertem Nationalismus und intolerantem Chauvinismus. Diese meine Betrachtungsweise führt mich zu der Überzeugung, die Besinnung auf unsere vaterländischen Traditionen wären gerade in der gegenwärtigen Umbruchs- und Aufbruchsphase ein unschätzbarer Gewinn für ganz Deutschland. Diesen Gedanken scheinen weite Kreise meiner mitteldeutschen Landsleute aufgeschlossen zu sein. Zweifel hingegen kommen mir, ob dies unter der Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung auch so ist. Mit gemischten Gefühlen höre ich auf unseren Montags-Demos die Rufe »Deutschland einig Vaterland!«, denke ich doch gleichzeitig daran, daß solche Rufe mit solcher Intensität und Leidenschaft aus keiner der bundesrepublikanischen Städte zu vernehmen sind.

**** (Leipzig/Sachsen)*



Lutz Rathenow

Als sich die Mauer öffnete

Gedanken über die neue Freiheit und die Chancen für die Literatur in der DDR

Foto: Lehnartz

Am 9. November weilte ich gerade unter Oppositionellen, die um die Wette schwärmten, wie aus der DDR der erste sozialistische Staat der Welt zu machen sei. Die Nachricht vom Verschwinden der Grenze löste bei einigen beklommene Panik aus. Die schön abgeschotteten Laborbedingungen für ein Gesellschaftsexperiment warten zerstört. Die anderen Anwesenden verabschiedeten sich verdächtig rasch und still, um sich dann auf der Staße in den Jubelmarsch einzuklinken. Ich beobachtete mich selbst und registrierte mit Genugtuung, daß ich auch in dieser Stunde keinerlei Neigung verspürte, mich Massen anzuschließen. Ich schlenderte nach Hause und kam 14 Tage lang nicht dazu, die Wohnung zu verlassen. Besucher auf Besucher lösten sich ab. Eine kleine Fluchtwelle schwappte aus West-Berlin bis in meine Zimmer, in denen tagelang ehemalige DDR-Bürger nächtigten, denen bis dato der Zugang zu unserer Hauptstadt verwehrt war.

Es war eine schön anstrengende Zeit. Der Telefonverkehr war im Prinzip zusammengebrochen — jedenfalls erreichte mich keiner der Anrufer, den zu sprechen wichtig gewesen wäre. Aus Übersee schien es leichter zu gehen. Das neuseeländische Fernsehen fragte, ob ich ihnen eine Familie nennen könne, die vor den Kameras eine tränenreiche Wiederbegegnung mit lange nicht gesehenen Verwandten in West-Berlin mimt. Der kanadische Rundfunk wollte einen Übersiedler, der trotz offener Grenze noch in den Westen möchte. Für ein Blitzinterview, perfektes Englisch vorausgesetzt. Hiesige Oppositionsfreunde erkundigten sich, wer Politinterviews in Französisch und Spanisch geben könne. Eine Agentur hätte ich gründen müssen: Porträts von den neu an die Öffentlichkeit tretenden Politikern, Landesüberblicke auf einer bis drei Seiten, die Sehenswürdigkeiten für jedermann oder die Zukunft Europas, der Zustand der Nachbarn oder der ökologischen Katastrophe. Überrascht war ich nur, als mich zweimal jemand zu meinem neuen Gedichtband »Zärtlich kreist die Faust« befragte ... Es gibt in euphorischen Krisenzeiten doch noch Leute, die sich für Dichtung interessieren. Und dann die sozialtherapeutischen Gespräche. Die an der Tür stehenden Halbbekannten, die jede Orientierung verloren hatten. Das öffentliche Leben funktionierte im wesentlichen Perfekt, und doch glaubten erschreckend viele vom ersten Tag der Öffnung an, jetzt sei das absolute Chaos hereingebrochen. Zwei Diktaturen hintereinander hinterließen eine seelisch gestörte Bevölkerung. Ein Psychologe sprach nach einem Besuch von einer tiefsitzenden Angst, die sich eingefressen habe.

Sie fürchten plötzlich den Ausverkauf des Landes — in dem Moment, als er gestoppt worden ist!

Gerade Schriftsteller verhalten sich merkwürdig nervös bis ablehnend zur neuen Situation. Anders als junge bildende Künstler oder engagierte Theaterleute gehörten sie nicht zur vorrevolutionären Avantgarde. Sie fürchten plötzlich den Ausverkauf des Landes — in dem Moment, als er gestoppt worden ist! Ein lieber schreibender Mensch in mittleren Jahren kam schon in den ersten Tagen der Massendemonstrationen zu mir, um die Unterschrift zu einer Petition zu

erbitten. Ich rechnete mit Einmischung in die politischen Angelegenheiten und schaute auf das Blatt: die Forderung nach Rentenerhöhung für schriftstellernde Nichtverbandsmitglieder!

Über die Arroganz der Publicity-Mächtigen will ich gar nicht richten, auch untadelige Autoren wie Christa Wolf oder Christoph Hein lagen mit ihrer Einschätzung der Stimmung in der DDR — bezüglich der deutschen Frage besonders — immer abseits der Realitäten.

Kopfschüttelnd fragte ich mich mehrfach: Brauchen Schriftsteller hier erst lange Berichte mit Nahaufnahmen von den Plakaten demonstrierender Menschen, um zu wissen, was diese wollen? Gerade unter Arbeitern war die Mehrheit immer für die deutsche Einheit.

Auch die experimentierfreudigen Sprachbastler mit Happeningerfahrung und Reisepaß sind verstimmt. Kann man doch bei offener Grenze nicht mehr Ost- und Westfreundin auseinanderhalten. Und der ohne Paß war auch nur Nutznießer der alten Verhältnisse, die er für alles verantwortlich machte, was ihm mißlang. Vorbei nun die Zeiten, in denen einen Tag im Bett zu verpennen schon Widerstand war. Vorbei ist es mit den jungen Kundschafterinnen (DDR-Begriff für Spionin) in den Betten älter werdender Schreiber. Der Machtwechsel übt Wirkungen bis in die sexuelle Befriedigung der Szene am Prenzlauer Berg aus. Die Vordenker der Andersdenkenden schmollen. Entweder sind sie sauer über das deutschlandsüchtige Volk oder dessen Kunstfeindlichkeit. Spielt da Neid eine Rolle? Die raffinierten Sprüche bei den Demos entfachten eine rege Volks-Phantasie, die zumindest in punkto Prägnanz kaum überbietbar ist. Oder welchen lyrischen Vers könnte ein Profi gegen jene surreal beeinflußte Zeile eines Namenlosen stellen: »Das Volk braucht die Partei wie der Fisch das Fahrrad.« Überhaupt gehört es zur neuen Situation, daß jetzt viel mehr Menschen literarisch tätig sind. Neben Werbe- und Protestsprüchen hat das Umdichten unserer Nationalhymne Konjunktur. Eine neu gegründete Partei brillierte mit dem Vorschlag: »Auferstanden aus der roten Tyrannei, / und der Zukunft zugewandt, / laß uns Dir zum Guten dienen, / Deutschland, einig Vaterland.«

Wenn ich das alles so niederschreibe, bemerke ich falsche Assoziationen. Ich persönlich erlebe die momentane Situation als pure Bereicherung: Ich kann gar nicht so viel schreiben und abtippen lassen, wie es Anfragen zur Veröffentlichung gibt. Zu den bundesdeutschen und internationalen kommen plötzlich die aus der DDR dazu. Und dann noch alle die vagen, aber ungemein spannenden Projekte neuer Verlage und Zeitschriften! Natürlich will ich auch bei einem mitmachen, mit Manuskript und Finanzbeteiligung, »Edition Spuren« wird dies natürlich maßstabsetzende Unternehmen heißen. Aus Osteuropa kommen die ersten Anfragen. Und lesen soll ich auch noch. Und da und dort mitdiskutieren. Nein, zum Jammern gibt es keinen Grund. Ich merke jetzt erst, was mir mit einem zehnjährigen Reiseverbot vorenthalten worden ist — an Möglichkeiten und Erfahrungen.

Literatur kann von sich in Anspruch nehmen, die authentische gewesen zu sein? Die Abschaffung der Zensur allein genügt nicht. Ihre Geschichte muß offengelegt und analysiert werden. Die Zensoren waren zum Teil auch die Förderer der Literatur und sitzen immer noch im Ministerium. Erst wenn sie Scham und Schuld empfinden, kann man den Normalitäten des Marktes vertrauen. Die Literatur verliert einige angemaßte Ersatzfunktionen (plus Leser). Autoren, die sich aktuell einmischen wollen, können ihre Leser als Journalisten zurückholen. Der Nachholbedarf an Satire und politischen Sachbüchern prägt die nächste Zeit auf dem Buchmarkt (von Kochbüchern und Softpornos mal ganz zu schweigen), dann wird eine Zeit des Überdrusses kommen. Und danach entstehen jene Bücher, die die vergangenen 40 Jahre Sozialgefängnis

Was wäre, wenn ein Erdrutsch das Kongreßgebäude samt Verband verschwinden ließe? Wie groß wäre der Verlust für die DDR-Literatur?

Das einzige, was mich in dieser Situation wirklich stört, ist das verstörte Beleidigtsein mancher Schriftstellerkollegen. Da meine ich nicht die scharfsinnigen Analysen von Monika Maron, Jürgen Fuchs oder Rolf Schneider, auch nicht die leidenschaftlichen Statements von Uwe Kolbe, Gaby Kachold oder Stephan Schütz. Das sind Ausnahmen von der Regel allgemeinen Trübsinns. Ein Schriftstellerkongreß des Verbandes wird unterdessen vorbereitet. Was wäre, wenn ein Erdrutsch das Kongreßgebäude samt Verband verschwinden ließe? Wie groß wäre der Verlust für die DDR-Literatur? Aus meiner Sicht nicht erheblich, da die wesentlichere DDR-Literatur der letzten Jahre außerhalb des Landes oder von Nichtverbandsmitgliedern geschrieben worden ist. Ein schamloser Gedanke natürlich. So schamlos wie das Verhalten zahlreicher Autoren, die sich offenbar nicht schuldig fühlen. Sollte nicht jedes erschienene Buch auch über ein verbotenes hinwegtäuschen? War nicht jeder ausgegebene Reisepaß auch ein Stück Vorspiegelung von allgemeiner Reisefreiheit? 93 Autoren, die mindestens ein literarisches Buch verlegten, verließen seit 1961 die DDR. Die Aufarbeitung dieses literarischen Schattenlandes bestimmt den Beginn einer Diskussion, die die nächsten Jahrzehnte prägen wird. Welche DDR wirklich komplex und unvoreingenommen darstellen. Auch Uwe Johnson brauchte zum definitiven Buch der fünfziger Jahre Jahrzehnte ...

Insgesamt sehe ich zwei Alternativen:

1. Die DDR besteht weiter — dann verschwindet ihre Literatur, die Autoren integrieren sich schon jetzt zunehmend in die deutschsprachige Literatur.

2. Die DDR löst sich in einem vereinigten Deutschland auf — dann erlebt die DDR-Literatur eine neue Blüte: als Hoffnungsraum für unerfüllte Utopien, Spuren von DDR-Identität werden noch lange von deutschen Literaten subtil gepflegt werden.

Lutz Rathenow
geboren 1952 in Jena; Studium der Germanistik und Geschichte an der universität Jena; Exmatrikulation wegen »Zweifel an Grundpositionen, Objektivismus und Intellektualisieren der Probleme« kurz vor dem Examen; tätig als Transportarbeiter; Ende 1977 Übersiedlung nach Ost-Berlin, dort Theaterarbeit und freier Schriftsteller.
Wichtige Veröffentlichungen: »Mit dem Schlimmsten wurde schon gerechnet« (1980, 1982), »Zangengeburt« (1982, 1987), »Boden 411« (1984), »Ostberlin — die andere Seite einer Stadt« (1987, 1989), »Zärtlich kreist die Faust« (1989). Im Frühjahr 1990 erscheint in Herausgeberschaft »Revolte der Sinnlichkeit? Neue Tendenzen aus Kunst und Literatur der DDR«.

Henning Eichberg

Der Fall der Mauer — Fragen und Fragmente

»Allein, wenn die Stunde da ist und der wahre Stoff, so geht die Ansteckung mit elektrischer Schnelle über Hunderte von Meilen und über Bevölkerungen der verschiedensten Art, die einander sonst kaum kennen. Die Botschaft geht durch die Luft, und in dem Einen, worauf es ankommt, verstehen sie sich plötzlich alle, und wäre es auch nur ein dumpfes: 'Es muß anders werden'.«

Jacob Burckhardt (1818—97)

1. Wer behauptet, die deutsche Frage sei gelöst, weiß entweder nicht, was er sagt — oder er lügt bewußt. — Wenn man früher zu dieser Einsicht stand, war man marginalisiert — bis zum November 1989. Von diesem Zeitpunkt an zeigte sich unübersehbar der Kern des Befundes: *Die deutsche Frage ist revolutionär.*

2. Dasselbe gilt für die *nationale Frage* in Europa mehr generell. Bis zum Revolutionsjahr 1989 wurde die Nationalisierung fehldiagnostiziert als ein Zug der Rückständigkeit in Afrika, Asien und Lateinamerika. Seit 1989 hat (Ost)Europa den Vorsprung der Dritten Welt eingeholt.

3. Damit wird sichtbar, wo die realen Triebkräfte des historischen Prozesses herrühren: vom Volk, von den Völkern. Die osteuropäischen Revolutionen liefen immer wieder — dramatisch — auf dasselbe hinaus: auf die *Konfrontation zwischen den Institutionen und dem Volk.* Das war mehr als nur der Sturz der Mächtigen durch die Massen. Das Volk siegte über die Institionen. Die Institutionen erlebten den Zusammenbruch.

4. Damit ist jede Rede von *Verfassungspatriotismus* zur leeren Floskel geworden (oder zum restaurativen Gegenentwurf: Lieber Ceaucescu als das Chaos). Die — postulierte — Liebe zum Vaterland der Institutionen erhielt einen Schlag. Was heute Verfassung ist, ist Makulatur von morgen. Was bleibt, ist etwas anderes. Daran muß sich halten gerade derjenige, dem an der Institution Rechtsstaat gelegen ist.

5. Es stellt sich aber auch eine andere Frage: War (oder ist) der *»lange Marsch durch die Institutionen«* damit ein illusionärer Weg in die Irre? Es ist mehr denn nur eine moralische Frage: daß Macht korrumpiert. Jede Macht, auch diejenige im Namen humanistischer Ideologien. Die Institutionen selbst sind infrage gestellt.



***Berlin im deutschen November:** DDR-Grenzsoldaten öffnen die Mauer am Potsdamer Platz, 12. November 1989. (Foto: Lehnartz)*

Über die deutsche Revolution

6. Die Novemberrevolution 1989 war eine *teildeutsche Revolution.* Die herrschende Klasse Westdeutschlands blieb unbeschädigt und die westdeutsche Linke, die Intellektuellen, stumm. Es war aber der Westen, der — durch die kapitalistische Währungsreform, die Adenauerpolitik der Westorientierung, die NATO-Allianz — Deutschland gespalten hat. In Westdeutschland ist der Verfassungspatriotismus noch hegemonial. Von der volklichen Einheit Deutschlands her gesehen ist Westdeutschland das Problem.

7. Das Problem ist der Westen auch mehr generell. Während die Sowjetunion sogar unter Stalin die Existenz von Völkern nicht bestritt (und diese durch Deportationen und Unterdrückung sogar bestätigte), beruht die Ideologie des Westens auf dem systematischen Vorbeidenken an den Völkern. Gelebter Ausdruck dieser Konstruktion sind die USA.

Für Deutschland bedeutete dies nach 1945 die willkürliche *Aufteilung in vier Staaten:* Westdeutschland (BRD), Mitteldeutschland (DDR), Saar, Österreich. (Die zur Ausrottung freigegebenen Ostgebiete und die anderen annektierten Bereiche bleiben hier außer Betrachtung.) In nur einem einzigen Teilgebiet wurde eine Volksabstimmung erlaubt: an der Saar 1955. Trotz ihres manipulatorischen Charakters und der Unterstützung der Adenauerpolitik für die Separatlösung stimmte eine klare Mehrheit gegen das Saarstatut und gegen den »europäischen Saarstaat. Die Volksabstimmung der Saarländer wurde und wird seither in westdeutschen Schulbüchern unterschlagen. Mit gutem Grund: es zeigt den Zusammenhang von *Nationalität und Demokratie,* der auch die anderen deutschen Separatstaaten gefährdet.

8. Die historische Verantwortung für den Versuch, die Identität des deutschen Volkes zu zerstören, wurde verzerrt und vernebelt durch den Kalten Krieg. Die liberale Ideologie bezog sich auf das Feindbild des »Ostens«. *Der bürgerliche Antikommunismus* stellte den Kommunismus als ein totalitäres Ungeheuer dar, das effektiv Menschen und Völker frißt und das deutsche Volk bedroht.

Das Bild ist bereits im Prozeß der osteuropäischen Öffnung (Perestrojka) zusammengebrochen. Gorbatschow wurde in der westdeutschen Bevölkerung populärer als Reagan oder Bush. Und nunmehr zeigt es sich deutlich: Ein russischer Panzer in der Hauptstraße ist weniger wirksam gegenüber der Identität des Volkes — d.h. weniger effektiv bei der Kolonialisierung des Alltags — als ein MacDonald's in der Fußgängerzone. Der Kommunismus war eine Diktatur, die durch eine Revolution beseitigt werden konnte und die das Überleben der Völker nicht effektiv in Frage stellte. Dasselbe kann man vom Kapitalismus nicht sagen.

9. Die Blocklogik ist am Ende. Die Organisation des bürgerlichen Antikommunismus, *die NATO,* hat mit den jüngsten Transformationen ihre — postulierte — Berechtigung verloren. Wenn sie weiterbesteht oder gar gestärkt wird, zeigt sich, daß sie eigentlich einer anderen Aufgabe dient. Welcher?

Was heute die NATO zusammenhält, ist die *Angst, den Feind zu verlieren.* Denn der Warschauer Pakt existiert nicht mehr. Sollte er eines Tages in irgendeiner Gestalt wieder auftauchen, so wäre das ein Produkt der NATO. Jeder Tag, den Westdeutschland nach dem November 1989 in der NATO verblieb, war ein Schlag gegen die Einheit des deutschen Volkes. Und gegen das neue Europa.

10. Unter den gegenwärtigen militärischen Verhältnissen kann die staatliche Einheit Deutschlands von seinen kleineren Nachbarn als eine Bedrohung verstanden werden. Sie wäre aber auch — und ist vielleicht vor allem — eine Bedrohung des deutschen Volks. Ein vereinigter deutscher Militärapparat kann in diesen elektronisch-nuklearen Zeiten nicht demokratisch gesteuert werden.

Die Lösung des deutschen nationalen Problems setzt daher die *Selbstentwaffnung* voraus: das entmilitarisierte, waffenlose Deutschland.

11. »Neutralität« ist nicht genug. Deutschland hat immer wesentliche Teile seines Erbes und seiner Inspiration aus dem Osten bezogen, aus seinem eigenen Osten und aus dem weiteren europäischen Osten. — Nun ist es unübersehbar geschehen: Die einzige friedliche Volksrevolution der deutschen Geschichte kam aus dem Osten (und erreichte noch nicht einmal den deutschen Westen). Deutschland gehört zum Osten.

12. Der Analphabetismus der westdeutschen Intellektuellen in der nationalen Frage ist eine Gefahr für Europa. Dafür gibt es ein historisches Modell. Die Niederlage der deutschen Linken 1848/49 und die spätere Wende der deutschen Sozialdemokratie von einer nationalen Volksbewegung (Lassalle) zu einer anationalen, verfassungspatriotischen Partei waren die Grundlage für den Siegeszug des Nazismus.

Wenn die deutsche Linke das wiederholt, wird die nächste Katastrophe programmiert. *Nationaler Analphabetismus* auf der Linken fördert den Faschismus auf der Rechten.

13. Deutschlands Problem als Nation ist auch ein Problem der Größenordnung. Deutschland als einheitlicher Staat ist zu groß — nicht nur für seine Nachbarn, sondern auch für das deutsche Volk selbst, für dessen Verlangen nach Demokratie, nach Selbstbestimmung, Autonomie und *Politik der Nähe.* Deutschlands demokratische Chance liegt in seinen kleineren Einheiten, in der Regionalisierung.

Die Auflösung der DDR und ihrer stalinistischen Bezirks-Kreis-Struktur in ihre traditionellen (und volklich-dialektalen) Länder — Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg ... — wäre eine Herausforderung an Westdeutschland und dessen reale Zentralisierungsprozesse.

Während die Zentralisierung — eingestandenermaßen — »modern« ist, ist die Dezentralisierung ein »postmodernes« Projekt. Und sie wäre im übrigen eine deutsche Botschaft an die kleineren Völker in Frankreich, Großbritannien, Spanien, Jugoslawien, Sowjetunion ...

14. Nur *die kleineren Deutschländer* können ein volkliches und solidarisches Verhältnis untereinander und mit den beiden deutschen Republiken außerhalb der Staaten von Bonn und Ost-Berlin entwickeln: mit Österreich und mit der Wolgadeutschen Republik, die man in der Sowjetunion wiederzuerrichten im Begriff ist. Ein Großstaat hingegen ist nicht nur abschreckend nach außen — als »Reich« —, sondern auch ein reales Hindernis für die volkliche Einheit und Zusammengehörigkeit der Deutschen.

15. Deutschland stand schon einmal *am Scheideweg:* zwischen 1848 und 1871. Es gab damals zwei Lösungen der Frage deutscher Einheit: die preußische und die österreichische. Die preußische Lösung setzte auf den zentralistischen Nationalstaat westlicher Prägung, geprägt durch Krieg und Militär, ohne wesentlichen Rückbezug auf das Volk und die Demokratie. Die österreichische Lösung war föderativ

gedacht und — gesamtdeutsch — vom Volk aus. (Sie war allerdings durch die multinationale Struktur der Habsburgermonarchie belastet.) Die preußische Lösung hatte ihre Klassengrundlage im Bündnis von (national-liberalem) Bürgertum und (junkerlicher) Aristokratie. Die österreichische Lösung war klassenmäßig diffus, zumal die sozialdemokratische Arbeiterbewegung konzeptlos danebenstand. — Darum war es logisch, daß die preußische Lösung sich durchsetzte. Aber für Deutschland war es eine Fehlentwicklung — mit dramatischen Folgen.

16. Auch heute ist die Rede von *der* deutschen »Wiedervereinigung« verunklärend und verzerrend. Faktisch geht es um drei grundverschiedene Formen der Neuvereinigung, um

— den *»Anschluß«* als die ökonomisch-politische Besetzung der DDR durch Westdeutschland und die einseitige Umformung der DDR nach westdeutschem Modell,

— die *staatliche Vereinigung* in einem Großstaat bei gleichzeitiger Veränderung in beiden Teilen,

— die *volkliche Einheit* durch Abkoppelung der kleineren Einheiten Deutschlands.

Das erstere ist das Programm der deutschen Rechten. Das letztere läge im Rahmen der Vision: »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört« (Willy Brandt im November 1989). »Die Einheit wächst von unten« (Willi Brandt im Januar 1990).

Zur Theorie der Industriekultur

17. Die Systemkonkurrenz zwischen den beiden real existierenden Politökonomien in Ost und West ist entschieden: *Der Kapitalismus hat gesiegt.* Dem Staatsmonopolismus weint niemand eine Träne nach. Alle Hoffnungen richten sich auf das liberale Profitsystem. Aber mit dem haben *wir* Erfahrung.

Steht auch in Osteuropa die Zweidrittelgesellschaft vor der Tür: Wachstum für einen Teil des Volkes auf Kosten eines anderen Teils? Und: industrielles Wachstum im eigenen Land auf Kosten der Rohstofflieferanten, der Dritten Welt?

18. Die *ökologische Situation* der Ostländer wird durch die Öffnung zum kapitalistischen »freien Spiel der Kräfte« hin eher verschärft. Die staatsmonopolistischen Systeme haben die Länder bereits dicht an den Umweltkollaps herangeführt. Die Übernahme ihres Systems durch den Kapitalismus, die Freigabe für den frühkapitalistischen »Unternehmergeist« und dessen Produktivitätsmuster, läßt die Katastrophe näherrücken. Kapitalismus macht krank.

19. Die Epoche des Nationalismus begann vor 200 Jahren, gleichzeitig mit der Industriekultur. Vieles deutet nun darauf hin, daß die *Industriekultur sich — seit den 1960/70er Jahren — im Prozeß der Abwicklung* befindet. Ob »postindustriell« oder »hyperindustriell«: neue Verhaltensmuster, neue Klassenkonfigurationen, neue Technologien zeichnen sich ab. Damit wurde — mit gutem Grund — auch der Nationalismus totgesagt.

Nun bringt die osteuropäische Revolution einen neuen Schub der Nationalisierung. Eine Wiederholung? Eine Erneuerung? Ein Qualitätssprung?

Wann und wie schlägt die Quantität in Qualität um?

20. Die Gorbatschow-Reform in der Sowjetunion startete von einer charakteristischen Mischung von Wissen und Nichtwissen aus, von Vision und Nicht-Vision. Man wußte etwas über die Wirtschaft und hatte eine Vision von Demokratie. Man wußte nichts und hatte keine Visionen zur nationalen Frage.

Nun zeigte es sich, daß *Demokratie* und *ökonomische Reform* sich nur im Takt mit der *nationalen Frage* bewegen. *Wer von den Völkern nicht reden will, soll von den Menschen schweigen.*

21. Osteuropas nationale Revolutionen bedeuten den *Zusammenbruch aller hegemonialen Theorien über das Nationale.* Die aktuellen nationalen Bewegungen sind wesentlich *nicht* gerichtet auf die größere Einheit, auf den größeren Markt — wie es die ökonomischen und Modernisierungstheorien annehmen. Nationalismus ist eine reale Gegenkraft *gegen* größere Einheiten (»Sowjetunion«, »Jugoslawien«). Die Nation ist in der Regel des revolutionären Prozesses ein *Abkoppelungsphänomen.*

Die deutsche Frage ist unter diesem Aspekt eine Ausnahme (wie im 19. Jahrhundert).

Gerade als Sonderfall erfordert sie eine besondere Aufmerksamkeit.

22. Außerdem trifft die nationale Dynamik als Abkoppelung all jene Bestrebungen in Westeuropa, die angestrengt versuchen, das Gegenteil zu organisieren: die *EG als Superstaat* und größere kapitalistische Einheit. Der revolutionäre Prozeß in Osteuropa enthält eine Prognose über das zukünftige Scheitern dieses Modells und seiner Theorie vom naturwüchsigen ökonomisch-politischen Wachsen und Wachsen und Wachsen ...

23. Betroffen vom Scheitern all der plausiblen theoretischen Annahmen ist auch die *marxistische Nationentheorie.* Diese produktivistische Theorie war ein Überbau des sowjetischen Systems, das seit einem halben Jahrhundert angeblich »die ökonomischen Grundlagen des Nationalismus entfernt hat«. Nun wurde sie konfrontiert mit dem Nationalismus als derjenigen Kraft, die für das Bestehen des Reiches entscheidend ist. Man reagierte darauf mit dem Hinweis auf »die Verschwörung extremistischer Elemente«, auf »gefährliche Ideen«, »Abenteurer«, »Deformationen aufgrund der Fehler einzelner Führer« — und mit Militär.

Wer macht aber die Geschichte — Führer, Ideen, Verschwörungen und Militär? Oder das Volk durch seine realen Strukturen und Widersprüche?

24. Ein neuer theoretischer Zugriff ist also gefragt. Das Volkliche ist ein Basisphänomen, — die Produktion ist ein Überbau. Letztlich sind es weder Ideen, die die Geschichte bestimmen noch Interessen am Markt oder die Organisation der Produktion. Sie sind Ergebnisse. Bestimmend sind die realen, alltäglichen Erfahrungen von *Identität und Entfremdung.* Dazu gehört die volkliche Entfremdung und Identität. Die Interessen leiten sich davon ab.

25. »Nationalismus«, natio-nalismus, kommt von natio — Geburt, Ursprung. »Materialismus«, mater-ialismus, kommt von mater — Mutter, die gebiert, Ursprung.

Nach den von der revolutionären Wirklichkeit dementierten idealistischen und produktivistischen Philosophien der Nation ist eine *materialistische Theorie des Nationalen* angesagt.

26. Die nationale Frage ist eine Frage des *Klassenkampfs.* In den osteuropäischen Revolutionen stehen Klassen einander gegenüber — und trotz des Volks auf den Straßen ist nicht entschieden, wer letzten Endes siegen wird. Aber eines läßt sich jetzt schon absehen: Die Macht der herrschenden Klasse im westlichen Kapitalismus ist weit schwerer zu erschüttern.

Allerdings stellt sich auch die analytische Frage neu: Was sind Klassen? Wie konstituieren sie sich und grenzen

sich gegeneinander ab?

27. Der volkliche und nationale Aufruhr ist nicht nur ein erfreuliches und ermunterndes Phänomen. Wo das Volk sich erhob, da begann — auch tendenziell — die *Suche nach Feinden.* Aserbaidschaner gegen Armenier, Polen gegen Juden, Bulgaren gegen Türken, Serben gegen Albanier, Deutsche gegen Polen, Russen gegen Juden, Georgien gegen Osseten, Usbeken gegen Meschier ...

Der Konflikt zwischen Identität und Entfremdung wurde ersetzt durch die — handgreiflichere — Konfrontation zwischen Identitäten. Demokratie und Selbstbestimmung sind *nicht* problemlos.

28. Es gibt dafür *keine einfache Lösung.* Imperiale »Befriedungen« von oben her, überbaut durch idealistische Theorien über die Zweitrangigkeit der Nation, verschieben den Konflikt nur und spitzen ihn zu.

Die Probleme der Demokratie und des Nationalismus werden nicht durch Antidemokraten gelöst, sondern nur durch die demokratischen und volklichen Bewegungen selbst.

29. Die neuen zwischenvolklichen Konflikte sind keine zufälligen Resultate der Verschwörung böswilliger Elemente. Im Gegenteil: die Rede über Verschwörungen ist selbst Teil des paranoischen Musters, die sie zu kritisieren vorgibt. Offenbar gibt es einen tiefliegenden Zusammenhang zwischen *Modernität und Angst,* zwischen (Hyper-)Modernität und *Paranoia.* Nur ein nicht-affirmatives Verhältnis zur Modernität, zur Industriekultur selbst, kann einen Abstand gegenüber den paranoischen Feindbildern schaffen.

Über die Transformation des Nationalismus

30. Entfremdung ist nicht nur das Gegenbild zur Identität. Durch die Kolonialisierungen der Moderne verpflanzt sie sich zugleich ins Innere der Identitätsbearbeitung. Eine Identitätsvergewisserung, die andere Identitäten (Minderheiten, Nachbarvölker ...) verneint, wird selbst zur Maschine der Entfremdung.

Die eigene Identität als Volk *setzt die Identität des anderen Volks voraus.* Damit man Deutscher sein kann, muß es den Dänen, den Slowenen, den Sorben, den Sinti geben. Und das nicht nur um der analytischen Erkenntnis willen (um zu wissen, wer ich bin, muß es andere geben, die nicht ich sind ...). Sondern es hat auch eine ethische Logik.

31. Die eigene Identität setzt *Liebe* zur Identität der anderen voraus. Herder und Grundtvig waren Philosophen der Liebe und der volklichen Nationalität. Der industriell-kapitalistischen Welt waren sie unverstanden. Nicht so heute.

32. *»Niemand kann knechten, ohne selber Sklave zu sein:* ich, als Russe, sage Euch das«, rief Michail Bakunin 1848 den slawischen Völkern zu. Auch diese Gesetzmäßigkeit des volklichen Nationalismus — und Anarchismus — konnte damals nicht verstanden werden. Und heute?

33. Ist all dies nur eine Utopie? Nichts gegen Utopien. Gerade im Revolutionsjahr 1989 erwies sich nichts als so realistisch wie die am weitesten gehenden nationalen Utopien. — Aber es gibt auch gelebte Erfahrung. Der Norden hat durch annähernd zwei Jahrhunderte hindurch volkliche Selbstbestimmung ohne Krieg verwirklicht. Die nationale Selbständigkeit ist ohne Expansion erreichbar. Die nordische Gemeinschaft und Einigkeit führte nicht zu Union und Großmacht, sondern umgekehrt zur Abkoppelung kleinerer Nationen (der Norweger, der Isländer, der Färinger, der Grönländer). Es gibt praktische Erfahrung mit einem *dritten Weg:* weder antinationales Reich noch nationalstaatlicher Krieg. Sondern fortgesetzte demokratische Abkoppelung in Gemeinschaft, *Graswurzeldemokratie.*

34. Der dritte Weg ist auch gesellschaftspolitische Wirklichkeit. Nun, da man sogar in der Sowjetunion einräumt, der Sozialismus sei dort nie realisiert worden, wendet sich das Interesse den einzigen in Ansätzen *sozialistischen Ländern* Europas zu, den Ländern im Norden. Der dänische Sozialismus hat seine Wurzeln in der demokratischen Genossenschaftskultur. Obwohl das skandinavische Wohlfahrtssystem nicht unproblematisch ist: Es gibt einen dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Staatsmonopolismus.

35. Der Zusammenbruch der Blocklogik schafft Raum, um nicht nur den Norden als Europa alternativer Art zu verstehen. *Mitteleuropa* und dessen balkanische Dimensionen bilden ein anderes Modell, das nicht zufällig gerade jetzt aus dem Dunkel der Blocklogik auftaucht: Weder Ost noch West. Das ostorientierte Deutschland ist Teil dieser Welt. — Die *keltischen Völker* im äußeren Westen und auf den Inseln haben einen speziellen Beitrag zum dezentrierten Europa zu liefern. Es ist die Tradition des Lebens ohne Machtstaat. — Die Völker des *Mittelmeerraums* mit ihren alten euro-arabischen Kulturbeziehungen bilden ein weiteres, eigenes Profil. Eine Grenze zur Dritten Welt — und gegen die Dritte Welt — gibt es nicht.

36. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetreichs wird sichtbar, wer oder was tatsächlich die Völker auf globaler Ebene bedroht: *das Kolonialreich der »ersten Welt«.* 1983 besetzte US-Amerika Grenada. 1986 überfiel es Libyen. 1989 Invasion in Panama. Dabei sind die amerikanischen Truppen nur ein harmloser Faktor im Vergleich mit der Destruktionskraft des westlichen Kapitalismus und Industrialismus.

37. Die osteuropäischen Revolutionen führen faktisch zur Verdrängung eines globalen Strukturproblems. In den Tagesnachrichten der Medien kommt die Dritte Welt beinahe nicht mehr vor. Die *Ausbeutung der Dritten und Vierten Welt* ist jedoch weiterhin die ökonomische Grundlage des siegreichen westlichen Kapitalismus.

Welche neuen Aufgaben ergeben sich daraus für die Europas?

38. Solange man im Westen nur über die Revolutionen der anderen jubelt, ist die Mauer nicht gefallen. Es gibt keine stellvertretende Revolution. Man kann auch im erotischen Leben nicht stellvertretend lieben lassen. *Die Mauer steht und fällt in uns.*

Im Januar 1990

Lutz Rathenow
AUSSICHTEN

Da. Dort. Verstellte
Wege. Offene Enden
des Stricks. Gehn Nichtgehn
Dochgehn. Vorwärts, voran
Perspektiven Möglichkeiten des
Labyrinth
des Zweifels. Nur Mut!, künftige
Prügel
locken. Orden, die dich erdrücken
Gitter, die dich befrein. Lauf, lauf
Stehn bleiben hilft nicht. Vorstürzen
hilft nicht. Gefesselt an deine Zukunft
lebst du. Hier

Hans Dietrich Lindstedt

Ex oriente lux

Erinnerung an den 17. Juni 1953





Bilder der gescheiterten Junirevolution: *Demonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin (links); Sturm auf die verhaßte Vopo-Dienststelle im Berliner Columbus-Haus (oben).*

Ex oriente lux: Aus dem Osten kommt das Licht. Was jahrzehntelang eher als Hohn aufgefaßt werden mußte, scheint mit Macht Realität zu werden, vielleicht auch eher in dem Sinne: Im Osten wird es Licht ...

Nicht nur im Sowjetrußland Gorbatschows, in Ungarn und Polen, auch in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Brandenburg, also den Ländern der DDR, der Deutschen Davonlaufenden Republik, sind die Menschen, die vielbeschworenen Werktätigen nach über vier Jahrzehnten des Sich-Abduckens wach geworden.

Es gibt kaum mehr eine Stadt in der DDR, in denen die Einwohner — und immer stehen die jungen Leute von 18 bis 40 in der ersten Reihe — nicht aufregende und beeindruckende Demonstrationen veranstalten. Ein Ende der Demonstrationen ist auch nach der Einsetzung des neuen *kings* nicht abzusehen.

Übrigens, das muß einmal gesagt werden, waren unsere Landsleute drü-



Szene aus dem deutschen November: *Stück für Stück wird die Nachkriegsordnung abgetragen.* *(Foto: Lehnartz)*

ben nicht 40 Jahre stille. Unsereiner erinnert sich der Wochen vor und um und nach dem 17. Juni 1953. Was für heiße, harte und offene Diskussionen haben wir geführt, sogar innerhalb meines Lehrerkollegiums (ich war Neulehrer), in den Wirtschaften, auch auf der Straße!

Ich entsinne mich nicht ohne Stolz, daß ich zu den Tausenden an jenem Junitag gehörte, die in Magdeburg an der Elbe, wo meine Mutter geboren wurde, zum Justizgebäude zogen und die Entlassung aller eingekerkerten politischen Häftlinge forderten, und das waren in jenem Frühsommer 1953 viele Hunderte und vielleicht Tausende. Wir riefen in wildem Chor: »Laßt die Gefangenen frei!«

Ich sehe noch den Polizeioffizier, der in den fünften oder sechsten Stock geklettert war und dort ein Fenster öffnete (weil dort etwaige geschleuderte Steine ihn nicht erreichen konnten). Er tönte über eine Flüstertüte: »Bürger, üben Sie Gesetzestreue!« Aber ein einziger gut plazierter Stein erschreckte ihn so, daß er am Fenster verschwand und schließlich aus einem Turmfensterchen (höher ging's nimmer) seine ergebnislosen Mahnrufe fortsetzte. Er war damals der einzige »Dialogpartner«.

Ja, um Gottes willen, welche Gesetzestreue sollten wir denn üben? Hatten wir nicht jahrelang schreiendes Unrecht erfahren und erlitten — besonders seit dem im Juli 1952 plump verkündeten »Aufbau des Sozialismus«? (Johannes R. Becher, den wir auch Johannes den Erbrecher zu nennen wagten, dichtete:« »Diese Zeit trägt einen roten Stern im Haar ...«) Den eigenen Eltern, die Besitzer eines ziemlich großen Gasthofes waren, stand das Wasser bis zum Hals. Die Lebensmittelkarten hatte man ihnen bereits aberkannt — und mit ihnen Hunderttausenden kleinen Gewerbetreibenden, die bis dahin bienenfleißig rund um die Uhr in den noch immer vorhandenen Zehntausenden privaten Geschäften unter unsäglich mühseligen Bedingungen nicht nur für sich, sondern in der Tat »für das Wohl des Volkes« gearbeitet hatten, etwas, was die hirnverbrannten und gottverlassenen Bonzen immer auf Transparente schrieben, ohne sich daran zu halten.

Vielleicht sind es eine Million Lebensmittelhändler, kleine Geschäftsleute, Bauern, Gewerbetreibende, »Sonstige« gewesen, wie sie offiziell bezeichnet wurden, die empörend schikaniert wurden und die jetzt, so sie nicht in letzter Minute in den Westen verschwanden, zu Klassenfeinden erklärt, zu Menschen zweiter Klasse gemacht wurden. Unrecht wurde mit einem Federstrich zu »sozialistischem Recht« umfunktioniert. Damals begann die Sternstunde der Heuchler, Fälscher und Pharisäer und der sogenannten »sozialistischen Intelligenz«, die bis dato eine gewaltige Mitschuld trägt, denn viele von den »Kadern« wurden Stützen der »sozialistischen Gesetzlichkeit«.

Jedenfalls, um zum Kern zu kommen, 1953 geschah in den Junitagen unsere Revolution in der Mitte Deutschlands, in der DDR, sie breitete sich mit einer Wucht ohnegleichen wie ein Flächenbrand aus in 250 großen und kleineren Städten und schwemmte nicht nur die Insignien einer fremden Macht hinweg und mit den plumpen Losungen die mühsam gekittete Legitimation einer »Partei neuen Typs« — so nannte sie Ulbricht —, die mit Hilfe der Rotarmisten Stalins und willfährigen Rucksackkommunisten in den Sattel gehoben worden war.

Das Volk, das Pferd, hatte an einem Tag in einem gewaltigen Aufbäumen den ungeliebten Reiter abgeworfen. Wie ist es dann doch geschehen, daß die SED ihre zertrümmerte Herrschaft wiederaufrichten konnte? Ich weiß es bis heute nicht. Wir hätten es nie für möglich gehalten, aber der Wolf hatte Kreide gefressen.

Nie habe ich süßere Schalmeienklänge gehört von den unter dem Schutz der Sowjetpanzer wieder aus ihren Löchern gekrochenen Bonzen, nie gewaltigere Versprechen, nie »ehrlichere« Selbstkritik. Sie klopften sich täglich an die eigene Brust. Selbst Ulbricht, diese sächsische Lenin-Imitation, übte sich darin, der rücksichtsloseste Stalinist, den es je auf deutschem Boden gegeben hatte.

Seine Kreatur Honecker, der bereits seine Koffer nach Moskau gepackt hatte (es gibt dafür Zeugen), hielt sich zunächst bedeckt. Er schlug sich erst auf Ulbrichts Seite, als der sich aus dem Parteigut Schmerwitz bei Belzig im Hohen Fläming, wohin er am Abend des 17. Juni geflüchtet war, wieder nach Berlin wagte — aber jetzt mit dem Segen des sowjetischen Botschafters, der sich nun seiner Rücksichtslosigkeit und Schläue meisterhaft zu bedienen wußte.

Wieviel ehrliche, ordentliche, aufrechte, freiheitsliebende Deutsche sind in den Wochen und Monaten danach eingesperrt, geschlagen, gedemütigt und standrechtlich erschossen worden! Wieviel Sowjetsoldaten sind von der eigenen Armee zum Tode verurteilt worden, weil sie nicht auf aufständische Deutsche schossen, wie ihnen befohlen worden war!

Wir sollten das niemals vergessen, gerade nicht in diesen Tagen, da die Massen in der DDR mit ungeheurer Kraft fast täglich auf die Straße gehen. Und ihre Losungen lauten fast genau so wie die der Aufständischen des 17. Juni: »Freie Wahlen! Freiheit! Weg mit der SED!« Und vor allem: »Wir sind das Volk!« Die Angst, die jahrzehntelange Angst haben sie abgeworfen wie eine alte, zu eng gewordene Haut.

Damals wie heute gab es Stühlerücken vom Politbüro bis hinunter in die Kommunen. Aber doch — bis jetzt — einen entscheidenden Unterschied: Während damals die sowjetischen Panzer unserer Revolution ein Ende bereiteten — ich sehe sie noch heranrasseln und höre die Rufe der Rotarmisten: »Nasad — zurück!«, und ich höre uns wieder und wieder brüllen: »Freundschaft — druschba!« —, hat sich das Blatt gewendet: Russenpanzer werden der SED nicht zur Verfügung stehen. Das System steht mit dem Rücken zur Wand.

Nein, schon damals waren die russischen Soldaten nicht unsere wirklichen Feinde. Sie waren selbst geprügelt und geschunden. Unter Gorbatschow geht's mit dem System mächtig den Bach hinunter. Die alleinseligmachende KPdSU wird die Erosion nicht überstehen, die Potemkinschen Dörfer aus 70 Jahren Sowjetmacht sinken in sich zusammen.

Also können wir zur Kenntnis nehmen: Sowjetische Soldaten werden gegen unsere Brüder und Schwestern — ich habe allein fünf Kinder in der DDR — nicht zu Felde ziehen. Gleichwohl, die SED verfügt über eigene Panzer genug und übergenug. Sie verfügt noch immer über die Macht des Sicherheitsapparates.

Eben deshalb bitten wir Euch: Hört nicht auf die süßen Schalmeienklänge der Reformankündiger und Schmeichler! Sie wollen Euch und uns wieder betrügen. Wir kennen sie doch vierzig Jahre und mehr, sie hängen uns zum Halse heraus!

Der tschechische Kollege Julius Fucik hat vor fast 50 Jahren in Erwartung des Todes geschrieben: »Menschen, seid wachsam!« Lernen wir endlich daraus!

Herbert Hupka

Die Entdeckung einer neuen Stadt

Im Blick lag Unglauben, vielleicht auch Spott oder sogar Zynismus, jedenfalls war die Reaktion des Mitbürgers so deutbar, wenn man darauf beharrte, daß doch zur Ortsbezeichnung Frankfurt immer auch die genauere Lokalisierung »am Main« hinzuzufügen sei. Das sollte, das müßte genügen, Frankfurt heißt nun einmal Frankfurt. Jeder Zusatz sei doch nur Besserwisserei oder Rechthaberei. Das Ergebnis sah dann auch jahrzehntelang so aus, Frankfurt am Main wurde immer häufiger und zum Schluß fast ausschließlich Frankfurt genannt. Daß es da noch ein anderes Frankfurt geben sollte und gibt, wollte man entweder erst gar nicht zur Kenntnis nehmen oder bewußt übersehen. Wo lag denn dieses andere Frankfurt, von dem niemand sprach, das keinen Nachrichtenwert hatte? Es wirkte beinahe wie eine klugsprecherische Anmaßung, wenn man neben den Geburtsort Goethes den Geburtsort Kleists zu setzen und zu nennen beliebte.

Das ist nun, was nur zu gern festgehalten werden soll, plötzlich ganz anders geworden. Jetzt hört man nicht nur gelegentlich, sondern recht häufig von dem anderen Frankfurt, dem Frankfurt an der Oder, weshalb man eben schon viel früher Frankfurt am Main hätte sagen und schreiben müssen, um damit zugleich an dieses andere Frankfurt an der Oder zu erinnern. Wer Frankfurt am Main sagte, gab eigentlich zu Protokoll: es gibt auch noch Frankfurt an der Oder. Als jüngst zum ersten Male eine Regionalkonferenz für ganz Berlin zusammentrat, saßen auch Vertreter der noch bestehenden Bezirke Potsdam und Frankfurt an der Oder mit am Tisch. Es führt also gar kein Weg mehr an Frankfurt an der Oder vorbei.

Aber nicht nur Frankfurt an der Oder gehört zu den Neuentdeckungen unseres allgemeinen Bewußtseins. Jüngst sagte eine Mitvierzigerin spontan, als von Stendal und Fürstenwalde gesprochen wurde: »Wir müssen, jedenfalls mein Jahrgang und die noch viel Jüngeren, die Geographie von Mitteldeutschland, der heutigen DDR, nachlernen, denn in der Schule haben wir nichts davon gehört. Und danach haben wir uns nicht darum gekümmert. Aber jetzt wird's Zeit.«



Hier müßte, folgte man der Ansicht und Einsicht eines Bonner Professors, kürzlich als Leserbrief in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« nachzulesen, gleich eine Korrektur angebracht werden, nachdem die obige Aussage wörtlich zitiert worden ist. Wie kann man nur noch von Mitteldeutschland sprechen? Besagter Gelehrter meinte nämlich, daß »deutschen Interessen schadet«, wer »noch mit Begriffen wie ‚Mitteldeutschland' arbeitet. Es wäre eigentlich die Gegenfrage zu stellen, wer denn den höchsten Richterstuhl für sich beansprucht, von dem *ex cathedra* entschieden wird, was »deutschen Interessen« nutzt oder schadet. Obwohl dieser sich recht fortschrittlich gebärdende Mann aus dem Reich der Wissenschaft sich bestimmt dagegen zur Wehr setzen dürfte, wollte man ihn des Versuchs einer diktatorisch verkündeten Sprachregelung unseligen Angedenkens verdächtigen. So ist dem aber leider. Selbst unter der Alleinherrschaft der SED gab und gibt es in Mitteldeutschland die »Mitteldeutschen Nachrichten« und einen »Mitteldeutschen Verlag«, ohne daß jemand auf den Gedanken gekommen wäre, man schade damit »deutschen Interessen«. Der Osten Deutschlands fängt nun einmal nicht gleich am Ostufer der Elbe und auf der anderen Seite des gerade erst wieder geöffneten Brandenburger Tores an, sondern jenseits der Oder und Neiße. Deutschland ist also doch größer als die Bundesrepublik Deutschland, was aber dann nicht gleich im Stile des SED-Chefs Gregor Gysi als »großdeutsch« im Sinne der NS-Vergangenheit ausgelegt werden darf.

Es sollte uns aufhorchen lassen, welche Ortsnamen endlich wieder Gegenwart geworden sind, sogar erlebnisfähige Gegenwart, denn man braucht nur hinzufahren nach Thüringen und Sachsen, nach Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg und Vorpommern. Daß die künstlich geschaffenen 15 Bezirke wieder in den traditionellen Ländern Mitteldeutschlands aufgehen sollen, gehört zu den bereits laut genug artikulierten Forderungen. Auch Chemnitz wird hoffentlich bald den aufgezwungenen Namen »Karl-Marx-Stadt« ablegen und muß dann auch erst wieder neu entdeckt werden.

»Wer kennt sich aus bei uns zuhaus?«, so lautete einmal eine Sendereihe des Fernsehens in Norddeutschland. Viele Fragen tun sich gerade in diesen Tagen neu auf. Die Geographie ganz Deutschlands steht gottlob hoch im Kurs, von Frankfurt am Main bis Frankfurt an der Oder und darüber hinaus und dies sogar im berechtigten deutschen Interesse, das doch wohl immer noch gesamtdeutsch ausgelegt werden darf, auch wenn dies irgendeinem Beckmesser nicht behagen sollte.

(KK)

Zurück an die Wolga?

Gespräch mit Johann Windholz, »Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen — Wiedergeburt«

Dieses Interview wurde am 14. Januar 1990 mit Herrn Johann Windholz, einem Vertreter der »Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen — Wiedergeburt« im Deutschen Volksliedarchiv in Freiburg geführt. Herr Windholz arbeitet an der Musikfachschule der Stadt Karaganda in Kasachstan. Seit 15 Jahren beschäftigt er sich hauptsächlich mit den Volksliedern der Rußlanddeutschen und besuchte im Zuge seiner Sammeltätigkeit sowie als Repräsentant seiner Volksgruppe ab Oktober 1989 für drei Monate die Bundesrepublik Deutschland.



Rußlanddeutsche Bauernfamilie

Sie haben in Bonn auch Gespräche mit Repräsentanten unseres Staates geführt. Welche Eindrücke hatten Sie? Inwieweit findet das Schicksal der Rußlanddeutschen dort Beachtung?

Johann Windholz: Im Oktober veranstaltete der *»Verband für das Deutschtum im Ausland«* (VDA) in Bonn einen Kongreß unter dem Motto *»Den Deutschen in Südost- und Osteuropa eine Zukunft schaffen«*, an dem Delegationen aus Ungarn, Rumänien, Polen und Rußland teilnahmen. Aus der Tschechoslowakei durften damals keine Vertreter anreisen. Wir führten viele Vorträge, Gespräche und Kulturveranstaltungen durch. Zahlreiche Politiker und Institutionen standen mit uns im Gespräch: Regierungssprecher Klein, Außen- und Innenministerium, Konrad-Adenauer- und Friedrich-Ebert-Stiftung und schließlich Bundespräsident Weizsäcker am 10. Oktober.

Nicht nur beim Kontakt mit den Menschen auf der Straße, auch in dem stundenlangen Gespräch mit dem Bundespräsidenten mußten wir leider feststellen, wie dünn und z.T. fehlerhaft die Kenntnisse über die Rußlanddeutschen hier sind. Bemerkungen wie »Ihr seid ja gar keine Deutschen mehr, wir brauchen euch hier nicht!« bekamen wir des öfteren zu hören. Dabei sind wir in mancher Beziehung mehr Deutsche als sie selber. Unsere deutsche Volks- und Bauernkultur lebt noch: Volkslieder, die in Westdeutschland längst nicht mehr gesunden werden, Bauernhochzeiten mit Geige, Hackbrett und Akkordeon als Hochzeitskapelle, die alten Dialekte — all das ist Bestandteil unseres Alltags.

Hier in Deutschland strebte man 40 Jahre danach, die eigenen Traditionen zu meiden, und übernahm amerikanische Kulturelemente. Wem das nicht gefiel, der unterlag dem Revanchismusverdacht. Wir lebten in dieser Zeit inmitten anderer Völker, wurden unterdrückt und versuchten trotzdem, unsere nationale Identität als Deutsche zu erhalten.

Wie empfinden Sie diese Entwicklung in der Bundesrepublik?

J.W.: Die Ursachen liegen in den Folgen des verlorenen Krieges begründet. Man kann es verstehen bzw. konnte es verstehen. Nach über 40 Jahren müßte sich das allerdings wieder verändern. Ich denke, das Nationalbewußtsein kommt jetzt zu den Deutschen zurück. Hierzu tragen insbesondere die Entwicklungen in der DDR, aber auch der Aussiedlerstrom bei. Erste Veränderungen lassen sich beobachten: Die Neigung zu Kulturgruppen, die Volksmusik und Volkstanz betreiben, wird stärker, dazu der Stolz auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die es ihnen ermöglicht, anderen Völkern zu helfen. Die Westdeutschen spüren, wie sehr sie der Osten braucht.

Eines möchte ich auch noch sagen: Aus den sowjetischen Medien hatte ich von den Deutschen in der Bundesrepublik den Eindruck gewonnen, daß sie sehr für sich leben würden und nichts von anderen wissen wollen. Meine Erfahrungen hier sind ganz andere: Ich habe fast nur wunderbare, sehr offene, aktive und hilfsbereite Menschen getroffen.

Welche konkrete Hilfe wurde von der westdeutschen Regierung in Vergangenheit und Gegenwart für die Rußlanddeutschen geleistet bzw. versprochen?

J.W.: In den zurückliegenden Jahren wandten sich ihre offiziellen Stellen an den sowjetischen Außenminister Schewardnadse, wenn sie Fragen zu den Lebensumständen der Rußlanddeutschen hatten. Dessen Ausführungen gelangten als *»Tatsachen«* in die Bundesrepublik. Es waren immer schiefe Vorstellungen, wie man die Verhältnisse sehen mußte und sehen sollte, und nicht, wie sie wirklich waren.

»Hier in Deutschland strebte man 40 Jahre danach, die eigenen Traditionen zu meiden, und übernahm ...

Die Rußlanddeutschen, die mit mir an dem Kongreß des *»Vereins für das Deutschtum im Ausland«* (VDA) teilnahmen, sind einfache Menschen, keine Funktionäre. Sie kommen aus verschiedenen Gebieten — Kasachstan, Sibirien, Ukraine — und wissen, wie die Lage vor Ort wirklich ist. Das war für die Regierung hier sehr wichtig, so daß am Ende der Gespräche schon ganz andere Vorstellungen bestanden als zu deren Beginn. Das Interesse für uns und der Wille zu Zusammenarbeit und Hilfe sind überall groß.

Allgemein herrschte bei den Politikern die Vorstellung vor, daß es durch die Perestrojka in der Sowjetunion und damit auch bei den Rußlanddeutschen in drei bis sieben Jahren besser werden wird. Das ist falsch. Wir mußten ihnen deutlich machen, wie weit die Assimilation inzwischen gegangen ist und daß unser Volk nicht mehr warten kann. Wir brauchen jetzt die Wolgarepublik als Kulturzentrum für alle Sowjetdeutschen.

Sie müssen wissen, daß an der Wolga vor dem Krieg nur 380000 Deutsche lebten, obwohl es insgesamt, ähnlich wie heute, rund 2 Millionen Deutsche in der Sowjetunion gab. In der Wolgarepublik liefen die kulturellen Fäden zusammen: Hier bestanden 5 Hochschulen, 11 Fachschulen, Verlage und Bibliotheken, eine Philharmonie sowie ein staatliches Tanzensemble. Außerdem existierten 16 autonome deutsche Bezirke in der Ukraine, im Nordkaukasus, in Transkaukasien, um Tiflis, Baku und Orenburg und viele deutsche Sowjets, d.h. autonome Dörfer mit deutscher Sprache.

Lenin förderte dieses System, das auch heute noch das beste für die Bürger darstellt. Wir wollen also die Wolgarepublik als Zentrum, daneben 5 oder 6 autonome Bezirke, in denen Deutsche konzentriert wohnen, etwa im Bezirk Altai, in Kasachstan und in Baschkirien.

Höhepunkt stalinistischer Verfolgung: *Deportationserlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941;* ***Teilrehabilitierung für erfolgtes Unrecht:*** *Dekret vom 29. August 1964 über »wahllos erhobene Anschuldigungen« (unten), doch ein Versuch der Wiedergutmachung für erlittene Verfolgung steht noch immer aus.*

Nachrichten

ERLASS

DES PRÄSIDIUMS DES OBERSTEN SOWJETS DER UNION DER SSR

Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen

ERLASS des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

Weiter mußten wir betonen, wie enttäuscht unser Volk ist und daß es keinen Glauben mehr an staatliche Versprechungen hat.

Wie sieht es aktuell mit der Wolgarepublik aus?

J.W.: Ende März vergangenen Jahres wurde die *»Gesellschaft Wiedergeburt«* mit dem Vorsitzenden Heinrich Groth gegründet. Im Juni ist der Regionalverband für Kasachstan in Alma Ata entstanden. Gründungen in vielen Städten und Kreisen folgten. Kulturzentren beschäftigen sich seitdem mit unseren Volksliedern und -tänzen. Über 100000 Rußlanddeutsche sind bislang an den Aktivitäten beteiligt.

Vertreter der *»Wiedergeburt«* sprachen mit Funktionären an der Wolga und in Moskau. Dort entwarf der Oberste Sowjet eine Deklaration, die alle Beschuldigungen der Deutschen aus der Kriegszeit für ungerechtfertigt erklärte, und am 28.11.1989 einen Erlaß über die Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen, in dem jedoch keine eindeutige Aussage zur Wiedererrichtung der Wolgarepublik getroffen ist, geschweige denn ein bestimmter Zeitraum.

An der Wolga protestierten Russen gegen die Wiederherstellungspläne, geführt von örtlichen Parteifunktionären, die um ihre Posten bangen. Losungen wie *»Gegen die Aufteilung unserer Heimat in Fürstentümer«* oder *»Wir an der Wolga brauchen kein drittes Deutschland«* tauchten auf. Man kann seit dem Sommer sogar von einer organisierten Deutschenhetze dort sprechen. So mußte sich eine deutsche Theatergruppe während einer Konzertreise an der Wolga Bekundungen anhören, daß man nicht unter Deutschen leben wolle und von diesen dann *»vergewaltigt würde, die deutsche Sprache zu studieren«*.

Wir haben unsererseits eine Kommission gegründet, die sich um die Planung einer praktischen Durchführung der Wolgarepublik kümmert. Ich denke, man muß jetzt mit den Menschen an Ort und Stelle sprechen. Ein russischer Mensch ist immer friedlich, man kann gut mit ihm zusammenleben. Russen, die die deutsche Zeit an der Wolga erlebt hatten, forderten uns auf, so schnell wie möglich zu kommen, damit sie auch noch etwa Gutes von uns zu sehen bekämen. Nach meiner Überzeugung wird es im Gebiet Saratow materiell und bezüglich kultureller Einrichtungen einen Aufschwung geben, wenn die Deutschen sich dort wiedereingelebt haben.

An die Bundesrepublik appelliere ich, dann bezüglich Hilfeleistungen für das Wolgagebiet die ganze Bevölkerung, also nicht nur die Deutschen, zu berücksichtigen, damit alle sehen, daß die deutsche Besiedlung Vorteile für sämtliche Bewohner der Republik bringt. Jeder Russe und Kasache sollte Interesse und Willen entwickeln, die deutsche Sprache zu lernen und mit uns zusammenzuarbeiten.

... amerikanische Kulturelemente. Wem das nicht gefiel, der unterlag dem Revanchismusverdacht.«

Wie ist allgemein das Verhältnis zu den anderen Völkerschaften?

J.W.: Die Rußlanddeutschen leben sehr zerstreut und kommen in der Regel mit allen Nationalitäten gut aus. Zwar zeigen sich Ressentiments, wenn wir immer noch als *»Faschisten«* beschimpft werden, aber sie sind die Ausnahme. In der Sowjetunion leben 130 Völker, allein in Karaganda sind es 115. Dort wurde ich nie als *»Faschist«* beschimpft.

Erst in der jüngsten Zeit gibt es größere Probleme; z.B. habe ich von Drohungen in Kasachstan gegenüber allen Europäern gehört, ihr Haus zu verlassen, sonst würden sie es angezündet vorfinden. Angefangen hat das mit den türkischen Mescheten in Usbekistan, die ausgesiedelt werden mußten.

Moskau, d.h. die Russen, regierte bis heute das Land. Man betonte zwar immer, wie wichtig die einzelnen nationalen Kulturen seien, aber in der Praxis gingen diese vielfach in der russischen auf, so daß die Russen das meistgehaßte Volk in der Sowjetunion sind. Alle Mißstände der vergangenen 70 Jahre werden ihnen angelastet, obwohl das russische Volk nicht weniger als alle anderen Völker unter der stalinistischen Vergangenheit zu leiden hatte.

Die Suche nach Identität beschäftigt heute alle Völker der Sowjetunion. Das ist eine positive Entwicklung, doch muß man lernen, sie demokratisch und gut in Taten umzusetzen. Ein schlechtes Beispiel ist die Weißenhetze in Usbekistan, die Russen und Deutsche betrifft. Die Usbeken sind ein großes Volk mit wenig Raum und einer hohen Arbeitslosigkeit. Den Russen und Deutschen werfen sie vor, ihnen die Arbeitsplätze wegzunehmen. Die Usbeken wollen Herren ihres Landes sein und die Abhängigkeit, ja Ausbeutung von Moskau beseitigen — wahrscheinlich müssen alle anderen raus.

Alle asiatischen Republiken haben inzwischen ihre eigene Sprache als Staatssprache eingeführt. Die Meinung, das Russische dort vollständig abzuschaffen, ist verbreitet. Es wäre jedoch gut, wenn die russische Sprache für die zwischennationalen Beziehungen weiter gelernt werden würde.

Apropos Sprache: Inwieweit wird die deutsche Sprache von den Rußlanddeutschen noch beherrscht? Wie sieht es heute um ihre nationale Identität aus?

J.W.: Wenn die Wolgarepublik als Kulturzentrum nicht kommt, dann werden wir in absehbarer Zeit voll assimiliert. Die Rußlanddeutschen sprechen ja ihre Dialekte. Seit der Umsiedlung 1941 gibt es keine Dorfgemeinschaften mit einem einheitlichen Dialekt mehr, mit Ausnahme einiger schwäbischer und mennonitischer Siedlungen im Kreis Altai. Das wirkt sich für die Erhaltung der deutschen Sprache negativ aus.

Von denjenigen, die sich ganz als Deutsche fühlen, möchten viele nach Westdeutschland auswandern. Vor allem einfache Bauern wollen bleiben: Sie haben ihren Hof, immer etwas zu essen und machen sich alles selbst, was sie zum Leben brauchen. Der Staat interessiert sie nicht.

Von dem offiziellen Gerede, jedes Volk solle seine Sprache kultivieren können, habe ich bereits gesprochen. Praktisch sind aber z.B. die Methoden des Schulunterrichts der deutschen Sprache und die Ausbildung der Lehrer so schlecht, daß meine Tochter nach 7 Jahren Unterricht in der Schule noch nicht deutsch spricht. Der Deutschunterricht besteht aus 6 Stunden pro Woche. Fängt die Schule um 8 Uhr morgens an, dann beginnt er eine Stunde früher oder nach 6 anderen Stunden. Klar, daß unsere Kinder nicht so gegenüber anderen Kindern benachteiligt werden wollen.

Überall ist nur Russisch zu hören:

auf der Straße, in der Schule, im Radio und Fernsehen. Die Nachbarn sind Kasachen oder Tataren, mit denen man sich nur auf russisch verständigen kann. In letzter Zeit sind zwar weitere deutsche Fernsehsendungen, die es früher nur in Karaganda gab, in Alma Ata, Frunse etc. eingerichtet worden, doch das reicht längst nicht. Wir könnten jetzt alles machen, wenn nicht die praktischen Schwierigkeiten wären: keine Fachleute, d.h. keine Regisseure, keine Korrespondenten usw.

In der Bundesrepublik ist uns hierzu von vielen Seiten konkrete Hilfe zugesagt worden. So sollen unsere Deutschlehrer, Radio- und Fernsehfachleute weitergebildet werden, außerdem ist ein Austausch von Jugend- und Folkloregruppen geplant.

Werden sich denn überhaupt ausreichend Rußlanddeutsche dazu bewegen lassen, in die Wolgarepublik zu gehen?

J.W. Vor zwei Jahren noch habe ich geschätzt, daß von 2 Millionen Deutschen, wenn es gutgeht, 300000 an die Wolga gehen könnten. Die Alten und die ganz Assimilierten gehen nicht. Für die anderen hat sich die Situation inzwischen zugespitzt: Ihnen bleibt nur die Wahl zwischen der Wolgarepublik oder der Ausreise nach Westdeutschland.

In 20 Städten protestierten Deutsche gegen die Verzögerung in Sachen Wolgarepublik. In der Zeit von Chruschtschow oder Breschnew wäre die Wiederherstellung viel einfacher gewesen. Ein entsprechender Befehl aus Moskau hätte gereicht. Jetzt lernen wir Demokratie, und es gibt unklare Formulierungen und große Verzögerungen.

Das Interesse der Bundesrepublik an einer Autonomie der Rußlanddeutschen und an humanitärer und materieller Hilfe in unserer Heimat ist größer geworden durch die Aus- und Übersiedlerwellen und die damit verbundenen sozialen Probleme. Demnächst kommen ja noch 200000 Rumäniendeutsche zu Ihnen. Unsere Anliegen sind in dieser Situation auch für die Bundesregierung äußerst aktuell.

Wie viele unserer Leute wirklich an die Wolga kommen werden, ist Spekulation. Die Situation wandelt sich schnell, insbesondere die Auswirkungen der zwischennationalen Spannungen sind schwer abzusehen. Doch es ist meine Überzeugung, daß die Mehrheit bleiben wird, wenn sich bald Perspektiven eröffnen.



*Rußlanddeutsche demonstrieren auf dem Roten Platz für das Recht auf Ausreise (31.3.1980): »**Laßt uns in die Heimat!**«*

Welche Rolle spielen bei Ihnen Religion und Kirche in dieser Frage?

J.W.: Bei uns gibt es drei konfessionelle Hauptrichtungen: die katholische, evangelische und mennonitische Kirche. Sie funktionieren seit vielen Jahren, obwohl es früher schwerer war als heute. In der Vergangenheit waren die Kirchen die Orte, in denen die deutsche Identität am stärksten gepflegt wurde. Daher sind gerade aus den gutfunktionierenden Gemeinden viele Menschen weggegangen.

Was tut die Landsmannschaft der Rußlanddeutschen für sie?

J.W.: Sie hilft den Aussiedlern aus der Sowjetunion in vielen Bereichen, vor allem in Angelegenheiten der Bürokratie. Diese ist hier ja ebenso aufgebläht wie bei uns. Für Menschen, die die Sprache nicht richtig beherrschen, ist es sehr schwer, sich da zurechtzufinden.

Leider hat die Landsmannschaft fast keine Folkloregruppen, keine Laienspielgruppen und Chöre. Für die wenigen, die es gibt, meine ich, daß sie neben den deutschen Liedern auch die ukrainischen, russischen und kasachischen weiter singen sollten. Es ist nicht gut, wenn Aussiedler, nach lan-



Rußlanddeutsche Familie aus Kazachstan im Grenzdurchgangslager Friedland: *Nur das Recht auf Selbstbestimmung und Autonomie kann den drohenden Exodus der Rußlanddeutschen verhindern.*

gen Mühen endlich in Westdeutschland angekommen, alles Vergangene verächtlich hinter sich lassen.

In der Bundesrepublik habe ich an mehreren Veranstaltungen der Landsmannschaft teilgenommen. Eine Weihnachtsfeier machte einen sehr schlechten Eindruck auf mich: Die Anwesenden waren schon keine Russen mehr und noch keine richtigen Deutschen. Entsprechend war die Feier ein Gemisch aus westdeutschen und russischen Elementen — nichts Gutes von hier und das Schlechteste von dort.

Überhaupt muß ich sagen, daß die Bundesregierung für die Kultur und Erziehung des Volkes sehr wenig gemacht hat; z.B. kann man die musikalisch-ästhetische Erziehung als armselig bezeichnen. Vom System her ist diese in der Sowjetunion sehr gut. Nur die Umsetzung in die Praxis gelingt nicht immer. In der Bundesrepublik macht jedes Land, was es will; von Bonn aus wird so gut wie nichts geleitet.

Zum Thema Kulturarbeit möchte ich hinzufügen, daß es für uns Rußlanddeutsche in der Vergangenheit immer sehr schmerzlich war mitanzusehen, wie etwa große Ausstellungen aus der Bundesrepublik in Moskau und Leningrad, nicht aber in unseren Siedlungsgebieten gezeigt wurden. Alles, was aus Deutschland in die Sowjetunion kommt, sollte ferner auch zu uns gelangen!

Welche Möglichkeiten gibt es für uns, den Rußlanddeutschen auf unterer, inoffizieller Ebene zu helfen?

J.W.: Man muß zusehen, daß wir die Wolgarepublik schon repräsentieren können, obwohl sie noch in den Kinderschuhen steckt. Schließlich sind bereits 50000 Deutsche an die Wolga zurückgezogen. Früher war das Gebiet um Saratow und Engels die Kornkammer der Sowjetunion. Als jetzt zwei deutsche Wirtschaften dort gegründet wurden, hat man 300 rußlanddeutsche Fachleute gesucht: In 10 Tagen kamen 3000 Anträge. Mein Wunsch ist es, selber sofort an die Wolga zu gehen, um Folkloregruppen etc. aufzubauen.

Mit dem Austausch von Jugendgruppen sollte sofort in möglichst großem Umfang begonnen werden. Besuchen Sie uns! Auch die Übernahme von Patenschaften über Dörfer an der Wolga ist für eine spätere Phase eine gute Idee.

»Wenn die Wolgarepublik als Kulturzentrum nicht kommt, dann werden wir in absehbarer Zeit voll assimiliert.«

Sind die Rußlanddeutschen an den aktuellen Ereignissen in Deutschland interessiert oder haben sie ein an der Vergangenheit orientiertes, nostalgisches Deutschlandbild?

J.W.: Die meisten Rußlanddeutschen wußten in der Vergangenheit sehr wenig von Deutschland. Sie kannten nur das sorgsam gepflegte Feindbild der Medien. Heute können wir da einiges geraderücken. Schließlich ist Westdeutschland als Auswanderungsziel in unser Blickfeld geraten.

Zuerst stand die Auswanderung wesentlich unter dem Gesichtspunkt der Familienzusammenführung; danach war das Streben zum Nationalen, also zur deutschen Sprache und Kultur, ausschlaggebend. Heute geht es oft um ein besseres Leben mit Fernsehen und Auto.

Wolgarepublik oder autonomes Nordostpreußen?

Die »Literaturnaja Gazeta« *führte eine Umfrage zum Autonomie-Thema durch, die von 6000 Lesern beantwortet wurde. Von den rußlanddeutschen Lesern bekannten sich 79,8 % für eine Autonomie im Gebiet Königsberg, lediglich 13,6 % für eine solche an der Wolga. Unter den russischen Zuschriften plädierten 61,3 % für Königsberg und 12 % für die Wolga. Sehen sie in der Ansiedlung der Rußlanddeutschen in Nordostpreußen eine mögliche Alternative zur Wolgarepublik?*

J.W.: Das wird in der Sowjetunion diskutiert, aber die *»Gesellschaft Wiedergeburt«* stand bisher mehrheitlich fest zum Wolgagebiet, da die Rußlanddeutschen ein Recht auf dieses Land haben, es als ihr eigenes bezeichnen können. Das gilt für das Königsberger Land nicht.

Persönlich meine ich, daß diese Möglichkeit zu spät ins Gespräch gebracht worden ist. Viele Vorbereitungsarbeiten im Obersten Sowjet laufen bereits auf die Wolgarepublik hinaus. Da haben wir Angst, durch eine stärkere Betonung einer solchen Alternative alles zu gefährden.

(Das Interview führte Martin Schmidt.)

»Exodus« statt »Wiedergeburt«?

Ein Nachtrag zur Situation der Rußlanddeutschen

Seit Anfang des Jahres scheint sich für die Rußlanddeutschen vieles zu überschlagen, es mehren sich die Gerüchte über eine mögliche Ansiedlung in Ostpreußen, und auch die Befürworter einer solchen Lösung nehmen zu, aber der Oberste Sowjet scheint sich zu keiner eindeutigen Entscheidung durchringen zu können. Diese mangelnde Entschlußfreude wird auch im Falle der Sowjetdeutschen — ähnlich den anderen Regionen der UdSSR — zu einer Fehlentwicklung führen. Allerdings in der Weise, daß für die fast zwei Millionen Deutschen nicht Ostpreußen oder eine Wolgarepublik eine Möglichkeit bietet, sondern allein die Aussiedlung in die Bundesrepublik. Schon im vergangenen Jahr sind über 100000 Aussiedler aus Kasachstan und anderen Gebieten der Sowjetunion zu uns gekommen, 1990 muß mit einem Zuwachs um 50 % gerechnet werden. Sollte nicht umgehend eine Lösung gefunden werden, ist der Exodus für die Rußlanddeutschen vorbestimmt. Die »Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen — Wiedergeburt« hat deshalb Moskau ein Ultimatum gestellt und damit gedroht, ihre Zurückhaltung bei der Aussiedlung aufzugeben und diese statt dessen massiv zu fördern. Als Interessenvertretung der Rußlanddeutschen werde sie sich sodann nicht mehr »Wiedergeburt«, sondern »Exodus« nennen. Gleichzeitig appellierte die Gesellschaft an UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, sich für den Schutz der Rechte der Sowjetdeutschen und die Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit einzusetzen. Ist der Traum von einer autonomen Wolgarepublik schon ausgeträumt? *—k—*

Andreas Maislinger:

»Vergangenheitsbewältigung«
Ein internationaler Vergleich



Renzo Vespignani: »Das Bürgertum begegnet dem Schrecken«

Ein Begriff, der für die Aufarbeitung — denn Bewältigung im eigentlichen Sinn gibt es natürlich nicht — der Verbrechen des Nationalsozialismus in die deutsche Sprache eingeführt wurde, wird zunehmend auch für andere Länder und Kulturen verwendet: Vergangenheitsbewältigung. Vergleichbare Begriffe gibt es jedoch in anderen Sprachen nicht. Im Englischen kommt „coming to terms with the past" unserer Bedeutung von „Vergangenheitsbewältigung" noch am nächsten.

Obwohl also in Berichten aus Argentinien (Militärdiktatur), den USA (Konzentrationslager für Amerikaner japanischer Herkunft), der Sowjetunion (Stalinismus), der Zentralafrikanischen Republik (Kaiser Bokassa), Japan (Kriegsverbrechen), Australien (200-Jahr-Feier ohne Beteiligung der Aborigines) und vielen anderen Ländern von „Vergangenheitsbewältigung" gesprochen wird, hat niemand versucht, das Gemeinsame dieser und der vielen anderen Fälle (etwa die Millionen Opfer der „Großen Proletarischen Kulturrevolution" in China oder Pol Pots in Kambodscha) zu untersuchen und den immer wieder verwendeten Begriff zu definieren. Was meinen die Journalisten, wenn sie von „Vergangenheitsbewältigung" schreiben?

Aber auch die Zeitgeschichtsforschung hat sich noch nicht der Mühe unterzogen, eine Definition zu erarbeiten, um Vergleiche anzustellen. Der sogenannte „Historikerstreit" in der Bundesrepublik Deutschland war eher ein Hindernis, weil er sich allein auf

die „Singularitäts-Diskussion" beschränkte und Vergleiche als Entlastungsfunktion zu entlarven versuchte. Tatsächlich benützen revisionistische Historiker immer wieder den Verweis auf Verbrechen der anderen, um den deutschen (und österreichischen) Nationalsozialismus zu entlasten; das Phänomen „Vergangenheitsbewältigung" bekommen wir jedoch nur durch den Vergleich möglichst aller relevanten Fälle des 20. Jahrhunderts in den Griff.

Der Begriff „Vergangenheitsbewältigung" ist dann sinnvoll zu verwenden, wenn vier Kriterien erfüllt sind:

1. Massenmord
2. Beendigung des Mordens
3. Demokratisierung
4. „Wiedergutmachung"

Da diese kurze Skizze eines sehr umfangreichen Forschungsprojektes nur Andeutungen bringen kann, führe ich hier nur jeweils einige Stichworte zu den vier Kriterien an.

Natürlich kann man im Zusammenhang mit jedem vergangenen Verbrechen von „Vergangenheitsbewältigung" sprechen. Wenn dieser ohnehin äußerst problematische Begriff (deshalb schreibe ich ihn auch am liebsten in Anführungszeichen) in der Wissenschaft jedoch trotzdem weiter Verwendung finden soll, ist eine Abgrenzung notwendig.

Der amerikanische Soziologe Irving Louis Horowitz unterscheidet in seinem Buch „Taking Lives — Genocide and State Power" acht Gesellschaftstypen:

1. Genocidal societies
2. Deportation or incarceration societies
3. Torture societies
4. Harassment societies
5. Traditional shame societies
6. Guilt societies
7. Tolerant societies
8. Permissive societies

Eine physische Einwirkung auf Menschen findet in den ersten drei oder vier Gesellschaften statt. Auf diese Genocid-, Deportations- und Folterstaaten sollte sich eine vergleichende Vergangenheitsbewältigungs-Forschung beschränken. Diese Verbrechen sind meist relativ leicht festzustellen. Damit sollen natürlich die psychischen Foltern und Einschüchterungsmethoden des vierten Typs nicht verniedlicht werden, eine für den Vergleich unbedingt notwendige Abgrenzung der restlichen Gesellschaftstypen scheint mir jedoch nicht immer möglich zu sein.

In der Erarbeitung einer empiri-

Massenmord in Deutschland 1945 (rechts); revolutionärer Politicid in Kambodscha unter Pol Pot (unten); Völkermord an den christlichen Armeniern in der Türkei 1915—18 (ganz unten).







schen Theorie der Massenmorde des 20. Jahrhunderts am weitesten fortgeschritten ist die amerikanische Politikwissenschaftlerin Barbara Harff. Sie verwendet in ihrem Aufsatz „Toward Empirical Theory of Genocides and Politicides: Identification and Measurement of Cases since 1945" (International Studies Quarterly 1988, 359—371) folgende sechs Typen, welche sich mit den genannten drei von Horowitz weitestgehend decken:

1. Hegemonial genocides (Hegemonie-Genocid, z.B. Sowjetunion gegen nationale Minderheiten, Volksrepublik China gegen Tibeter)
2. Xenophobic genocides (Xenophobie-Genocid, z.B. Paraguay gegen Indios, Burma gegen Moslems)
3. Retributive politicides (Vergeltungs-Politicid, z.B. Chile gegen Linke und Algerien gegen OAS-Anhänger)
4. Repressive politicides (Repressiv-Politicid, z.B. Sowjetunion gegen ukrainische Nationalisten, Guatemala gegen Indios und Linke)
5. Revolutionary politicides (revolutionärer Politicid, z.B. Volksrepublik China gegen reiche Bauern und Kambodscha unter Pol Pot)
6. Repressive/hegemonial politicides (repressiv-hegemonialer Politicid, z.B. Irak gegen Kurden, Philippinen gegen Moro-Nationalisten)

Barbara Harff führt den Begriff des „politicide" (Politicid) zur Unterscheidung der Fälle ein, in welchen die Opfer auf Grund ihres politischen Standortes oder ihrer Opposition zum Staat definiert werden („in which victims are defined in terms of their political status or opposition to the state"). Bis jetzt wurde diese Unterscheidung in der deutschsprachigen Literatur nicht rezipiert, mir scheint sie jedoch trotz der Schwierigkeit der eindeutigen Abgrenzung von Genocid sinnvoll, weil sie eine weitergehende Differenzierung ermöglicht.

Barbara Harff hat nur Massenmorde nach 1945 untersucht. Bei „Vergangenheitsbewältigung" denken wir jedoch vor allem auch an den Genocid an den Armeniern 1915, der (bewußt herbeigeführten) Hungerkatastrophe in der Ukraine und natürlich vor allem an den Holocaust. Da diese Massenmorde jedoch gut dokumentiert sind, ist es leicht möglich, sie den Kategorien Barbara Harffs zuzuordnen. An dieser Stelle kann das nicht weiter ausgeführt werden, für diese Skizze scheint der Begriff „Massenmord" klar genug definiert zu sein.

Es klingt trivial, wenn im Zusammenhang mit „Vergangenheitsbewältigung" die Beendigung des Mordens betont wird, schließlich soll ja die Vergangenheit und nicht die Gegenwart bewältigt werden. Erst mit der Beseitigung der Militärdiktatur in Argentinien konnte „Vergangenheitsbewältigung" einsetzen. Unter Pinochet in Chile ist dies jedoch genauso wenig möglich wie unter der Herrschaft der mörderischen Kommunistischen Partei in China. Damit verbunden ist das von mir genannte dritte Definitionsmerkmal, Demokratisierung. Ich spreche bewußt nicht von der Forderung nach einer (westlichen) Demokratie, weil bereits sich demokratisierende kommunistische Systeme die Fähigkeit zeigen, eigene Verbrechen einzugestehen und sich bei den Opfern zu entschuldigen. Für diese Behauptung genügt der Verweis auf die Aufarbeitung des sowjetisch-polnihen Verhältnisses, obwohl eine offizielle Entschuldigung Gorbatschows für den Massenmord an den polnischen Offizieren bei Katýn noch aussteht. Ohne auf die vielen anderen Beispiele einzugehen, behaupte ich, daß sich der direkte Zusammenhang zwischen Bereitschaft zur „Vergangenheitsbewältigung" und Demokratisierung des Systems fast täglich bestätigt. So weit zu den Voraussetzungen.

„Vergangenheitsbewältigung" im eigentlichen Sinn bedeutet jedoch „Wiedergutmachung", erneut ein Begriff der nur unter Anführungszeichen verwendet werden sollte, weil sich natürlich nichts im wörtlichen Sinn „wieder gut machen" läßt. Aber da auch dieser Begriff gängig ist, möchte ich ihn nicht durch einen neuen ersetzen und bei aller Problematik beibehalten.

„Wiedergutmachung" wird vor allem durch folgende Maßnahmen versucht:

1. Aburteilung der Verantwortlichen durch Gerichte
2. Finanzielle Entschädigung der Opfer oder Hinterbliebenen
3. „Trauerarbeit" durch Schule, Medien u.a.

Anhand dieser drei wichtigsten Ebenen der „Wiedergutmachung" lassen sich wiederum Vergleiche anstellen. So ist man sich im wesentlichen einig, daß etwa die DDR bei der Aburteilung der NS-Verbrecher konsequenter als die BRD war, jedoch keine finanziellen Leistungen gegenüber Israel erbringen wollte und auch „Trauerarbeit" bis jetzt nicht kennt. Oder die aktuelle Diskussion in der Sowjetunion: Von einer möglichen Verfolgung der noch lebenden Täter wird kaum gesprochen, hingegen steht die „Trauerarbeit", das Erinnern im Vordergrund. Nicht zufällig nennen sich die überall in der Sowjetunion entstandenen Gruppen „Memorial".

Zu den drei Ebenen muß eine zwischenstaatliche hinzugefügt werden. Wenn die Verbrechen einem anderen Volk zugefügt worden sind, ist vor allem das Verhalten der Staaten zu vergleichen. Welche Rolle spielt der Holocaust in den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreichs zu Israel? Der Vergleich läßt Rückschlüsse auf die verschiedene Verantwortungsbereitschaft dieser drei „Nachfolgestaaten" des Dritten Reiches zu. Oder eine andere Ebene, die der Symbole: Willy Brandt hat sich während seines Staatsbesuches in Polen vor dem Ghetto-Denkmal in Warschau niedergekniet. Welches Zeichen wird Gorbatschow als Entschuldigung für die ermordeten polnischen Offiziere setzen? Und wie wird sich der neue japanische Kaiser bei seinem Staatsbesuch in der Volksrepublik China verhalten? Bis jetzt hat er sich ja eher geziert und keine klare Entschuldigung für die von seinem Vater zu verantwortenden Verbrechen am chinesischen Volk hervorgebracht.

In Europa waren ganz sicher die westlichen Demokratien eher bereit und fähig, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten. Obwohl es viele Defizite gibt (Frankreich hatte Probleme mit dem Fall Barbie, Norwegen hat die Kinder deutscher Soldaten wie Aussätzige behandelt u.a.m.) und besonders die Türkei überhaupt keine Bereitschaft zeigt, den Völkermord an den Armeniern zuzugeben, hinken die Staaten mit Systemen sowjetischen Typs eindeutig hinterher. Die DDR will erst jetzt „Wiedergutmachungs"-Zahlungen an jüdische Organisationen leisten und sieht noch immer keine Veranlassung, die Vorurteile gegenüber den Polen (und anderen slawischen Völkern) aufzuarbeiten. Ralph Giordano nennt das „verordneten Antifaschismus". Dazu paßt auch, daß sich die DDR auf der Seite der Sieger sieht, weil sie das System der Sowjetunion übernommen hat. In der Sowjetunion meldet sich dagegen zunehmend Widerspruch.

Andreas Maislinger

geboren 1955 in St. Georgen bei Salzburg, Studium der Rechtswissenschaften, Germanistik, Philosophie, Osteuropäische Geschichte und Politikwissenschaft in Salzburg, Wien, Frankfurt a.M., Berlin und Innsbruck; Promotion zum Dr. phil. an der Universität Salzburg mit einer Dissertation über »Probleme der österreichischen Verteidigungspolitik« (1980); Freiwilliger im Polenreferat der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste in Berlin-West und der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau; Zivildienst beim Internationalen Versöhnungsbund; Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck; Visiting Assistant Professor, University of New Orleans; Forschungsaufenthalte in Ost-Berlin und Jerusalem.

Veröffentlichungen u.a.

Beiträge über Fremdarbeiter, Kriegsgefangene und die Zeugen Jehovas in: »Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934—1945«, 2 Bde. (Wien 1984).
»Friedensbewegung in einem neutralen Land. Zur neuen Friedensbewegung in Österreich«, in: R. Steinweg (Hg.), »Neue Internationale Informationsordnung« (Frankfurt a.M. 1984).
»Sicherheitspolitik in Österreich« (zusammen mit J. Kuhn), in: wiener blätter zur friedensforschung 40/41 (1984).
»,Zurück zur Normalität'. Zur Entnazifizierung in Tirol, in: S. Meissl / K.-D. Mulley / O. Rathkolb (Hg.), »Verdrängte Schuld — verfehlte Sühne« (Oldenbourg-Wien 1986).
»Keine gebrochenen Frauen«, Videofilm zusammen mit Andreas Riedler (1986).
(Hg.), »Costa Rica« (Innsbruck 1986).
»,Gewachsener Volksglaube'. Antisemitismus und die Tiroler Politiker, in: G. Pallaver (Hg.), Die Geschichte der Juden in Tirol (Stürzflüge-Sonderheft).
»Anti-Bundesheer-Volksbegehren«, in: Anton Pelinka (Hg.), »Populismus in Österreich« (Wien 1987).
»Ergänzung einer Ortschronik. ,Arbeitserziehungslager' und ,Zigeunersammellager' Weyer«, in: Österreich in Geschichte und Literatur mit Geographie, Mai-Juni/Juli-August (1988).
»'Die Verletzung wirkte sofort tödlich'. Dokumentation über die November-Pogromnacht 1938 in Innsbruck«, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, Heft 107 (1987).
»Antisemitismus ohne Juden. Das Beispiel Tirol« (zusammen mit G. Pallaver), in: W. Plat (Hg.), »Voll Leben und voll Tod ist diese Erde. Bilder aus der Geschichte der jüdischen Österreicher« (Wien 1988).
»Vinzenz Schaller«, Videofilm zusammen mit Klaus Pertl (Wien 1988).
»Zeugen eines Putsches. Lambrechtshausen im Juli 1934« (Salzburg 1990).

Diese nur beispielhaft erwähnten Handlungen sind dokumentierbar und deshalb auch einem direkten Vergleich zugänglich. Schwieriger wird es bei der Untersuchung des kulturellen und religiösen Hintergrundes. Welche Kultur und welche Religion mißt dem Erinnern und der Aufarbeitung von Leid und Verbrechen die größte Bedeutung zu? Es erstaunt, daß diese wichtige Frage nie vergleichend untersucht worden ist. Wieder nur ein Eindruck: Im Judentum spielt das Erinnern eine, wenn nicht die entscheidende Rolle. Sogar bei nichtreligiösen Juden ist immer wieder die Rechtfertigung zu hören, daß an das Sterben des jüdischen Volkes erinnert werden muß. Dies ist — nicht zuletzt durch das Wirken Elie Wiesels und Simon Wiesenthals — weitgehend bekannt. Einer breiten Öffentlichkeit weniger bekannt ist jedoch, daß es immer wieder Intellektuelle jüdischer Herkunft sind, welche als erste an andere Massenmorde erinnern. Ralph Giordano hat die Stellung der ersten Fernsehdokumentation über den Genozid an den Armeniern ebenso mit seiner besonderen Verantwortung als Jude begründet, wie die Regisseurin Jeanine Meerapfel ihren Film über die Mütter der Plaza de Mayo. In meinem Archiv habe ich eine Fülle weiterer Belege für diese Feststellung gesammelt.

Am unteren Ende der Sensibilitätsskala der Religionen scheint der Shintoismus zu stehen. Nicht Trauer über die japanischen Verbrechen des Zweiten Weltkrieges steht im Mittelpunkt der Shintozeremonien, sondern eine Verehrung der Täter. Bei der Berichterstattung über die Begräbnisfeierlichkeiten des Tenno wurde diese Einstellung weltweit bekannt. Ins Bild paßt auch, daß die einzige kritische Stimme von einem japanischen Christen kam: Der Bürgermeister der Stadt Nagasaki, Hitoshi Motoshima, hat in einem „Spiegel"-Interview als Grund seine Herkunft aus einer Familie „heimlicher Christen" genannt. Auf die Frage, warum Japan nicht bereit ist, seiner Vergangenheit ins Auge zu sehen, antwortet Motoshima: „Dieses Land hat in sehr kurzer Zeit sehr viel von außen gelernt und sehr viel Technologie importiert, doch es waren fast ausschließlich materialistische Werte. Vom Seelischen und Geistigen der westlichen Kultur haben wir kaum etwas übernommen." Obwohl ich dem Bürgermeister von Nagasaki zustimme und mich als Teil der jüdisch-christlichen Kultur verstehe, welche das Erinnern zu einer Notwendigkeit erklärt hat, hat mich der niederländische Journalist Mark Blaisse mit folgender Beschreibung der ganz anderen Einstellung der Kambodschaner nachdenklich gemacht: „Kambodscha ist auch ein Land, wo die Menschen vergeben und vergessen. Niemand scheint sich besonders daran zu stoßen, daß Präsident Heng Samrin und Premierminister Hun Sen Maoisten und aktive Mitläufer von Pol Pot waren, bis sie 1977 erkannten, daß sie auf der schwarzen Liste der Roten Khmer standen, und nach Vietnam flüchteten. Kambodscha wäre auch gar nicht in der Lage gewesen, seinen Wiederaufbau zu beginnen, wenn jeder mit einem ,schuldigen Gewissen' von dem Prozeß ausgeschlossen worden wäre. Die Sihanuks ermordeten die Kommunisten, die Anhänger Son Sanns und Lon Nols taten dasselbe mit jedem, der linker Sympathie verdächtigt wurde, und dann kamen die Roten Khmer, von denen kein einziger eine weiße Weste hat. Vergeben ist die einzige Lösung: das ist das Argument, das hinter der allgemeinen Versöhnungskampagne steckt. In den letzten Monaten sind Tausende von ehemaligen ,Henkern' in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie müssen lediglich bekennen und drei Tage in einem Umerziehungslager verbringen, dann werden sie öffentlich rehabilitiert. Ein Land, dem man die Köpfe genommen hat, kann es sich nicht leisten, ohne seine Hände und Füße auszukommen!" („Die Weltwoche" Nr. 28 vom 14. Juli 1988)

Dieses lange Zitat habe ich nicht gebracht, um damit unsere Befürworter des „Jetzt muß endlich Schluß sein!" zu unterstützen, vielmehr will ich die Frage nach völlig anders angelegten Formen der „Vergangenheitsbewältigung" in außereuropäischen Kulturen stellen. Ein vergleichendes Forschungsprojekt darf nicht ausschließlich eurozentrisch argumentieren. Dies fällt (mir) in diesem Fall besonders schwer, weil für uns nur ein Nichtvergessen eine Wiederholung verhindern kann.

Dieser internationale und interkulturelle Vergleich ist nur von einer größeren Gruppe von Wissenschaftlern der verschiedensten Fachrichtungen zu bewältigen. Wer sich für eine Mitarbeit interessiert, weitere Informationen haben möchte oder Hinweise geben kann, wende sich bitte an

Dr. Andreas Maislinger
Institut für Politikwissenschaft
A-6020 Innsbruck, Innrain 100
Telefon 0512 / 507 2712

Alfred Ardelt

Status quo Metternichscher Prägung oder Freiheit im Nationalstaat?

Peter Glotz hat ein Buch veröffentlicht — eine Streitschrift, wie er es nennt —, in dem er sich mit der deutschen Rechten auseinandersetzt. Es geht ihm nicht nur um Franz Schönhuber, den er für gefährlich hält, und um die Republikaner, in der Hauptsache dann aber doch. Diese *»rechtspopulistische«* Bewegung kann nämlich nicht mehr, *»wie wir rechtsextremistische Bewegungen nach 1945 öfters behandelt haben (und wohl auch behandeln mußten) — verboten oder totgeschwiegen werden«*, weil sie Themen aufgreift, die von den großen Volksparteien entweder produziert

Peter Glotz
Die deutsche Rechte
Eine Streitschrift
DVA

oder zugelassen worden sind. Dennoch, die Wähler reagieren falsch, *»das muß man ihnen vorführen«*.
Die bisher gezähmte Rechte beginnt sich aus den Fesseln zu lösen, ein neuer Nationalismus zeichnet sich ab. Dagegen gelte es anzugehen.
Offengebliebene Fragen, so im Vorwort, sollen in einem Essay unter dem Arbeitstitel *»Die Zerstörung Europas durch den Nationalismus«*, der in diesem Jahr erscheinen soll, behandelt werden. Angesichts der Entwicklung seit dem Erscheinen des hier behandelten Buches darf man gespannt darauf sein, was Peter Glotz zu sagen haben wird. Viele *»Befürchtungen«* sind eingetreten, andere bahnen sich an.
Wir haben es mit einer Veröffentlichung zu tun, die gelesen werden sollte, vor allem von den *»Rechten«*. Hier hat einer seine linken Positionen und ideologischen Vorstellungen verständlich ausgebreitet. Das unterscheidet dieses Buch wohltuend von den in soziologischer und politologischer Manie geschriebenen dickleibigen Werken und kleinen Traktätchen, die in großer Zahl zu diesem Thema vorhanden sind und immer wieder produziert werden. Zudem hat er für diejenigen, die nicht so ohne weiteres mit Fremdwörtern umzugehen wissen, ein Verzeichnis hinzugefügt.
Wir finden hier die Vorstellungswelt der Linksliberalen, die in weiten Bereichen der Medien und der Politik meinungsbildend wirken, in voller Offenheit ausgebreitet. Sie kann auf so engem Raum nicht besser wiedergegeben werden.
»Während die Linke von einer rationalistisch-deduktiven Denkweise ausgeht, beruft sich die Rechte auf das Leben; wenn die Linke von Menschenrechten redet und auf deren Grundlage eine Richtigkeitsordnung des Staates entwickelt, beschwört die Rechte die Institutionen, die notwendig seien, um dem Menschen Halt zu geben. Wenn die Linke auf universalistische Normen setzt und auf Verfassungen vertraut, spricht die Rechte von raumgebundenen Territorialprinzipien und entwickelt die Idee der Nation; wenn die Linke von der Kosmopolis träumt, vertraut die Rechte auf die Polis«. (Seite 17)
Er warnt die Linke vor der bei ihr üblichen Vereinfachung, undifferenziert vom Faschismus zu reden. Auf Schönhuber treffe das z.B. nicht zu, bei ihm haben wir es nicht mit einem Nationalsozialisten oder Rechtsradikalen zu tun, *»Rechtspopulist«* sei er.
Ein neuer Nationalismus könne durch ihn befördert werden. Die Alte Rechte wird als harmlos bezeichnet. Gerhard Frey und Martin Mußgnug hätten es nicht verstanden, an die Menschen heranzukommen. Parteizugehörigkeit spielt bei der Zumessung von Sympathie keine Rolle. Heiner Geißler und Richard von Weizsäcker, obgleich dieser zu den Konservativen gezählt wird, finden ungeteilt Zustimmung. Anders sieht es bei der Beurteilung von Karl Carstens oder Alfred Dregger aus.
Und so wird als die große politische Gefahr für Deutschland der rechte Flügel der CDU bezeichnet. Konrad Adenauer und Franz-Josef Strauß wird das Verdienst zugemessen, die *»Rechte viele Jahrzehnte eingeklammert, von der Macht ferngehalten, unschädlich gemacht«* zu haben, das sollte die Linke nie vergessen. Die Rechte habe kooperationsfähige Fraktionen und Figuren. *»Die wirkungsvollste Figur der letzten beiden Jahrzehnte ist Richard von Weizäcker«*.
Wird das so bleiben, fragt Glotz weiter, denn daß *»die Union als Ganzes in der Lage sein könnte, an die Stelle der Idee des Nationalstaates (und der völkisch verstandenen »nationalen Identität«) die Vision eines demokratisch verfaßten, förderalistischen, multinationalen Europa (mit radikal ausgeformten Volksgruppen und Minderheitenrechten) zu setzen, ist mehr als unwahrscheinlich. Die geistigen Strömungen der deutschen Rechten, vom alten Adenauer und dem jungen Strauß zu einem vagen Kompromiß zusammengezwungen, streben auseinander.«*
Es gibt eben inzwischen ausgeformte und begründete Theorien auf der rechten Seite, und es gibt die Republikaner, die diese Theorien aufgreifen und mit Hilfe des rechten Flügels in der CDU in der die Öffentlichkeit zum Durchbruch bringen könnten. Es gibt auch auf der linken Seite Kräfte, die die Frage nach der Nation stellen. *»Ethnische, völkische Identität statt einer kosmopolitischen Weltzivilisation, vitalisierende Kämpfe statt lähmender Sicherheit«* (Seite 39), das deutet sich an und kann dahin führen, daß die realpolitischen Konsequenzen dieser Philosophie die sich gerade weiterentwickelnde Formenwelt der westeuropäischen Demokratien zertrümmern könnten.
Nirgends wird das deutlicher als in den osteuropäischen Ländern, in denen *»der Deckel des kommunistischen Parteimonopolismus von den Töpfen der Gesellschaft genommen wird. Neben der demokratischen Opposition kochen auch alte Kräfte auf: nationalistische, autoritäre, sogar antisemitische. Auch vierzig Jahre der Repression haben nicht genügt, solche Ideen zum Verschwinden zu bringen.«* (Seite

39) Glotz weiter, *»da habe ich neuerdings das unangenehme Gefühl, daß Europa sich wieder in seiner dunklen und gewaltsamen Geschichte verstrickt. Ich Idiot habe geglaubt, daß alles ganz klar sei: Wir schaffen ein Europa von mehreren »Vielvölkerstaaten«, die in den entscheidenden ökonomischen und internationalen Fragen supranational regiert werden, im übrigen aber förderalistisch sind. Also: unterschiedliche Völker leben auf demselben Staatsgebiet zusammen und haben radikal ausgebaute Minderheiten- und Volksgruppenrechte. Keine Kriege mehr, keine Vertreibung, keine Zwangsassimilation, keine Lager mit Gasöfen. Und die Deutschen, die den Nationalismus am schlimmsten übertrieben haben, gehen voran.«* (Seite 153)

Wer sich um die Bewußtseinslage in der Bundesrepublik bemüht, sollte Peter Glotz zur Kenntnis nehmen, er erleichtert auch die Bestimmung des eigenen Standortes.

Glotz ist sicher kein ganz radikaler Multikultureller, aber er will die Deutschen dazu bringen, einem neuen Prinzip zum Durchbruch zu verhelfen. *»Irgendwie muß ich mir eingebildet haben, die Deutschen hätten das verfluchte nationale Prinzip sozusagen stellvertretend zu Ende gelebt. Inzwischen beginne ich zu fürchten, daß ich einer generationsspezifischen* Hallizunation *aufgesessen bin.«* (Seite 153)

Glotz resigniert nicht, er ruft zum Kampf. *»Bei Ideen hilft nicht verbieten, sondern widerlegen.«* (Seite 39) Es beruhigt ihn ein wenig, daß die Wirtschaft diesmal auf seiner Seite steht. Mit dem Widerlegen hat er aber Schwierigkeiten, so wie das allen Ideologen geht. Er kann nur seine dogmatischen Behauptungen entgegensetzen. Das habt ihr zu glauben. Wie könnt ihr euch unterstehen, die bisher gültigen Glaubenssätze anzuzweifeln. Er schreibt z.B. Schönhuber vor, was er zum Warschauer Aufstand 1944 hätte sagen müssen. *»Das Schlimmste daran ist, daß Schönhuber mit dieser Moral immer noch tief in einem Teil unseres Volkes verwurzelt ist.«* (Seite 73)

Und dann das bei der linken Intelligenzija wiederkehrende Argument, die anderen könnten nur Mißstände deutlich machen, Lösungen hätten sie nicht. Zumeist bieten sie schon auch Lösungen an. Das gerade macht den Ärger aus. Allerdings, die Lösungsvorschläge sind pragmatisch, sie sind mit der vorherrschenden Ideologie nicht zu vereinbaren, deshalb sind sie abzulehnen.

Wenn zu bewerten ist, dann doch dieses, die Deutschen gehen bei der Abschaffung des Nationalstaates voran, die anderen Europäer folgen. Geht von da nicht eine Gefahr für die Völker aus, wenn schon von »Gefahr« die Rede ist. Die Völker in Ost- und Mitteleuropa sind gerade dabei, zu-sichselbst zu kommen, Glotz möchte das offensichtlich nicht so gern. Bei der Beschäftigung mit der *»Neuen Rechten«* — was das ist, sagt er nicht — geht er im wesentlichen nur auf Henning Eichberg, Hans-Dietrich Sander und Robert Hepp ein. *»Für den Diskurs eines neuen Nationalismus steht nämlich durchaus ein Fundus von Ideen bereit.«* Allerdings, mit diesen Ideen beschäftigt er sich nur wenig, ganz oberflächlich. Dieser Teil ist unbefriedigend, für eine Streitschrift zu wenig.

Was aber auffällt. In vielen Ansichten trifft sich Peter Glotz mit Vorstellungen die einstmals im »Rheinischen Merkur« und im »Neuen Abendland« vertreten wurden. Das war doch wohl in den fünfziger Jahren die äußerste Rechte. Nur, deren Begründungen gingen tiefer. Bei Glotz finden wir eben nur seichte Dogmatik. Aber Paul Wilhelm Wenger würde sich schon freuen. Es ist das gleiche Mißtrauen gegen die Völker, das deutlich wird, dieselbe Wut gegen die Selbstbestimmung der Völker. Demokratie ohne das Volk also? Metternich läßt grüßen.

Es sieht so aus, als hätten wir heute den Vormärz schon hinter uns. *»Ich fürchte, daß sich im nächsten Jahrzehnt zeigen wird, daß ein paar Ideen, die wir längst für tot hielten, noch ziemlich lebendig sind.«* (Seite 136) So ist es wohl. Gorbatschow hat den Deckel gehoben, er mußte ihn wohl heben, um im Bild zu bleiben, und diese ganze zusammenkonstruierte Ideologie vom internationalen Kommunismus zerplatzte. Auch von anderen Töpfen wird sich der Deckel noch heben, so gesehen ist Peter Glotz ein nach rückwärts Gewandter, neue Ideen brechen sich Bahn. Die nach 1945 gesetzte Glaubenslehre wird zerbröseln. Die voll manipulierbare multikulturelle Gesellschaft sollte das wohl verhindern. Im Fragebogen des FAZ-Magazines vom 19. Januar 1990 antwortet Peter Goltz auf die Frage nach dem größten Unglück: Ein neuer Aufbruch des Nationalismus in Europa, und auf die Lieblingsgestalt in der Geschichte nennt er den tschechischen Kommunisten Bohumir Šmeral, der 1918 gegen sein ganzes Volk für die Erhaltung des österreich-ungarischen Vielvölkerstaates kämpfte.

Interessant. Peter Glotz hat ein klares Feindbild: alle nationalen Regungen. Denkt er doch gelegentlich an Carl Schmitt. Welch eine Sünde wider den


Glotz im Streit mit Schönhuber
Wohin treibt unser Land?
Glotz im Streit mit Schönhuber (II)
...treibt unser Land?

Gegner im Streit: *Sozialdemokratischer Vordenker kontra rechtspopulistischen Plebejer (»Die Welt«, 31.7. und 2.8.1989).*

Geist der Umerziehung wäre das!
Die Zeit reift heran, in der jeder sich wird entscheiden müssen, das ist das eigentlich Politische: Nation oder Weltbürgerlichkeit, Volk oder multikulturelle Gesellschaft.
Die Demokratie bedarf des Volkes. Es muß auch wieder wählen können. Es ist ja wirklich zu fragen, um mit Ernst Jünger zu sprechen: »*Warum soll man denn wählen in einer Lage, in der es keine Wahl mehr gibt? Die Antwort lautet, daß unsere Wähler durch den Wahlzettel Gelegenheit geboten wird, sich an einem beifallspendenden Akt zu beteiligen.*« (Ernst Jünger: Der Waldgang, S. 10)
Nicht nur Beifall spenden für ein Parteietablishment, das sich weitgehend vom Volk und seinem Wollen und Fühlen gelöst hat, sondern sich entscheiden, das heißt, wählen dürfen zwischen dem, was geworden und gewachsen ist und in die Zukunft gestaltend wirken soll oder den erdachten Vorstellungen einer Weltzivilisation, in der es Freiheit nicht mehr geben wird, nur noch einen genormten Einheitsmenschen. Status quo Metternich'scher Prägung oder Freiheit im Nationalstaat, das ist die Frage. Sie wird möglicherweise noch in diesem Jahr beantwortet werden. Warten wir ab, was Peter Glotz noch zu sagen haben wird.

Peter Glotz: Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift, Stuttgart 1989, Deutsche Verlags-Anstalt, 176 Seiten.

Die Rußlanddeutschen zwischen Duldung und Verfolgung — Ein Buch zum Thema —

Schon unter der Schreckensherrschaft Zar Iwans siedelten sich Deutsche vor den Stadttoren Moskaus an, errichteten Kirchen und waren als Händler, Handwerker oder Staatsdiener tätig. Die Neugründung einer Hauptstadt unter Zar Peter im Jahre 1703 ermöglichte eine weitere städtische Ansiedlung deutscher Einwanderer. Bäuliche Siedlungen entstanden, angeworben durch Katharina II. und Alexander I., im Kaukasus, an der Wolga und am Schwarzen Meer. Die Auswanderer erhofften sich in ihrer neuen Heimat Religions- Steuer- und Militärdienstbefreiung. So siedelten die Mennoniten 1789 von Danzig nach Saporoshje. Handwerker und Bauern wurden bevorzugt für den Aufbau und die Kultivierung des Landes angeworben. Die noch von Katharina II. zugestandene Selbstverwaltung wurde zunehmend ausgehölt und 1871 schließlich aufgehoben. Die bereits vorher einsetzende schleichende Russifizierung mündete in eine deutschenfeindliche Einstellung seitens der Herrscher. Panslavisten empfanden die kulturellen Eigenarten der Deutschen als Störfaktor in ihrem Staat. Es kam zu Auswanderungen nach Amerika und einer Siedlungsbewegung nach Sibirien. Mit Beginn unseres Jahrhunderts kam es zu Plünderungen, Überfällen und Pogromen, wie wir sie von der Judenverfolgung aus diesem Land her kennen. 1915 — also noch vor der bolschewistischen Revolution — wurden über 100000 Deutsche aus Wolhynien nach Sibirien verschleppt. Eine zeitweise Entspannung der Situation herrschte zwischen der Februar- und Oktoberrevolution 1917. In der Zeit der Existenz der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen 1924—1941 hatten die Deutschen zwar eine eigene Verwaltung und ihre Muttersprache als Amtssprache, aber die Kollektivierung zerstörte die Lebensgrundlagen der Menschen; es kam zu Hungersnöten, Verschleppungen,



Kirchenschändungen, Verhaftungen, Zwangsarbeit, und nach Kriegsbeginn am 22. Juli 1941 erfolgte schließlich die Zwangsumsiedlung und Auflösung der angestammten Siedlungsgebiete. Die tragischen Jahre für den Bestand deutscher Kultur in Rußland beginnen nicht mit dem chauvinistischen Panslavismus, sondern erst mit dem systematischen Ausrottungswillen des Stalinismus. Heute, wo der Wunsch nach Wiedergutmachung der erlittenen Qualen sich in Form der Forderung nach einer autonomen deutschen Republik ausdrückt, ist es besonders wichtig, sich der Austreibung und Verfolgung der Rußlanddeutschen durch den Stalinismus zu erinnern. Dieses Buch ist in dieser Hinsicht eine ausgezeichnete Erinnerungshilfe.

Benjamin Pinkus / Ingeborg Fleischhauer: Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert, bearbeitet u. hg. v. K.-H. Ruffmann, 599 S., Baden-Baden: Nomos, 1987.

Weitere Literaturempfehlungen:

- *Manfred Helmmann / Alfred Eisfeld: Tausend Jahre Nachbarschaft. Rußland und die Deutschen, München 1988.*
- *Sven Steenberg: Die Rußland-Deutschen, München: Verlag Langen Müller, 1989*
- *Andreas Kappeler / Boris Meissner / Gerhard Simon: Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat, Köln 1987.*
- *Alfred Eisfeld: Die Deutschen in Rußland und in der Sowjetunion, Wien 1986.*

Ein Abo kommt überall hin!



Bestellschein:

wir selbst

Hiermit bestelle ich WIR SELBST. WIR SELBST erscheint sechsmal im Jahr. Ein Jahresabonnement kostet DM 33,— (6 Hefte á 5,— + DM 3,— Portokosten). Schüler (mit Bescheinigung der Schule) erhalten sechs Nummern für DM 20,—.

Sollte ich WIR SELBST nicht mehr lesen wollen, kann ich drei Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres kündigen.

Name ....

Vorname ....

Straße/Nr. ....

PLZ/Wohnort ....

Datum/Unterschrift ....

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Vereinbarung innerhalb einer Woche (Poststempel entscheidet) schriftlich widerrufen kann. Die Abobestellung ist nur gültig, wenn Sie diese Vertrauensgarantie ebenfalls unterschrieben haben.

....

Datum/Unterschrift

Gewünschte Zahlungsweise für WIR SELBST (bitte ankreuzen)

☐ bequem und bargeldlos durch Bankeinzug:
Bankleitzahl ....
Kontonummer ....
Geldinstitut ....

☐ gegen Rechnung

☐ liegt als Scheck bei.



....

Datum/Unterschrift

Henning Eichberg
Abkoppelung
Nachdenken über die neue deutsche Frage



Verlag Siegfried Bublies

Henning Eichberg
Abkoppelung
Nachdenken über die neue deutsche Frage

Mit diesem Band setzt Eichberg die Diskussion um die ungelöste nationale Frage der Deutschen fort, die er 1978 mit dem Band »Nationale Identität« mit angeregt hatte. Seine Thesen sind provozierend und wenden sich gegen so manches rechte Mißverständnis. Er setzt nationale Identität gegen das machtstaatliche Interesse, das Volkliche definiert er als demokratisch und emanzipatorisch. Zugleich sind seine kulturrelativistischen Überlegungen ein engagiertes Plädoyer für die Nichtanerkennung der Teilung Deutschlands.

218 Seiten, Pb. **DM 24,—**

Andreas Zimmer
Friedensverträge im Völkerrecht



Verlag Siegfried Bublies

Andreas Zimmer
Friedensverträge im Völkerrecht

Die sich vollziehende Neuvereinigung der beiden deutschen Staaten rückt die noch immer ausstehende friedensvertragliche Regelung zwischen Deutschland und den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ins politische Blickfeld. Zimmer untersucht 70 Friedensverträge und systematisiert deren typische Inhalte. Obwohl als Dissertation verfaßt, gibt diese Arbeit auch dem juristisch Ungeschulten eine wertvolle völkerrechtliche Verständnishilfe für die bevorstehenden friedensvertraglichen Verhandlungen an die Hand.

128 S., Pb. **DM 19,80**

Paulus Buscher
Das Stigma



„Edelweiß-Pirat"
Verlag Siegfried Bublies

Paulus Buscher
Das Stigma
Edelweiß-Pirat

Paulus Buscher, Jahrgang 1928, Sohn eines SS-Mannes, wurde 1936 in eine illegale dj.1.11-Horte gekeilt, wofür er mit Schulrelegation und Lagerhaft zu büßen hatte. Er nahm am Kampf der (echten) Edelweiß-Piraten gegen den Hitler-Staat teil und seziert als Zeitzeuge, warum »linke« Historiker den antinationalsozialistischen Widerstand der Bündischen Jugend entweder leugnen oder kriminalisieren.
Ein autobiografisches Stück Heimatkunde in großartigen Sprachbildern.

448 S., davon 32 S. Bilddokumente, Pb. **DM 39,70**



Sieghard Pohl
»extra muros«
Kurzprosa, Grafik, Malerei, Objekte

Der durch zahlreiche Einzelausstellungen und Ausstellungsbeteiligungen im In- und Ausland bekannte Maler Sieghard Pohl veröffentlicht in diesem Buch erstmals Kostproben seiner Kurzprosa. In einer phantastisch-skurrilen Erzählweise verarbeitet Pohl Erfahrungen seines Lebens in der DDR. Die geschilderten alltäglichen Absurditäten gewinnen dort, wo sie den Widersinn staatlicher Macht karikieren, eine über die DDR-Erfahrungen hinausweisende Bedeutung. Ein ästhetisches Erlebnis.

158 S., Pb. **DM 28,—**

Matthias Ott
Deutschland — ein Ausreisemärchen



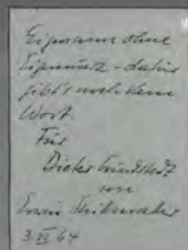
Die dokumentarische Geschichte einer Übersiedlung aus der DDR
Verlag Siegfried Bublies

Matthias Ott
Deutschland — ein Ausreisemärchen

»Deutschland — ein Ausreisemärchen« behandelt in dokumentarischer Form eine persönliche Ausreise-Geschichte vom Entschluß, der DDR den Rücken zu kehren, über einen schier ausweglosen Kampf mit den Behörden, den Entzug des Personalausweises bis zur Übersiedlung in die Bundesrepublik. Dieser Ausreise-Bericht ist gleichzeitig ein zeitgeschichtliches Dokument. Er nimmt Bezug auf einige für das Verständnis mancher Entwicklungen wichtige Ereignisse in den innerdeutschen Beziehungen der Jahre 1983 bis Anfang 1985.

180 S., Pb. **DM 16,80**

Hans Dietrich Lindstedt
Jeder zweite Herzschlag



Erinnerungen an mitteldeutsche Autoren, Poeten und Bonzen aus drei Jahrzehnten
Verlag Siegfried Bublies

Hans Dietrich Lindstedt
Jeder zweite Herzschlag
Erinnerungen an mitteldeutsche Autoren, Poeten und Bonzen

»Jeder zweite Herzschlag« des Lebens in der DDR müsse der Kultur gelten, hatte einst der Arbeiterschriftsteller Hannes Marchwitza, Aushängeschild des »ersten Arbeiter- und Bauernstaats auf deutschem Boden« gefordert. Hans Dietrich Lindstedt, selbst lange Jahre Kandidat des Deutschen Schriftstellerverbands und mit den Verhältnissen in der DDR intim vertraut, widmet seine Erinnerungen an Jahre der Hoffnung und Enttäuschung mitteldeutschen Schriftstellern.

168 S., Pb. **Erscheint im Frühjahr!** **DM 19,80**

Bestellungen an: Verlag Siegfried Bublies, Postfach 168, D-5400 Koblenz
Telefon-Service: ☎ 02 61 / 3 23 37